



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Rezeption des Völkerbundes in humoristischen
Satirezeitschriften der Ersten Republik“

verfasst von / submitted by

Melanie Schwarz, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Becker

Danksagung

Ganz besonderen Dank gilt Herrn Univ.-Prof. Dr. Peter Becker, der nicht nur meine Masterarbeit betreut, sondern auch maßgeblich mein Interesse an diesem Thema geweckt hat. Seine Geduld für meine Fragen und die aus den Gesprächen hervorgegangenen Anregungen waren eine große Unterstützung in der Fertigstellung dieser Arbeit.

Ein außerordentlicher Dank geht an meine Familie, vor allem an meine Eltern Sonja und Andreas, an meine Großeltern Christa und Helmut und an meinen Onkel Helmut. Sie haben mir nicht nur den Weg zum Studium ermöglicht und an mich geglaubt, sondern mich auch in allen möglichen Belangen unterstützt, die während diesem Weg aufgetaucht sind.

Ein großes Dankeschön geht auch an meinen Partner Andreas, der mich während dem Erstellen dieser Arbeit laufend motiviert und mich in allen möglichen Situationen unterstützt hat, um „Raum“ für das Schreiben schaffen zu können.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Methode	5
3. Der Satirebegriff	8
4. Die Zeitschriften	10
4.1. Der Kikeriki.....	10
4.2. Die Muskete.....	10
4.3. Die Bombe.....	11
4.4. Die Leuchtrakete.....	11
5. Der Völkerbund	12
5.1. Zusammensetzung und Aufgaben	13
5.2. Die Aufnahme Deutschlands und der Kampf um die Sitze.....	15
5.3. Eintritt Österreichs in den Völkerbund.....	18
5.3.1. Ein „Hoffnungsschimmer“	22
5.4. Österreich ist pleite	23
6. Die Genfer Protokolle	27
6.1. Ignaz Seipel's Vermächtnis	27
6.2. Die Sanierung	32
6.3. Auswirkungen der Sanierung	37
6.4. Das (geplante) Ende der Sanierung und Rücktritt Seipels	42
7. Die zweite Anleihe.....	47
7.1. Das Scheitern der Zollunion	49
7.2. Der Weg nach Lausanne.....	51
7.3. Die Bestimmungen der Lausanner Anleihe.....	53
8. Zwischenbilanz	54
9. Friede/Friedenssicherung.....	56

9.1.	Allgemein	56
9.2.	Abrüstung	59
9.3.	Oberschlesien.....	64
9.4.	Der Ruhr-Konflikt	67
9.5.	Zwischenfall in Korfu.....	68
9.6.	Die Mandschurei-Krise.....	70
9.7.	Der Minderheitenschutz	75
9.8.	Juden.....	78
9.9.	Die Rubrik „ <i>Ernste Ecke</i> “ im Kikeriki	82
10.	Versager Völkerbund?.....	83
11.	Bilanz	87
12.	Schlussbemerkung.....	89
	Literaturverzeichnis.....	90
	Anhang	102
	Abstract	104

1. Einleitung

Europa fand sich nach dem Ersten Weltkrieg auf einer komplett neuen politischen Landkarte wieder. Der Völkerbund entstand als Resultat dessen, beruhend auf der Idee des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, Staaten zu einem Zusammenschluss zu bewegen und somit eine internationale Plattform zu bieten, auf der es möglich gemacht wurde, zukünftige Auseinandersetzungen auf diplomatischem Wege zu lösen. Die Errichtung des Völkerbundes war ein innovatives Projekt und hatte es sich unter anderem zu seiner Hauptaufgabe gemacht, weltweit den Frieden zu sichern.¹

Ziel dieser Arbeit ist es, den Völkerbund aus einer vermutlich eher untypischeren Perspektive zu betrachten, und zwar ausgehend von seiner Darstellung in vier Wiener humoristischen Satirezeitschriften.

Die Zeitschriftenwahl fiel auf folgende vier Blätter der Ersten Republik: „*Der Kikeriki*“, „*Die Bombe*“, „*Die Muskete*“ und „*Die Leuchtrakete*“, die im Zeitraum von 1920 bis 1933 analysiert werden. Dieser Zeitraum wurde gewählt, da der Völkerbund 1920 gegründet wurde und das Jahr 1933 das Ende der Ersten Republik Österreich durch die Auflösung des Parlaments unter Engelbert Dollfuß markiert; die Blätter selbst wurden aufgrund ihrer hohen Popularität in der Ersten Republik und ihrer unterschiedlichen Blattlinien ausgesucht.

Die zentralen Fragestellungen dieser Arbeit sind: Wie wird der Völkerbund in humoristischen Satirezeitschriften über die Jahre hinweg dargestellt? Gibt es eine Veränderung in der Haltung ihm gegenüber und wenn ja, inwiefern? Lassen sich Unterschiede in seiner Perzeption aufgrund der unterschiedlichen politischen Ausrichtung der Blätter festmachen und inwiefern äußert sich das? Welche Themen dominieren grundsätzlich in den Zeitschriften, gibt es unterschiedliche Schwerpunkte? Lässt sich ein allgemeines Stimmungsbild gegenüber dem Völkerbund, zumindest aus der satirischen Perspektive, festmachen? Diese Fragen sollen im Laufe dieser Ausarbeitung durch die Methode der Qualitativen Inhaltsanalyse aufgearbeitet und beantwortet werden, wobei die Beantwortung der Frage nach den vorrangigen Themen in den Zeitschriften durch den Aufbau dieser Arbeit bereits vorweggenommen wurde.

Die Literatur über den Völkerbund selbst hält sich in überschaubaren Mengen, so macht es stark den Eindruck, dass er in vielen (deutschen) Publikationen eine stiefmütterliche Rolle einnimmt und im Zuge eines einschlägigen Themas mitbehandelt wird. Im Gegensatz zum Standardwerk von Francis P. Walters, der mit seiner Monographie „*A history of the League of Nations*“ einen

¹ Vgl. Guggenheim, Paul, *Der Völkerbund. Systematische Darstellung seiner Gestaltung in der politischen und rechtlichen Wirklichkeit*, Leipzig u.a. 1932. S. 5ff.

beachtlichen Beitrag zur Geschichtsschreibung des Völkerbundes geleistet hat, sind die meisten Werke aus dem deutschsprachigen Raum eher minimalistisch ausgefallen. Wenngleich es sinnvoll erscheint, innerhalb eines speziellen Themas über den Völkerbund zu schreiben, da dieser in so vielen unterschiedlichen Bereichen tätig gewesen ist, ist es auffallend, dass die meisten Zeitschriftenaufsätze und Beiträge aus dem englischsprachigen Raum stammen. In Bezug auf Österreich wird der Völkerbund hauptsächlich in Verbindung mit den Genfer Protokollen 1922, als das Land vor dem Bankrott stand und auf finanzielle Hilfe vom Völkerbund angewiesen war, zum Gegenstand der Forschung gemacht. An dieser Stelle soll sich diese Arbeit schließlich auch einordnen lassen, da der Fokus auf die österreichische Sicht gelegt, aber gleichzeitig auch, durch die Medienberichterstattung, ein Blick „über die Grenzen“ hinweg ermöglicht wird. Ein weiterer interessanter Aspekt an der Aufarbeitung satirischer Inhalte stellt die vermeintliche Möglichkeit dar, in die bisherige Forschung, die einen rationalen Zugang zum Thema bietet, einen tieferen Einblick in die „empfundene“ Realität durch eine „emotionsgeladene“ Aufbereitung bzw. Darstellung der Geschehnisse zeitgenössischer Medien miteinfließen zu lassen.

Der Aufbau dieser Arbeit ist ergebnisabhängig und folgt somit keiner chronologischen Darstellung der Ereignisse, sondern einer thematischen Logik. Demnach soll zunächst die Methode genauer erklärt werden, im Anschluss daran wird der Satirebegriff diskutiert. Nach einer kurzen Vorstellung der vier behandelten Zeitschriften wird sogleich in den Hauptteil der Arbeit übergeleitet. Dies passiert anhand einer kurzen Erläuterung des Völkerbundes und seiner Aufgaben sowie seiner Zusammensetzung. Direkt darauf aufbauend soll auf die Problematiken eingegangen werden, welche in den Zeitschriften bezüglich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und die Rolle anderer Mitgliedsstaaten dabei, niedergegangen sind. Anknüpfend daran beginnt der erste große Hauptteil dieser Ausarbeitung, der sich insbesondere auf Österreich konzentriert. Hier werden vor allem die Genfer Protokolle von 1922 und die damit einhergehende Sanierung Österreichs behandelt, um zum Ende hin noch kurz auf die zweite Anleihe, die Österreich Anfang der 30er Jahre vom Völkerbund gewährt wurde, einzugehen. Zur Abrundung soll dann noch in Form einer kurzen Zwischenbilanz die Möglichkeit geboten werden, die Ergebnisse des ersten Blocks zusammenfassend Revue passieren zu lassen. Der zweite Hauptteil beschäftigt sich mit der größten Aufgabe des Völkerbundes, und zwar mit der Friedenssicherung. Hier werden aufgrund der Ergebnisse der Zeitungsanalyse einige markante Beispiele, in denen der Völkerbund interveniert oder er diese Intervention unterlassen hatte, man es aber von ihm erwartet hätte, eingegangen. Auch die Minderheitenschutzmaßnahmen

und die Rezeption von Juden und Jüdinnen in Österreich sollen in diesem Teil eine Rolle spielen. Im letzten großen Kapitel dieser Arbeit soll noch der Frage, ob der Völkerbund nun versagt hat oder nicht, nachgegangen werden. Abschließend wird in der Bilanz nochmals Resümee über die Ergebnisse gezogen und mit den Erkenntnissen der Zwischenbilanz in einen Kontext gesetzt, um einen generellen Überblick über die Ergebnisse bieten zu können.

2. Methode

Das Herzstück dieser Arbeit stellen demnach Zeitungsartikel von vier populären humoristischen Satirezeitschriften in der Ersten Republik dar. Die Artikel wurden aufgrund des direkten Zusammenhangs mit dem Völkerbund ausgesucht, d.h. jene Beiträge, in denen es indirekt um den Völkerbund geht, weil beispielsweise Begriffe wie „Genf“, „Sanierung“, „Seipel“ etc. vorkommen, die in einer Verbindung mit dem Völkerbund stehen, wurden außen vorgelassen, da sonst die Menge an zu bearbeitenden Artikeln den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte. Insofern konnte durch die betreffende Auswahl, in welcher explizit der „Völkerbund“ genannt wird, eine überschaubare Menge an Material generiert werden. Der Umgang mit den spezifischeren Themen den Völkerbund indirekt betreffend, weisen in der Herangehensweise und Abhandlung sowie im satirischen Stil starke Ähnlichkeiten auf und können somit unberücksichtigt bleiben. So stellt diese Arbeit auch keinen Anspruch auf eine hohe Repräsentativität der Ergebnisse und dies soll auch nicht das Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse sein, sondern viel mehr eine möglichst gegenstandsnahe Abbildung des auszuwertenden Zeitschriftenkorpus.

„Der Kikeriki“ dominiert bezüglich der Trefferquote summa summarum die anderen Satirezeitschriften, ungeachtet des Suchbegriffs. Sucht man in Anno nach dem Begriff „Seipel“, wird man auf ein ähnliches Verhältnis der Treffer wie beim „Völkerbund“ stoßen. Dies könnte man auf die hohe Popularität des Blattes bis weit hinein in die Erste Republik zurückführen. Die anderen drei Zeitungen („Die Leuchtrakete“, „Die Bombe“, „Die Muskete“) dienen hier aufgrund der unterschiedlichen Blattlinien als perfekte Ergänzung zum Kikeriki, da sich jener nach dem Ersten Weltkrieg stark antisemitisch entwickelt hat.² Darüber hinaus ist der Kikeriki die einzige der vier analysierten Zeitschriften, welche im behandelten Zeitraum durchgängig erschienen ist. Nicht zuletzt fiel die Wahl auch auf diese vier Zeitschriften, da jene neben den

² Vgl. <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Kikeriki> [25.06.2019]

„Wiener Caricaturen“, „Humoristische Blätter“ und „Götz von Berlichingen“ die bestimmenden Blätter ihres Stils in der Ersten Republik waren.³

Insgesamt wurden für diese Arbeit 240 Artikel herangezogen, die den bereits erwähnten Suchbegriff „Völkerbund“ enthalten. Von diesen 240 sind 14 von der Muskete (sechs davon sind Bilder), 17 von der Bombe (zwei davon sind Bilder mit Text, der auch ohne Bild stehen könnte), 16 von der Leuchtrakete (einer davon ein Bild) und 193 vom Kikeriki (sieben davon sind Bilder, 27 davon sind Bilder mit Text, der auch ohne Bild stehen könnte, 17 davon sind Artikel der Rubrik „*Ernste Ecke*“, welche in dieser Arbeit aufgrund ihres besonderen Stils und ihrer exklusiven Erscheinung in den letzten beiden zu analysierenden Jahren extra Beachtung finden). Es wird deshalb so genau zwischen Text und Bild sowie Bild mit Text unterschieden, da die Bilder selbst nicht mit in die Analyse geflossen sind. Dabei handelt es sich speziell um Karikaturen, die, wie ich finde, den Gesetzen einer eigenen Analysemethode unterliegen und dies den Rahmen dieser Arbeit mehr als nur gesprengt hätte.

Es ist auch unerlässlich zu erwähnen, dass die technischen Errungenschaften in Bezug auf die Digitalisierung ebensolcher Zeitschriften nicht nur ein Segen, sondern auch ein Fluch sein können. Man muss sich stets vor Augen halten, dass ein System wie das einer Volltextsuche durchaus auch Fehler aufweisen kann und dementsprechend der eine oder andere Artikel untergegangen sein könnte. Gerade in diesem Fall, bei dem eine entsprechende Dominanz einer einzelnen Zeitschrift vorliegt, könnte sich dieser Verdacht bestätigen. Diese Vermutung konnte aber entsprechend aus dem Weg geräumt werden, da wie obig bereits erwähnt, die Anzahl der Artikel ungeachtet des Suchbegriffs immer ein ähnliches Verhältnis in Bezug auf die Trefferquote aufgewiesen haben. Es bestünde aber auch noch die Möglichkeit, dass noch nicht alle Medien in dem gesuchten Zeitraum digitalisiert wurden. Auf Nachfrage bei der Österreichischen Nationalbibliothek wurde mir sodann zugesichert, dass ausnahmslos alle Ausgaben der vier Zeitschriften im bestimmten Zeitintervall in Anno eingespeist wurden und jene einer ziemlich gleichen OCR-Qualität (Qualität der optischen Texterkennung) unterliegen würden, es demnach auf die unterschiedliche Anzahl an Ausgaben der Titel zurückzuführen sein müsste. Da die Ergebnisse dieser Arbeit aber auf keinerlei spezifischen, quantitativen Daten beruht und es eher das Ziel ist, der qualitativen Analyse entsprechend, eine Grundstimmung herauszufiltern, wobei das Material sowieso reduziert wird, ist es von keiner signifikanten Bedeutung, wenn der Datensatz nicht zu hundert Prozent vollständig ist.

³ Vgl. Haas, Hannes, Die politische und gesellschaftliche Satire der Wiener humoristisch-satirischen Blätter vom Zusammenbruch der Monarchie bis zum Justizpalastbrand (1918-1927). Dissertation, Universität Wien 1982. S. 19.

Bei der qualitativen Inhaltsanalyse habe ich mich an Mayring orientiert. Hier habe ich den Weg der induktiven Kategorienbildung gewählt, das bedeutet, dass das Kategoriensystem also nicht vorab festgelegt, sondern anhand des Materials bestimmt wird.⁴ Mayring empfiehlt mehrere Codier-Durchgänge, welche ich nach und nach durchgeführt und somit das Kategoriensystem angepasst habe. Eine Art Kontrolle durch eine zweite Person, welche ebenfalls nochmals codiert, war mir leider nicht möglich.

In der Software MAXQDA, welche ein hilfreiches Tool für die qualitative Datenanalyse ist, ist es möglich alle betreffenden Ausgaben einzuspielen und schließlich Kategorien zu bilden, denen die Artikel dann zugeordnet werden. Diese Kategorienbildung erfolgte über die thematischen Schwerpunkte der Artikel. Nimmt man die Kategorie bzw. den Code „Sanierung“ als Beispiel zur Veranschaulichung, so wurden zu Beginn, also im ersten Codier-Durchgang, alle Artikel, die aufgrund ihres Inhalts, entweder, weil direkt das Wort „Sanierung“ vorgekommen ist, oder es sich in seinem inhaltlichen Schwerpunkt auf die Sanierung bezogen hat, dem Code „Sanierung“ zugeordnet. In weiteren Durchgängen konnte schließlich, aufgrund spezifischeren Inhalts, die Feincodierung durchgeführt werden. So ergeben sich für den Code „Sanierung“ unter anderem die Subcodes „Arbeit/Stellenabbau“, „Armut“, „Sparen, Erhöhung Steuern“ denen die Artikel aufgrund ihres themenspezifischen Inhalts, die also Auswirkungen oder Sorgen aufgrund der Sanierung beinhalten, zugeordnet werden konnten. Alle gebildeten Kategorien mit Subkategorien sind in ihrem Zustandekommen auf diese Vorgehensweise zurückzuführen. Da einige Artikel mehrere thematische Schwerpunkte aufgreifen, waren dementsprechend Mehrfachcodierungen möglich, was schließlich auch dazu geführt hat, dass die Anzahl der Codes die Anzahl der Artikel übersteigt (siehe Codesystem im Anhang).

Entsprechend der Methode der induktiven Kategorienbildung habe ich sodann den Weg der zusammenfassenden als auch explikativen Inhaltsanalyse gewählt.⁵ Hier ist ein erster Schritt die knappe Zusammenfassung bzw. Reduktion des aussagekräftigen Inhalts, wo ich mit der Software MAXQDA entsprechende Summaries erstellt habe, welche sich dann in Excel exportieren lassen. Somit gewinnt das Material an Überschaubarkeit und es lässt sich einfacher eine Grundaussage treffen bzw. ist es leichter möglich die einzelnen Artikel entsprechend Ihrer Thematik zu kontextualisieren und somit in einen Zusammenhang mit der Sekundärliteratur zu setzen (Explikation).⁶ Hier habe ich im Text einzelne Artikel oder eben zusammenfassende

⁴ Vgl. Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, s.l. 2010. S. 67ff.

⁵ Vgl. ebd., S. 69f.

⁶ Vgl. ebd., S. 85ff.

Aussagen gewählt, die erklärungsbedürftig scheinen bzw. es Hintergrundinformationen bedarf, diese zu verstehen und zu interpretieren. Dies passiert anhand des Versuchs das generierte Material innerhalb einer chronologischen Abhandlung der Ereignisse durch die Sekundärliteratur in meine Arbeit „einzuflechten“.

3. Der Satirebegriff

In einer Arbeit, die satirisch-humoristische Texte als Basis hat, ist es unabdingbar über diese Textform nachzudenken. Insofern möchte ich zuerst mit meinen eigenen Überlegungen dazu beginnen - Satire bzw. satirische Gedichte oder Texte sind eine Möglichkeit Umstände bzw. Missstände innerhalb einer Gesellschaft, politisch oder anderweitig bedingt, „ungeschönt“ aufzuzeigen, ohne sich dabei „schuldig“ zu machen, denn diese Form des Ausdrucks schützt gewissermaßen vor einem von außen geforderten Realitätsanspruch, da sich diese meist durch Übertreibungen o.ä. auszeichnet. Deshalb ist es naheliegend sich zu fragen, was Satire denn eigentlich darf, wozu und wem sie dient. Kurt Tucholsky's Antwort war ja bekanntlich - Satire darf „Alles“⁷ - aus heutiger Sicht ist diese Antwort bestimmt etwas differenzierter zu betrachten, vor allem nach diversen Ereignissen in den letzten Jahren (u.a. Anschlag auf das französische Satireblatt Charlie Hebdo), so sollen in dieser Arbeit jedoch Werke aus eben der Zeit Tucholsky's analysiert werden.

Rüdiger Zymner bemerkt über Satire als Schreibform, sie sei eine medienspezifische Ausprägung des „Besondermachens“ von Zeichengefügen. So beinhalte jene *„eine Anstoßnahme an generellen, die Allgemeinheit betreffenden (tatsächlichen oder vermeintlichen, in den Augen des Satirikers gegebenen) Missständen oder Mängeln, sodann eine Darstellung der Missständen oder Mängel und schließlich zugleich ein Appell, diese Missstände abzustellen und diese Mängel zu beheben.“*⁸ Typisch für die Stilmittel der Ausdrucksmöglichkeiten nennt er die Verstellung (lachend die Wahrheit sagen), die Verspottung, die Entrüstung und speziell noch die Option der rhetorischen Ironie (gegenteiliges sagen; etwas anderes zu sagen, als man meint; durch falsches Lob tadeln bzw. Lob durch vorgeblichen Tadel; etc.). Daneben spielen noch weitere Facetten eine Rolle, wie die bittere Ironie des Sarkasmus, die Übertreibungen, Andeutungen, Anspielungen, Wortspiele und Parodien. Zusätzlich gebe es Unterschiede zwischen der Satire und der Polemik, welche eine

⁷ Vgl. Tucholsky, Kurt, 16 Satiren, Kapitel 12. online unter <http://gutenberg.spiegel.de/buch/16-satiren-7810/12> [18.12.2018]

⁸ Zymner, Rüdiger, Satire, in: Wirth, Uwe (Hg.), Komik. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2017, S. 21–25. Hier 21.

auf Bloßstellung und moralische bzw. intellektuelle Vernichtung abzielende Form in Bezug auf Kritik an seinem Gegenüber sei. Laut Karl Kraus spiele die Satire mit fiktiven Charakteren und Stereotypen während der Polemiker eine explizite Person direkt angreife und Schaden verursachen wolle.⁹ Ulrich Gaier kommt in seinem Werk zu der Erkenntnis, dass die Satire die sprachliche Auseinandersetzung mit einer bedrohlichen Wirklichkeit, in die auch der Leser miteinbezogen werden soll, sei. Insofern unterscheidet er zwischen dem Leser, der bereits involviert ist und dem eine Vorstellung dieser bedrohlichen Wirklichkeit reiche und dem Leser, der erst noch gewonnen werden muss, indem man jenen zuerst noch erziehen und überzeugen muss, um ihn an der Satire teilnehmen zu lassen. Die Funktion der Satire sei erst vollständig, wenn der Kreis zwischen der angeprangerten Wirklichkeit und dem Leser so geschlossen ist, wie zwischen der Wirklichkeit und dem Satiriker selbst und der Leser den Kontakt zur Wirklichkeit genauso unterbricht und vernichtet wie der Satiriker. Aufgabe sei es also, den Leser auf die Macht, die die anzuprangernde Wirklichkeit besitzt, dadurch, dass er sich an sie gewöhnt hat, aufmerksam zu machen und sodann davon zu befreien.¹⁰

Es gibt unzählige Arbeiten in denen beispielsweise Karikaturen analysiert werden, innerhalb jener sich die Geschichte der Satire, des Witzes, des Humors und Zeichnungen nachlesen lassen. Es scheint mir selbst wenig sinnvoll, hier nun einen Aufsatz darüber zu schreiben, wie sich diese Text-, Bildgattung über die Zeit hin entwickelt hat, aus dem einzigen Grund, dass es sich dabei um eine sehr geschichtsträchtige Publikationsform handelt. Vielmehr teile ich hier die Meinung von Hannes Haas, der in seinem Beitrag in *Medien und Zeit* schreibt, dass eine solche Spurensuche der Herkunft dieser Blätter eine problematische sei, da oft die Such- und Analysekriterien unbeschrieben blieben, wodurch eine Überprüfung der Zuordnung (eben durch die definitorische Unschärfe) unmöglich gemacht werde. Es finde eine Interpretation der Ergebnisse durch die Untersuchung blatttypischer Vorläufer, also Presseartikel, welche aber einer kontinuierlichen Veränderung sowie formaler Erneuerungen unterliegen, statt. Dieses Verhältnis der Zeitschriften zu ihren Vorläufern sei aber durch Brüche und tiefgreifende Veränderungen geprägt, es gebe kaum eine Linearität in der Entwicklung; so sei eine vorab bestimmte Definition der relevanten publizistischen Merkmale die unerlässliche methodische Voraussetzung, zumindest solange man in seiner Analyse genretypische Traditionen benennen wolle.¹¹ Da dies in vorliegender Arbeit aber nicht stattfindet, soll aus diesem Grund selbige Definition zu Grunde gelegt werden: Also sollen hier unter dem Begriff „humoristisch-

⁹ Vgl. ebd., S. 22.

¹⁰ Vgl. Gaier, Ulrich, *Satire. Studien zu Neidhart, Wittenwiler, Brant und zur satirischen Schreibart*, Tübingen 1967. S. 350f.

¹¹ Vgl. Haas, Hannes, *Die Wiener humoristisch-satirischen Blätter. Zur Produktionsgeschichte eines Zeitschriftentyps (1778- 1933)*, in: *Medien & Zeit* 6/1, 1991, S. 3–8. Hier 3.

satirische Zeitschriften“ „periodisch erscheinende Printmedien verstanden (werden), die selektiv und beschränkt aktuell zeitgebundene oder überzeitliche politische, wirtschaftliche, religiöse, kulturelle Ereignisse, Zustände oder Entwicklungen mit zeichnerischen, literarischen und journalistischen Mitteln satirisch, polemisch, ironisch, sarkastisch, witzig oder humoristisch für eine durch Tendenz unbegrenzte (gemäßigte Tendenz und Familienwitzblätter), durch Tendenz begrenzte (Partei-, radikal polemische Tendenzwitzblätter) oder regional begrenzte (Lokalwitzblätter) Zielgruppen kommentieren und darstellen.¹²

4. Die Zeitschriften

4.1. Der Kikeriki

Der Kikeriki erschien von 1861 bis 1933 grundsätzlich zweimal im Monat¹³ in Wien und konnte zu seinen besten Zeiten eine Auflage von 25000 Exemplaren¹⁴ verbuchen. Zu Beginn (unter O.F. Berg) zeichnete sich der Kikeriki durch eine derbe, volkstümliche Sprache aus und hatte vor allem das Kleinbürgertum als Publikum. So war es die Aufgabe des Blattes gegen Antisemitismus, Bürokratie, Militär und Klerikalismus aufzutreten. Nach dem Tode Bergs (1886) kam es zu mehreren Herausgeberwechseln, bis der Kikeriki schließlich unter Friedrich Ilger um die Jahrhundertwende seine Blattlinie radikal änderte und stark antisemitisch-klerikal wurde.¹⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg, also mit Beginn des in dieser Arbeit behandelten Zeitraums, fungierte der Kikeriki als Parteiwitzblatt der Christlichsozialen und hetzte stark gegen Juden, indem er sie für alles verantwortlich machte. Das Zielpublikum waren christliche Selbstständige, Gewerbetreiber, Handwerker und Arbeiter.¹⁶

4.2. Die Muskete

Die Muskete erschien zwischen 1905 und 1941 unregelmäßig und wurde in dieser Zeit redaktionell immer wieder umgebaut. Das Blatt hatte in der Ersten Republik u.a. Probleme bei der Papierbeschaffung, die Inflation machte sich ebenso bemerkbar und eine Preiserhöhung

¹² Ebd., S. 4.

¹³ vgl. <https://www.onb.ac.at/oe-literaturzeitschriften/Kikeriki/Kikeriki.htm> [04.02.2018]

¹⁴ vgl. <https://austria-forum.org/af/AEIOU/Kikeriki> [04.02.2018]

¹⁵ Vgl. Haas, 1982, S. 11f.

¹⁶ Vgl. Rohrbach, Philipp, Kikeriki (Österreich, 1861-1933), in: Benz, Wolfgang, 1941- (Hg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart (Publikationen 6), Berlin 2013, S. 398–400. Hier 399.

schien unerlässlich.¹⁷ Bereits 1922 entwickelte sich die Zeitschrift tendenziell eher weg vom Witzblatt, der Verkauf an unter 18-Jährige wurde verboten. Unter der Leitung von Karl Rob ab 1923 (bis 1937) veränderte sich die Muskete hin zu einer Illustrierten und Herrenzeitschrift.¹⁸ Bis 1922 waren Beamte und Offiziere Leser und Objekt der Satire, die in den Nachkriegswirren in eine Identitätskrise schlitterten, was auch Anklang in der Zeitschrift fand.¹⁹ 1923 traten die meisten deutschnationalen Autoren ab, es folgte ein Trend der Entpolitisierung, Themen wie Literatur und Film dominierten. Außerdem gab es viele Geschichten, in denen suggeriert wurde, dass nur reiche Männer attraktive Frauen für sich gewinnen könnten und diese auch nur Interesse an jenen hätten; die Naivität diverser Humoristen vermochte die Krise der 20er und 30er Jahre elegant zu verschleiern.²⁰

4.3. Die Bombe

Die Bombe erschien von 1871 bis 1925 wöchentlich jeden Sonntag in Wien.²¹ Zu einem ihrer Mitarbeiter zählte der jüdische Journalist Isidor Fuchs²², der Gründer war Joseph Braun und Chefredakteur Karl Floh, der zuerst auch gemeinsam mit Joseph Braun bei der Zeitschrift „Der Floh“ arbeitete. Die Zeitschrift war liberal ausgerichtet und orientierte sich stark am „Floh“, der das liberale, antiklerikale Bürgertum adressierte.²³ Die Bombe zeichnete sich durch frivole Zeichnungen bzw. Karikaturen und Texten über das Leben und Tun der Gesellschaft aus, Duchkowitsch meint, sie würde sich dadurch sehr dem Niveau einer „Herrenzeitschrift“ annähern.²⁴

4.4. Die Leuchtrakete

Die Leuchtrakete erschien monatlich von 1923-1934 und trug den Titelzusatz „Humoristisch-satirische Monatsschrift“ mit der Beilage „Licht übers Land“.²⁵ Die Zeitschrift war das Parteiwitzblatt der Sozialdemokraten²⁶ und wurde von Anton und Franz Jenschik

¹⁷ Vgl. Hall, Murray G., Die Muskete. Kultur- und Sozialgeschichte im Spiegel einer satirisch-humoristischen Zeitschrift 1905-1941, Wien 1983. S. 15.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 16.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 45.

²⁰ Vgl. ebd., S. 46f.

²¹ Vgl. http://anno.onb.ac.at/info/bom_info.htm [29.03.2018]

²² Vgl. <http://www.jewishencyclopedia.com/articles/6411-fuchs-isidor> [24.04.2018]

²³ Vgl. Haas, 1991, S. 6.

²⁴ Vgl. Duchkowitsch, Wolfgang, Medien: Aufklärung - Orientierung - Missbrauch. Vom 17. Jahrhundert bis zu Fernsehen und Video (Kommunikation, Zeit, Raum Bd. 3), Wien, Berlin, Münster 2014. S. 241.

²⁵ Vgl. http://anno.onb.ac.at/info/dlr_info.htm [29.03.2018]

²⁶ Vgl. Haas, 1982, S. 19.

herausgegeben.²⁷ Die Hauptzielscheibe der Attacken waren die Christlichsozialen, wobei hier gerne die Nähe zur Katholischen Kirche zum Kern des Witzes gemacht wurde.²⁸

5. Der Völkerbund

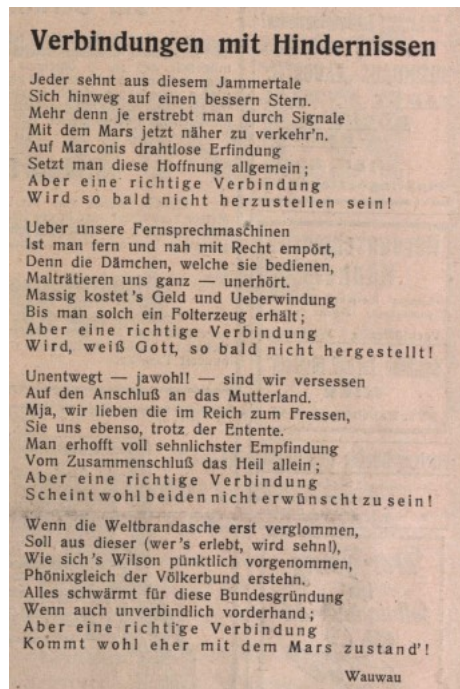


Abbildung 1: Die Muskete, 1. April 1920, Band XXX - Nr. 756, (Beiblatt) S. I.

Diese Ausgabe der Muskete ist thematisch dem Mars gewidmet, so findet man dort anfangs die Bezeichnung „Mars-Ausgabe“ und Karikaturen diverser Themen auf den Mars bezogen. So ist auch in diesem Artikel alles auf die wahrscheinlichere Verbindung mit dem Planeten ausgelegt. Auch der Entstehung des Völkerbundes wird somit nur unwahrscheinliches attribuiert, er wird hier mit einem Phönix verglichen. Der Mythos über den Phönix, der als doch sehr schöner Vogel beschrieben wird, besagt, dass er am Ende seines Lebens verbrennen muss, um aus der Asche dann wieder neu zu entstehen. Eine Anspielung auf die Idee Wilsons, der nach dem Ersten Weltkrieg die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der abendländischen Völker sah, um zukünftigen destruktiven Handlungen vorzubeugen. In seinen ideologischen

²⁷ Vgl. <https://www.zvab.com/buch-suchen/titel/die-leuchtrakete-humoristisch-satirische/autor/jenschik/> [27.08.2018]

²⁸ Vgl. Secklehner, Julia, Bolshevik Jews, Aryan Vienna? Popular Antisemitism in 'Der Kikeriki', 1918-1933, in: The Leo Baeck Institute Year Book 63/1, 2018, S. 157–178. Hier 161.

Vorstellungen galt es die Weltpolitik als Ganzes zu verstehen und diese neu zu ordnen bzw. diese nach einem universellen Standpunkt neu auszurichten. Mit dem Christentum als gemeinsamer Nenner aller angesprochenen Völker verlangte er von all jenen die Zustimmung zu den allgemeinen Grundsätzen der Ehre und des gegenseitigen Respekts. Auf dieser Basis begründete er die Notwendigkeit einer öffentlichen Meinung, welcher sich alle interessierten Staaten, die in nicht beilegbarem Konflikt miteinander stünden, zu beugen hatten, um die Erhaltung des Friedens, des Zustandes der Gerechtigkeit, sichern zu können.²⁹ Um nochmals kurz auf den Vergleich mit dem Phönix zurückzukommen, scheint es ferner eine Option zu sein, dieses, nun doch innovative Projekt, im Zusammenhang mit diesem Artikel als etwas Positives zu verstehen. So muss zwar zuerst das ganze System „niederbrennen“, aber mit dem Ziel, etwas Neues, etwas Schönes zu erschaffen. Der Kikeriki sieht die Gründung des Völkerbundes sogleich als „Aprilscherz“ indem in den Prophezeiungen, mit neun kleinen Bildern mit Untertext, für 1920 davon gesprochen wird, dass am 1. April der Völkerbund gegründet werden soll, mit dem „*Belgrader Bomben-Peterl*“ an der Spitze.³⁰ Eine abwertende Haltung gegenüber dem Völkerbund, die sich alle Jahre konsistent im Kikeriki halten soll. Es gilt sich zunächst immer vor Augen zu halten, dass der Völkerbund ein Projekt war, welches sich durch seine Einzigartigkeit, vor allem, weil es noch kein geschichtliches Vorbild gab, auszeichnet. Die Hauptaufgabe oder die Idee dahinter, ein solches Staatengebilde zu erschaffen, diene vor allem dem Erhalt des dazumal gegenwärtigen Staaten- und auch Gesellschaftssystems, welches man mehr oder weniger alleinig durch den Faktor Krieg als bedroht sah.³¹ So ergibt es sich auch, dass die größte Aufgabe des Völkerbundes die Friedenssicherung war, welche aufgrund der Ergebnisse meiner Zeitungsanalyse auch große Beachtung in dieser Arbeit finden wird.

5.1. Zusammensetzung und Aufgaben

Mitglieder des Völkerbundes waren von Beginn an alle alliierten Siegermächte des Ersten Weltkriegs, außer die Staaten, die den Versailler Vertrag nicht unterzeichneten.³² Grundsätzlich waren Kriterien vorgesehen, um Mitglied des Völkerbundes zu sein, wie beispielsweise die zuerst geplante Einschränkung auf „selbstregierende Staaten, Dominions und Kolonien“, was sich realiter als strenges, aber auslegungskritisches Kriterium erweisen soll und Raum für Diskussionen schuf. Beispielsweise kam es in Bezug auf Indien zu Unstimmigkeiten aufgrund

²⁹ Vgl. Guggenheim, 1932, S. 5ff.

³⁰ Vgl. Der Kikeriki, 4. Jänner 1920, 60. Jahrgang, Nr. 1, S. 4.

³¹ Vgl. Guggenheim, 1932, S. 41.

³² Vgl. ebd., S. 24ff.

der Regierungsform, man entschied sich schließlich aber dafür dies nicht weiter zu untersuchen und Indien als britisches Kronland in die Liste der ursprünglichen Mitglieder einzufügen.³³ Die Zahl der ursprünglichen Mitglieder belief sich schließlich auf 42; davon 29 der Siegerkoalition angehörigen Signatarstaaten der vier Friedensverträge (außer die USA, Ekuador und Hedjas) und 13 im Weltkrieg neutral gebliebene Staaten. Zwischen den Jahren 1920 und 1937 wurden weitere 21 Staaten aufgenommen (1926 Deutschland, 1934 Sowjetunion). Es gab auch die Möglichkeit wieder auszutreten, davon wurde insgesamt von 20 Mitgliedern zwischen 1925 und 1942 Gebrauch gemacht.³⁴

Die wichtigsten Organe des Völkerbundes waren der Rat, die Bundesversammlung und das Generalsekretariat. In der Bundesversammlung hatte jedes Mitglied Sitz und Stimme - so konnten zwar von jedem Land drei Vertreter entsendet werden, jedoch hatte nur einer ein Stimmrecht. Der Rat wiederum setzte sich aus ständigen und nicht-ständigen Sitzen zusammen, hier waren die ständigen Sitze den fünf alliierten Großmächten (USA, Japan, Frankreich, Italien und Großbritannien) vorenthalten, mit vier nichtständigen Mitgliedern kleinerer Staaten, die von der Bundesversammlung inklusive vorgesehener Mandatszeit gewählt wurden. Da die USA jedoch nicht Teil des Völkerbundes wurden, war die tatsächliche Sitzzusammensetzung nie der Satzung entsprechend. Es kam im Laufe der Zeit auch zu Erweiterungen und „Nachbesetzungen“ der Sitze, was insbesondere vor dem Hintergrund der Fluktuation der Mitglieder notwendig geworden war. Japan trat bereits 1933 aus dem Völkerbund aus, ebenso wie Italien 1937; das Ausscheiden dieser Großmächte beraubte laut Pfeil den Völkerbund u.a. jeglicher Universalität und schaltete ihn infolgedessen als Vermittler in internationalen Konflikten schließlich nahezu aus. Der erste Generalsekretär war der englische Diplomat Sir James Eric Drummond, ihm oblag somit auch die Besetzung aller Posten des Generalsekretariats; jenes hatte die Aufgabe inne, alle Sekretariatsangelegenheiten des Rates und der Bundesversammlung sowie in der Zeit zwischen den Tagungen der beiden Organe die jeweiligen Geschäfte zu erledigen. Das Abstimmungsverfahren folgte grundsätzlich dem Einstimmigkeitsgebot, es gab allerdings einige Ausnahmen in denen eine Zweidrittel Mehrheit, eine absolute Mehrheit oder eine einfache Mehrheitsentscheidung ausreichend war. In Wirklichkeit gestaltete sich die Zusammensetzung bzw. Arbeitsweise des Völkerbundes etwas komplexer als auf die drei beschriebenen Hauptorgane beschränkt. Es wurden, je nach Bedarf,

³³ Vgl. ebd., S. 23.

³⁴ Vgl. Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte (Erträge der Forschung 58), Darmstadt 1976. S. 47f.

Unterausschüsse und Kommissionen auf Zeit errichtet, welche sich dann explizit um die ihnen jeweils zugewiesene Aufgabe zu kümmern hatten.³⁵

Die Artikel 8 - 26 der Satzung legten die Aufgaben des Völkerbundes fest. Hier sind, abgesehen davon, dass jene im Rahmen dieser Arbeit die meiste Relevanz besitzen, die Artikel 8 - 17 sozusagen das Herzstück der Satzung. Jene drehen sich um Abrüstung, kollektive Sicherheit sowie friedliche Konfliktregelung. Einer der wichtigsten von ihnen ist der Artikel 11, welcher jeden Krieg und jegliche Kriegsgefahr explizit zur Angelegenheit des Völkerbundes bestimmt und welcher bei fast allen Streitfragen zu tragen gekommen ist. Artikel 14 legte die Errichtung eines Ständigen Internationalen Gerichtshofes fest, was vom Rat umgehend erledigt worden ist und somit bereits 1920 der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag eingerichtet wurde.³⁶

5.2. Die Aufnahme Deutschlands und der Kampf um die Sitze

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, beziehungsweise die Problematiken dabei, wurden vom Kikeriki aufgegriffen. Die Stimmung ist, entsprechend der Blattlinie, grundsätzlich sehr „Deutschland-freundlich“ und eher „Völkerbund-feindlich“. Die als ungerecht empfundene Behandlung Deutschlands wird Hauptthema in den Artikeln und somit zum Kern des Schmäh. So wird bereits 1923 in der „*Kapuzinerpredigt*“ geschrieben, dass der Völkerbund den Besiegten aufgeboten habe und dem deutschen Michel das Messer an die Kehle setze; es wird gefragt ob der Völkerbund nur auf dem Papier bestehe oder ob es ihm so gehe wie der Nächstenliebe oder der Gerechtigkeit, von der das Schwert nur noch geblieben sei.³⁷ Im Juli 1924 wird spöttelnd geschrieben, dass die Entente Deutschland aufgefordert habe dem Völkerbund beizutreten, mit den abschließenden Worten „*Stehen sollst du mit uns frei - auf dem Boden von Versailles!*“³⁸ - Obendrein wird 1924³⁹ ein guter Rat an den deutschen Michel erteilt, er solle dem Völkerbund lieber fernbleiben und lieber eine Weile geduldig sein, sonst würde man auch noch an der Grippe die Schuld bekommen, nachdem ein Monat zuvor schon vor einer minderwertigen Mitgliedschaft gewarnt wurde, da es noch die Kriegsschuldfrage zu klären gebe.⁴⁰ Diese Bemerkungen sind unter anderem auf die Verzahnung des Versailler Vertrages mit der Völkerbundsatzung zurückzuführen. So befand sich Deutschland als „vertragsschließender Teil“ zwar an die Völkerbundsatzung gebunden, war aber vorerst von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen, da man sich zuerst um eine Aufnahme bewerben musste,

³⁵ Vgl. ebd., S. 48ff.

³⁶ Vgl. ebd., S. 53ff.

³⁷ Vgl. Der Kikeriki, 28. Jänner 1923, 63. Jahrgang, Nr. 5, S. 2.

³⁸ Der Kikeriki, 20. Juli 1924, 64. Jahrgang, Nr. 30, S. 2.

³⁹ Vgl. Der Kikeriki, 5. Oktober 1924, 64. Jahrgang, Nr. 41, S. 2.

⁴⁰ Vgl. Der Kikeriki, 21. September 1924, 64. Jahrgang, Nr. 39, S. 2.

wofür aber schließlich die Erfüllung der Versailler Verträge Bedingung war. Die für Deutschland auferlegten Fesseln durch die Versailler Bestimmungen sollten für den deutschen Außenminister Gustav Stresemann in seiner Amtszeit eine große Herausforderung darstellen.⁴¹ Christine Fraser geht in ihrer Untersuchung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Völkerbund davon aus, dass die Deutschlandpolitik des Völkerbundes von der Deutschlandpolitik der einzelnen Völkerbundgroßmächte untrennbar war, wie mit umgekehrten Vorzeichen die Völkerbundpolitik Deutschlands mit deutscher Politik gegenüber den einzelnen Völkerbundmächten. Hier wird vor allem auch die schwierige Situation Deutschlands gegenüber Frankreich eine große Rolle spielen.⁴² Schließlich soll der erste Versuch, den das Kabinett Cuno unternommen hatte, dem Völkerbund beizutreten, an Frankreich scheitern. Ausschlaggebend war hier vor allem die Situation an der Ruhr, weil die Franzosen befürchteten, Deutschland wolle sie mit Hilfe des Völkerbundes von ebendort zurückdrängen und gleichzeitig deren Stellung im Bund schwächen. Dieser Fehler war Stresemann nicht unterlaufen, er stellte sich geschickt an, als er Garantie- und Schiedsverträge auf der Grundlage des Genfer Völkerbundprotokolls am 9. Februar 1925 direkt Frankreich, England und Italien und nicht dem Völkerbund selbst vorschlug. Der erste Schritt in Richtung Locarno Verträge, welche den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund regelten, war getan.⁴³ Zu Beginn des Jahres 1926 gibt es im Kikeriki eine Einladung an Deutschland für Sitz und Rat, jedoch im Sekretariat sollen sie nicht vertreten sein, da, wo wirklich die Fäden gezogen werden dürfen nur Briten und Franzosen sein.⁴⁴ Sogleich wird im Februar spitzelnd gefragt, ob man wirklich zu den Briten und Franzosen wolle, man solle nicht den „*Heuchel-Virtuosen*“ trauen, das Erste was passieren werde, sei, dass man Deutschland die „*Hosen*“ ausziehe.⁴⁵ Im März wird eine Passage eins zu eins aus Goethes Faust II übernommen und jeweils kommentiert: Ein Lemur fragt hier, wer denn das Haus so schlecht mit Tischen und Stühlen versorgt habe, woraufhin er von den anderen Lemuren darauf aufmerksam gemacht wird, dass der Völkerbund auch nicht ständige Sitze habe und es zu viele Bewerber gebe.⁴⁶ Dies ist als Anspielung auf die Völkerbundversammlung in Genf im März 1926 zu verstehen, bei der es vorrangig um die Aufnahme Deutschlands ging. Deutschlands Hoffnung auf einen ständigen Ratssitz wurde vorerst zerschmettert, weil kein Mitglied bereit war, seinen Sitz aufzugeben und zuerst eine

⁴¹ Vgl. Fraser, Christine, Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, seine Vorgeschichte und seine Nachwirkungen. Dissertation, Universität Bonn 1969. S. 41.

⁴² Vgl. ebd., S. 51.

⁴³ Vgl. ebd., S. 109ff.

⁴⁴ Vgl. Der Kikeriki, 10. Jänner 1926, 66. Jahrgang, Folge 2, S. 2.

⁴⁵ Vgl. Der Kikeriki, 14. Februar 1926, 66. Jahrgang, Folge 7, S. 2.

⁴⁶ Vgl. Der Kikeriki, 14. März 1926, 66. Jahrgang, Folge 11, S. 3.

Erweiterung der Sitze stattfinden musste - die Debatten darüber hielten tagelang an und konnten nicht gelöst werden, da Spanien und Brasilien ebenfalls ein permanenter Sitz versprochen wurde. Zusätzlich kamen noch geheime Abkommen Englands und Frankreichs gegenüber Polen ans Tageslicht, bei denen ebenfalls ein ständiger Sitz versprochen wurde.⁴⁷ So schreibt der Kikeriki in einem Beitrag scherzhaft eine Antwort des Völkerbundes an die Spanier, die sich zuvor beschwerten, sie würden schon so lange auf den Sitz warten und nun auch noch einen ständigen Sitz in Tanger fordern; wie sie denn einen ständigen Sitz erzielen wollen, wenn sie ständig zwischen zwei Stühlen wechseln, so werde wohl nur einer erreicht werden können, nämlich der dazwischen.⁴⁸ Damit persifliert der Kikeriki bitterböse den Fakt, dass Spanien keinen ständigen Sitz erhalten wird und zugleich auch die für Spanien unzureichenden Beschlüsse zwischen 1923 und 1924 über die Vormachtstellung in der vom Rest von Marokko unabhängigen Tangerzone. Hier stand Spanien mit Frankreich, Großbritannien und schließlich auch Italien im Konflikt, wobei Frankreich allerdings 1928 bereit war Zugeständnisse an Spanien zu machen. Dieser flammte im Zuge der Debatte über die Sitze erneut auf.⁴⁹ Zudem ist wohl die Schaffung halbständiger Sitze gemeint, um Deutschland schließlich aufnehmen zu können. Spanien wollte sich im Gegensatz zu Polen nicht mit einem halbständigen Sitz begnügen und folgte dem Beispiel Brasiliens, indem es im September 1926 seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte.⁵⁰ Über das „*polnische Paradox*“ scherzt der Kikeriki, dass es jüngst als großes Volk um einen Sitz im Völkerbund gekämpft habe, und nun lasse Józef Piłsudski die seinen daheim am Boden sitzen.⁵¹ Eine Anspielung auf die mit 1926 beginnende, mehr oder weniger, weil das bisherige System zumindest verfassungsrechtlich aufrecht erhalten blieb, diktatorische Herrschaft Piłsudskis.⁵²

Vorerst war die Mitarbeit Deutschlands im Bund, obwohl es zu einer Vertagung der Völkerbundsondersitzung auf den Herbst und zur Errichtung einer Studienkommission, die das Problem der Sitz-Erweiterungen prüfen sollte, kam, ins Wanken geraten. Stresemann gelang es jedoch im Sommer die Diskussion über einen Beitritt fortzusetzen und Deutschland bekam am 8. September einen ständigen Ratssitz und trat am 10. September dem Völkerbund bei.⁵³ Im

⁴⁷ Vgl. Schausberger, Franz, Rudolf Ramek 1881-1941. Konsenskanzler im Österreich der Gegensätze (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Band 62), Wien, Köln, Weimar 2017. S. 430f.

⁴⁸ Vgl. Der Kikeriki, 5. September 1926, 66. Jahrgang, Folge 36, S. 2.

⁴⁹ Vgl. Hatschek, Julius; Strupp, Karl, Vasallenstaaten - Zwangsverschickung. Mit Anhang. Abessinien - Weltgerichtshof, Sachverzeichnis und Mitarbeiterregister (Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie Band 3), Berlin, Boston 2016. S. 1191.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 980.

⁵¹ Vgl. Der Kikeriki, 28. November 1926, 66. Jahrgang, Folge 48, S. 2.

⁵² Vgl. Hein, Heidi, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926 - 1939 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 9), Marburg 2002. S. 2.

⁵³ Vgl. Fraser, 1969, S. 119.

Kikeriki wird jene Kommission persifliert, welche die Sitz-Erweiterungen prüfen soll - der Völkerbund würde die Sitze reorganisieren, von nun an gebe es drei Kategorien, das schütze die Großen dann vor Schaden, wer von den Kleinmächten dann allerdings rückwärts sitze, werde vom Götz eingeladen.⁵⁴ Diese Einladung des Götz könnte man, wenn man von einer Anspielung auf das Werk „Götz von Berlichingen“ von Goethe und dessen weltberühmten Zitat „*Er aber, sagt ihm, kann mich im Arsch lecken*“⁵⁵ ausgeht, als Anspielung auf die Vormachtstellung der Großmächte im Völkerbund verstehen. So würde man zwar einen Sitz bekommen, habe allerdings nichts zu sagen. Diese Schlussfolgerung liegt nahe, wenn man in Betracht zieht, dass dies nicht der einzige Artikel im Kikeriki 1926 ist, bei dem eine Anspielung auf Goethe gemacht wird.

5.3. Eintritt Österreichs in den Völkerbund

Ein Schlüsselereignis auf dem Weg zum Eintritt Österreichs in den Völkerbund stellt wohl die Unterzeichnung des Friedensvertrags von St. Germain am 10. September 1919 durch Staatskanzler Karl Renner dar.⁵⁶ Zuvor gab es allerdings Uneinigkeiten diesbezüglich in der Nationalversammlung, bei der alle Parteien die Bedingungen, explizit das Anschlussverbot an Deutschland, als Unrecht am deutschen Volk deklarierten.⁵⁷

Petrus aus Österreich begeht diesen Verrat am deutschen Volk im Kikeriki; und zwar insofern, dass er auf dem Weg zum Völkerbundtor die Kenntnis des deutschen Michels leugnet, auf zweimaliges Nachfragen unterschiedlicher Personen behauptet er stets, er kenne ihn nicht. Beim dritten Mal, als ihm gesagt wird, seine Sprache würde ihn aber als Germane identifizieren lassen, leugnet er ein weiteres Mal und sodann kräht ein Hahn.⁵⁸ Diese Geschichte ist klarerweise als Verrat am deutschen Nachbarn zu interpretieren, denn sowohl der Hahn in dieser Geschichte als auch das dreimalige Lügen sind als eine Anspielung auf die biblische Geschichte, als Jesus zu Petrus sagt, er werde ihn drei Mal verraten haben, ehe der Hahn drei Mal gekräht hat, zu verstehen. Dass gerade der Kikeriki mit einer Geschichte, die auf biblische Inhalte anspielt, den noch etwas fernerliegenden Beitritt Österreichs zum Völkerbund darzustellen vermag, ist bei der klerikal, christlich-sozialen sowie deutschnationalen Haltung des Blattes nicht weiter verwunderlich. Die Muskete hebt in einem Artikel, in Form eines

⁵⁴ Vgl. Der Kikeriki, 16. Mai 1926, 66. Jahrgang, Folge 20, S. 8.

⁵⁵ Goethe, Johann Wolfgang von; Neuhaus, Volker, Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand. Ein Schauspiel (Universal-Bibliothek 71), Stuttgart ²⁰⁰²2005. S. 77.

⁵⁶ Vgl. Huber, Ulrike, Österreich und der Völkerbund in den 20er Jahren. Abrüstung, kollektive Sicherheit und Organisation des Völkerbundes. Dissertation, Universität Wien 1991. S. 17.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 26.

⁵⁸ Vgl. Der Kikeriki, 12. Dezember 1920, 60. Jahrgang, Nr. 50, S. 8.

Wortspiels mit dem französischen Wort „*mais*“, das auf Deutsch „aber“ heißt und dem Lebensmittel „*Mais*“, hervor, dass die Aufnahme in den Bund mit Bedingungen verbunden sei, „aber“ man sich noch etwas gedulden müsse; in der Zwischenzeit empfehle das Unterernährungsamt den „*Maisgrießkoch*“ als bestes Mittel gegen den Hunger.⁵⁹

Auch wenn der Anschluss an Deutschland durchwegs konsistent von allen Parteien gewünscht war, war jener vor allem für die Deutsch-Nationalen immer noch als die höchste Prämisse zu verstehen, weshalb es auch wenig unvorhergesehen scheint, dass bei der Abstimmung nur die Großdeutschen gegen die Unterzeichnung des Vertrages stimmten - entgegen der 97 dafür abgegebenen Stimmen. Renner erkannte, dass eine Zuwendung hin zum Westen, damit war der Völkerbund bzw. die alliierten Mächte gemeint, langfristig sinnvoll sein könnte und betonte, dass man sich dadurch eine Art Gewährleistung für das Fortbestehen eines selbstständigen Österreichs sowie wirtschaftliche Vorteile und auch finanzielle Hilfe, welche von Deutschland nicht zu erwarten war, sichern könne.⁶⁰

Am 10. November 1920 kam beim Völkerbund in Genf das offizielle Ansuchen der österreichischen Regierung an. Auch wenn die Bestimmungen des Vertrags von St. Germain noch nicht erfüllt waren, war man von der Absicht der österreichischen Regierung, den internationalen Pflichten nachzukommen überzeugt und nahm die Worte des österreichischen Delegierten Graf Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, dass der Staat anerkannt sei, eine stabile Regierung besitze sowie ein festes Territorium aufweise und politisch unabhängig sei, positiv zur Kenntnis. Die 5. Kommission der Generalversammlung teilte die Gesuchen in drei unterschiedliche Gruppen ein: 1. Staaten, bei denen es sich aufgrund ihrer Größe als schwierig gestaltete, sie als vollberechtigte Mitglieder aufzunehmen, 2. Staaten, die gerade autonom geworden waren und deren Existenz von anderen Staaten noch bestritten werden konnte oder 3. ehemalige Feindstaaten. Österreich fiel in die Gruppe der ehemaligen Feindstaaten, welche die bestmögliche Chance auf eine Aufnahme hatte. Gemeinsam mit Bulgarien entstand für Österreich daraus der Vorteil, dass sich Deutschland zu der Zeit noch nicht um eine Aufnahme bemüht hatte - Deutschland fiel ebenso in die Gruppe der Feindstaaten - denn hier hätte es mit den Franzosen Konflikte gegeben. Frankreich wäre im Falle einer Aufnahme Deutschlands mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ausgetreten, oder Deutschland wäre abgelehnt worden - gemeinsam mit Österreich und Bulgarien. Die 5. Kommission empfahl schließlich die Aufnahme Österreichs in den Bund - mit insgesamt 35 Stimmen bei sieben Enthaltungen.⁶¹

⁵⁹ Vgl. Die Muskete, 30. September 1920, Band XXX – Nr. 782, S. III (Beiblatt)

⁶⁰ Vgl. Huber, 1991, S. 26ff.

⁶¹ Vgl. ebd., S. 51ff.

Der Völkerbund ist ein weder auf Gewinn, aber schon gar nicht auf Verlust gegründetes Unternehmen.

Mitglied des Völkerbundes kann jeder werden, der aus Englisch gut entspricht. Besiegte Völker können jedoch nur als unterstützende Mitglieder beitreten. Im anderen Fall werden sie dazu gezwungen.

Der Zweck des Völkerbundes ist, wie schon sein Name sagt, der, einzelne Völker zu binden.

Der ewige Friede wird nach Bundeskräften so lange erhalten, bis ein Krieg ausbricht. Doch finden Kriege, die ein Vorstandsmitglied verlieren könnte, bis auf weiteres nicht statt.

Streitigkeiten zwischen den einzelnen Mitgliedern werden durch ein Schiedsgericht zugunsten des Stärkeren entschieden.

Abbildung 2: Die Muskete, Mai 1930, XXV Jahrgang, Nr. 9, S. 195.

Die Muskete spielt hier unter anderem mit den Regeln oder aber eben den Unregelmäßigkeiten, die es zu beachten gilt, Mitglied im Bund zu werden. Der Artikel stammt bereits aus 1930, greift also die ohnehin „chronisch-gewordene“ Problematik des „Mitgliedseins und -werdens“ auf und spiegelt gleichzeitig auch stark den Frust über die Dominanz der damaligen Großmächte im Bund und deren Einfluss auf die Friedenssicherungsmaßnahmen wider. Diese werden sich vor allem in Konfliktlösungsstrategien zeigen, welche explizit im späteren Kapitel zur Friedenssicherung erörtert werden. So ist es in jenem Vers ersichtlich, dass diejenige Gruppe von Staaten, welche wie Österreich aufgenommen werden soll, praktisch keinerlei Möglichkeit hat, nicht beizutreten, man werde ja sowieso gezwungen aber schließlich diene dies alles der Friedenssicherung; welche es allerdings wiederum nur so lange zu wahren gilt, ehe ein „stärkerer“ Staat einen Krieg beginnen will - dies ist eine Anspielung auf die Völkerbundsatzung, bei der, wie Beestermöller schreibt, der Anspruch, Recht an Stelle des Kriegsglücks zu setzen, verloren ginge. Denn wenn der Fall eintrete, dass der Rat zu keiner einstimmigen Lösung käme, würde jeder Staat nach Belieben Krieg führen können - also wieder das „Recht des Stärkeren“ entscheiden.⁶²

Tatsächlich verhält es sich schließlich mit der Aufnahme in den Völkerbund wie nachstehend: Es konnten also alle Staaten, die nicht in die Gruppe der ursprünglichen Staaten (Ausnahme: USA) oder die 13 neutral gebliebenen Staaten fielen, um eine Aufnahme in den Völkerbund bitten und ihre Absicht kundgeben, dass sie ihre internationalen Pflichten beobachten und im Sinne des Völkerbundes die festgesetzte Ordnung bezüglich Streitkräfte und Rüstung befolgen werden. Dieses Ansuchen musste sodann von 2/3 der Mitgliedsstaaten angenommen werden.

⁶² Vgl. Beestermöller, Gerhard, Die Völkerbundsidee. Leistungsfähigkeit und Grenzen der Kriegsächtung durch Staatensolidarität (Theologie und Frieden 10), Stuttgart, Berlin, Köln 1995. S. 141.

Neben einigen Legalitätskriterien (die schließlich im eigenen Ermessen der Interpretation der zu entscheidenden Staaten lag) gab es den Konsens unter den Mitgliedern nur Staaten anzuerkennen, die die Demokratie als nachweislich gültige Herrschaftsform im eigenen Staat anerkannt haben. Jenes oberste Kriterium für die Aufnahme musste aber in der Praxis alsbald immer mehr vernachlässigt werden; so wurden zum Beispiel das Königreich Ungarn oder auch das absolutistisch regierte Abessinien aufgenommen. Die Gründe dafür lagen in der Tatsache, dass jenes Kriterium dem obersten Ziel des Bestehens des Völkerbundes, nämlich die Friedenserhaltung und Kriegsvorbeugung nicht zuträglich war und dies ein Paradox dargestellt hätte, denn somit hätte eine offensichtliche Diskriminierung jener Staaten stattgefunden.⁶³

Es findet auch Anklang, dass sowohl Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Rumänien, Frankreich, Großbritannien, Persien und Kanada unmissverständlich zu verstehen gegeben haben, dass die momentane österreichische Regierung nicht für die Missetaten der österreichisch-ungarischen Monarchie verantwortlich sei.⁶⁴ Der Kikeriki scheint dies als Anlass zu nehmen, über die Größe des Völkerbundes zu lästern, so könne bezüglich der Aufnahme nichts mehr schief gehen, wenn ja sogar Persien dies empfohlen habe⁶⁵ - auch würden zum Teil schon die exotischen Vertreter des Bundes nach Lausanne ausweichen müssen, weil es in Genf keinen Platz mehr gäbe, man wundere sich, wohin Österreich wohl verwiesen werde.⁶⁶

Der italienische Vertreter pochte aber nochmals auf die Bestimmungen des Vertrages von St. Germain, bei dem Österreich Teile bezüglich der militärischen Vorschriften noch nicht erfüllt habe. Hier konterte der Präsident der 5. Kommission, Edvard Beneš, dass eine Aufnahme der positiven Erfüllung jener Bestimmungen nur zuträglich sein könne. Jener betonte am 15. Dezember 1920 nochmals, dass sich Österreich sowohl wirtschaftlich als auch finanziell in einer schwierigen Situation befinde und für seinen Wiederaufbau internationale Hilfe benötige, womit er nochmals den Hauptpunkt der österreichischen Argumentation, nämlich die katastrophale wirtschaftliche Situation, in den Vordergrund rückte.⁶⁷ Die Aufnahme der besiegten Mittelmächte (mit Bulgarien) soll ein versöhnendes Signal und den Willen zu einem friedlichen Europa senden.⁶⁸

Am 16. Dezember 1920 tritt Österreich offiziell dem Völkerbund bei.⁶⁹

⁶³ Vgl. Guggenheim, 1932, S. 27ff.

⁶⁴ Vgl. Huber, 1991, S. 54.

⁶⁵ Vgl. Der Kikeriki, 12. Dezember 1920, 60. Jahrgang, Nr. 50, S. 2.

⁶⁶ Vgl. Der Kikeriki, 28. November 1920, 60. Jahrgang, Nr. 48, S. 3.

⁶⁷ Vgl. Huber, 1991, S. 54ff.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 64.

⁶⁹ Vgl. <http://www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1922/> [23.01.2018]

5.3.1. Ein „Hoffnungsschimmer“

Die Muskete betrachtet die potentielle Aufnahme in den Völkerbund bereits skeptisch und schreibt im April 1920 in einer Art Hymne an den Völkerbund eine Ode über die Dummheit, dass diese (die Dummheit, Anm.) wenigstens bleibe, wenn man schon Selbstbestimmung, Recht und Freiheit abgebe.⁷⁰ Man könnte dies bereits als düstere Vorahnung auf das Bevorstehende interpretieren, immerhin wird mit der Annahme der Anleihe schließlich ein gewisser Souveränitätsverlust hinzunehmen sein. Diese Vorahnung macht sich auch in weiteren Artikeln der Muskete bemerkbar, als im Juni 1920 der Völkerbund bereits mit einem „Räuber“ in Verbindung gebracht und als Komödienspiel dargestellt wird, einmal in Form einer Theaterankündigung: abwechselnd werden die *„Räuber von Schiller“* und *„Der Völkerbund - eine Komödie von Clemenceau“* gespielt; und ein anderes Mal in einem weiteren Kommentar, *„Kriminelle Bemerkungen“* genannt, wird hervorgehoben, dass die kleinen Räuber gehängt würden und der große Räuber aber zum Präsident des Völkerbundes gemacht werde.⁷¹ Auch die Bombe schreibt 1920, dass vom Völkerbund noch keine Spur bestünde, man würde sich nur zum Rauben verbünden, dieser sei ein reiner Schwindel, so wären doch die Völker im *„Grund“* schon alle ein *„Bund von verdächtigem Gesindel“*.⁷² Sowohl die Muskete (siehe Ophtamologenkongreß nachstehend, Anm.) als auch die Bombe⁷³ sind sich im Sommer 1921 darin einig, dass an den Fähigkeiten des Völkerbundes gezweifelt werden muss, denn beide unterstellen ihm, dass einzelne Staaten noch nicht funktional sind, Korruption, Pragmatismus usw. stünden hier bereits auf der Tagesordnung. Der Kikeriki möchte auch keine großen Hoffnungen schüren, so schreibt er, dass nur weil ein Vertreter vom Völkerbund nach Wien komme, dies noch lange nicht bedeute, dass Österreich mit Hilfe rechnen dürfe, eine Schwalbe würde ja auch noch keinen Sommer machen.⁷⁴ Anlässlich des Wiener Ophtamologenkongreß' Anfang August 1921 in Wien⁷⁵ schreibt die Muskete⁷⁶ in einem kurzen Beitrag über diesen, dass man befürchte, dass die wichtigen Themen, wie die Bekämpfung des blinden Völkerhasses, die Behandlung kurzsichtiger Politiker, generell die Schwarzseher wohl nicht behandelt werden würden und fragt ob der Völkerbund nun die Lage in Österreich im Auge behalten würde. Der Kikeriki *„wetzt“* sich ebenfalls den *„Schnabel“* daran, dass die Österreicher und vor allem die Wiener so viel raunzen würden, zuerst beklage man sich über die Kälte, weil man sich die tschechische Kohle nicht mehr leisten könne und sodann würde

⁷⁰ Vgl. Beiblatt der Muskete, 8. April 1920, Band XXX – Nr. 757, S. III.

⁷¹ Vgl. Die Muskete, 3. Juni, 1920, Band XXX – Nr. 765, S. 74 und S. 79.

⁷² Vgl. Die Bombe, 1. Jänner, 1920, 50. Jahrgang, Nr. 1, S. 2.

⁷³ Vgl. Die Bombe, 1. Juni 1921, 51. Jahrgang, Nr. 11, S. 2.

⁷⁴ Vgl. Der Kikeriki, 2. Juli 1921, 61. Jahrgang, Nr. 27, S. 2.

⁷⁵ Vgl. Illustrierte Kronenzeitung, 5. August 1921, 22. Jahrgang, Nr. 7751, S. 2.

⁷⁶ Vgl. Beiblatt der Muskete, 11. August, 1921, Band XXXIII – Nr. 6, S. III.

der Völkerbund die Hitzewelle bringen, weil er helfen will und Österreich würde dann von den „*ententlichen Sonnenstrahlen gebraten*“ werden; auch dies sei weiterhin ein Grund zum „*raunzen*“. ⁷⁷ In der Bombe wird darüber gescherzt, dass man sich freue, so wurde man ja in den Völkerbund aufgenommen, wobei dies nichts ändern werde, man hungere schließlich weiter. ⁷⁸ Ein Hauch der weiteren Hoffnungslosigkeit lässt sich in einem weiteren Vers der Bombe von 1921 finden, hier wird in der Rubrik „*Was gibt's denn Neues?*“ geschrieben: „*Ein Riese einst - und heut ein Zwerg, Die Zeiten immer trister. Da hilft kein Doktor Rosenberg. Und kein Finanzminister.*“ ⁷⁹ Neben der bitteren Kenntnissnahme davon, dass Österreich sich um ein Vielfaches verkleinert hatte, wird hier auch darauf angespielt, dass der christlich-soziale Finanzminister Alfred Gürtler einen jüdischen Volkswirt, Dr. Wilhelm Rosenberg, als Experten für Finanzfragen herangezogen hatte. Dies stieß auch den Sozialdemokraten bitter auf und man unterstellte Seipel sich den jüdischen Großbanken zu unterwerfen. ⁸⁰

Allgemein, das lässt sich auch anhand der satirischen Beiträge der Zeitschriften zum Thema Österreichs Aufnahme in den Völkerbund und der damit verbundenen Hoffnung auf Fremdhilfe sehr gut erkennen, hatte jede politische Richtung ihre Zweifel, aber sah eine Notwendigkeit darin, Mitglied des Völkerbundes zu sein. So war es in der christlich-sozialen Partei klar, dass der Völkerbund eine von den Siegermächten geleitete Organisation war, man erkannte aber, dass er die notwendige Rettung für Österreich sein könnte (so ist es nicht verwunderlich, dass der christlich-soziale Kanzler Ignaz Seipel schließlich den Weg zur Genfer Anleihe ebnen wird); die Sozialdemokraten erkannten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungen - damit sind unter anderem die engere Verflechtung der Wirtschaftsgebiete, die größer werdende Abhängigkeit der Nationen untereinander gemeint - seine Bedeutsamkeit, aber ebenso betrachteten sie ihn als Bund der Komödianten und nur als eine Vorbereitung auf einen anderen Weltbund, der schließlich aus sozialdemokratischen Republiken bestehen soll. Aus liberaler Sicht sah man den Völkerbund als eine dysfunktionale Institution, solange nicht auch die großen Staaten wie Deutschland, die USA und Russland vertreten waren. ⁸¹

5.4. Österreich ist pleite

Nun ist bereits bekannt, dass es für Österreich mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der gesamtwirtschaftlichen Situation sehr düster ausgesehen hat; nicht nur die Abkehr von der Monarchie und somit ein neues politisches System, sondern auch die Lösung der finanziellen

⁷⁷ Vgl. Der Kikeriki, 7. August, 1921, 61. Jahrgang, Nr. 32, S. 7.

⁷⁸ Vgl. Die Bombe, 1. Jänner 1921, 51. Jahrgang, Nr. 1, S. 2.

⁷⁹ Die Bombe, 1. November 1921, 51. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.

⁸⁰ Vgl. https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Geschichte/Karl_Renner [16.10.2018]

⁸¹ Vgl. Klement, Marianne, Österreichs Stellung im Völkerbund. Dissertation, Universität Wien 1942. S. 8ff.

Belange sollen für die nächsten Jahre eine große Herausforderung darstellen. So schreibt beispielsweise Otto Hwaletz, dass die Stabilisierung Österreichs nicht vorrangig ein technisches Problem war, sondern vielmehr ein politisch-ideologisches, denn die etablierten, großen politischen Lager konnten sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Zielgruppen innerhalb der Gesellschaft weder vor, noch nach der Genfer Anleihe auf einen gemeinsamen Konsens festlegen, weshalb politische Spannungen durchwegs an der Tagesordnung standen.⁸²

Nun barg also ein Versagen der Ökonomie im Herzen Europas eine zu große Gefahr für die westliche Welt, man sah sich vor allem durch den Bolschewismus bedroht. Es war nicht nur für Österreich, sondern auch für Deutschland, Ungarn und Polen ein Hilfspaket notwendig, um den Frieden in Zentraleuropa zu wahren, dessen waren sich auch die Briten bewusst. Gegen Ende des Jahres 1921 begann die Hyperinflation in Österreich, die monatliche Inflationsrate betrug 46% und die Arbeitslosigkeit erreichte die 33% - Marke. In Ungarn setzte die Hyperinflation etwas später ein, konnte aber auch zwischen März 1923 und Februar 1924 eine Inflationsrate von 33% und eine ähnlich hohe Arbeitslosigkeit verbuchen.⁸³ Der Völkerbund reagierte auf diese sich anbahnende Katastrophe direkt nach dem Ersten Weltkrieg mit der Einberufung einer Konferenz im September 1920 in Brüssel. Hierzu wurden Experten aus dem Finanz- und Wirtschaftssektor eingeladen, die versuchten Pläne auszuarbeiten und zu diskutieren um Europa vor einem finanziellen Kollaps, welcher sich durch den langen Krieg anzubahnen drohte, zu bewahren. Teilgenommen haben an diesem Treffen 86 Delegierte aus insgesamt 39 Ländern. Patricia Clavin streicht hier heraus, dass dieses Meeting eine signifikante Entwicklung der Arbeit des Völkerbundes darstellte, so sei es in dieser Form möglich gewesen, eine Plattform für Diskussionen für verschiedenste Experten unterschiedlicher Nationen zu erschaffen, welche auch in der Lage wären, sich in einer einheitlichen Sprache auszutauschen und somit einen kollektiven Wissensstand zu erzeugen. Auch wenn es derweil nur bei Empfehlungen blieb, war ein erster Schritt getan, um auch Politiker in diese Prozesse einzubinden. So kam es im April/Mai 1922, ausgehend von Frankreich und Großbritannien (nicht vom Völkerbund selbst), schließlich zu einer Konferenz in Genua. Der Grund für den „Ausschluss“ des Völkerbundes als Gastgeber war die Intention, dass somit auch die USA teilnehmen konnten. Diese Verhandlungen waren aber nicht erfolgreicher als jene in Brüssel. Das Ergebnis war bei beiden dasselbe: die Rückkehr zum Goldstandard für die Stabilisierung der Währungen war unabdinglich. Wichtige Fragen, wie und wann dies genau geschehen soll,

⁸² Vgl. Hwaletz, Otto, Der große Bruch. Der Auftakt zu Österreichs langer Krise durch Krieg, Staatszerfall, wirtschaftlichen Rückschlag und Inflation nach 1914/18, Norderstedt 2008. S. 392.

⁸³ Vgl. Clavin, Patricia, Securing the world economy. The reinvention of the League of Nations, 1920-1946, Oxford 2013. S. 18.

wurden leider nicht geklärt. Allerdings konnten bei beiden Treffen die wichtigen Risikofaktoren, die instabilen Volkswirtschaften klar identifiziert werden. Trotz dieser doch eher weniger erfolgreichen Versuche international Lösungen festzulegen, war dies doch ein erster Schritt in Richtung Etablierung eines internationalen Forums für Diskussionen internationaler Angelegenheiten. Währenddessen soll die Inflation in einigen europäischen Ländern weiter voranschreiten und den Völkerbund schließlich dazu zwingen, handfeste Lösungen zu finden.⁸⁴

Österreich wurde genauso wie Deutschland als Verlierer des Ersten Weltkriegs zu Reparationszahlungen verpflichtet, welche das Vertrauen in die Kronenwährung sinken ließen, die Nachfolgestaaten besorgten sich die Kredite anderweitig und nicht wie erhofft im Zentrum Wien, wo es die größten Kreditinstitute zu verbuchen gab. Speziell Wien wurde sehr stark getroffen, da hier auch vier von fünf der habsburgischen Lokomotivfabriken angesiedelt waren, es jedoch keine Aufträge mehr gab. Die Siegermächte hatten sogenannte Pfandrechte, die staatlichen Lebensmittelzuschüsse, welche nicht nur Arbeiter, sondern gleichermaßen auch Angestellte mit niedrigeren Einkommen sowie die Arbeitslosen betrafen, wurden gestrichen. Dies führte zu einem Aufstand, bei dem die Stimmen nach einer proletarischen Revolution oder dem Anschluss an Deutschland sehr laut wurden - der gerade erst frisch gewählte christlich-soziale Kanzler Michael Mayr wusste sich nicht zu helfen und trat wieder zurück.⁸⁵

An seine Stelle trat nun Johann Schober, der parteilose Wiener Polizeipräsident, der hinter sich die Beamten versammeln sowie im Parlament auf Unterstützung der Christlichsozialen sowie Großdeutschen hoffen konnte. Schober setzte auf Auslandskredite und wie auf die von den oppositionellen Sozialdemokraten vorgeschlagenen Inlandsanleihen und Vermögensabgaben. Schober konnte erfolgreich einen Auslandskredit mit der Tschechoslowakei vereinbaren. Dies stand aber unter der Bedingung, dass das Anschlussverbot an Deutschland abermals vertraglich bestätigt werden musste, was allerdings bei den Großdeutschen zu großer Missbilligung führte. Zum kompletten Bruch kam es durch einen Brief des britischen Kontrollors George Malcolm Young, der Schobers Absichten bezüglich Stabilität und der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit positiv hervorhob und Österreich somit seine Kreditwürdigkeit bezeugte. Johann Schober wurde als Konsequenz schließlich von seinen eigenen Unterstützern gestürzt und mit ihm die gesamte Regierung.⁸⁶

Am 31. Mai 1922 stellte der christlich-soziale Prälat Ignaz Seipel seine neue Regierung, bestehend aus einer Koalition mit den Großdeutschen vor. Er hatte jenen den „*Schutz der*

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 18ff.

⁸⁵ Vgl. Rauchensteiner, Manfred, Unter Beobachtung. Österreich seit 1918, Wien, Köln, Weimar 2017. S. 70.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 71.

einheimischen deutschen Bevölkerung gegen den schädlichen Einfluss des Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“⁸⁷ sogar vertraglich zugesichert und bekannte sich zur gemeinsamen Anschlusspolitik. Seipels Sanierungspläne schlugen allesamt fehl. Die neu gegründete Nationalbank als Aktiengesellschaft war die letzte Hoffnung gegen die sich anbahnende Bankenkrise. Am Markt kam es zu Spekulationen gegen die Kronenwährung und als Resultat weigerten sich die britische Anglobank und auch die wichtigste französische Länderbank Stammkapital in die Nationalbank einzulegen. Diese Ereignisse führten schließlich zur Hyperinflation, innerhalb eines Monats hatten sich die Verbraucherpreise verdoppelt. Bemühungen Seipels um einen Kredit über 250 Millionen Dollar wurden abgelehnt, niemand wollte mehr in den kaputten Staat investieren. Bereits 1921 hatten sich die Siegermächte an den Völkerbund gewandt und dieser verlangte für eine Finanzhilfe einen Verzicht seitens der Alliierten auf die Generalpfandrechte in Österreich. Dies scheiterte ebenfalls und Seipel beschloss, vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Katastrophe, welche in einer Auflösung des Staates gipfeln hätte können, sich selbst an den Völkerbund zu wenden.⁸⁸

Die Konferenz in Brüssel 1920 war bestimmt eine hilfreiche Ausgangslage für Seipels nächsten Schritt. Denn bereits dort war ein Augenmerk auf die neue, sehr junge Republik Österreich geworfen worden, welche territorial gesehen nahezu winzig im Vergleich zur vorhergehenden Monarchie Österreich-Ungarn übriggeblieben war. Man wusste nicht nur damals bereits über die Inflation Bescheid, sondern auch über den übermäßig aufgeblasenen Beamtenapparat als Erbe der Monarchie, die Schulden, Reparationszahlungen und die schlecht-gestellte Bevölkerung. 1922 ergaben Kalkulationen des Sekretariats des Völkerbundes, dass Österreich Mitte Juni 1923 bankrott sein würde, wenn der Staat keine ausländische Hilfe bekommen würde. Insofern war baldige Hilfe, nicht nur für Österreich, sondern auch für andere Staaten in Zentral- und Osteuropa, gefragt.⁸⁹ John Deak schreibt in seinem Beitrag, dass diese Rettungsaktion des Völkerbundes als erster seiner Art wahrgenommen wird, sozusagen ein Test-Projekt, welches durchaus erfolgreich verlief. Gleichzeitig streicht er heraus, dass dies für Österreich als neuer Staat die Chance bot, ein eigenes Narrativ, unabhängig von imperialistischen Bestrebungen und unabhängig von Deutschland, zu entwickeln.⁹⁰

⁸⁷ Ebd., S. 72.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 72ff.

⁸⁹ Vgl. Clavin, 2013, S. 26.

⁹⁰ Vgl. Deak, John, Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, in: Bischof, Günter; Plasser, Fritz; Berger, Peter (Hgg.), From Empire to Republic: Post-World War I Austria, Innsbruck 2010, S. 123–141. Hier 124.

6. Die Genfer Protokolle

6.1. Ignaz Seipel's Vermächtnis

Die Verhandlungen in Genf waren von Seipel keineswegs dem Zufall überlassen, er bereitete sich Monate zuvor schon auf diesen Schritt vor: In einem Brief an den britischen Premierminister Lloyd George drohte er den Siegermächten, sollten die Garantieerklärungen für eine Anleihe nicht abgegeben werden, würde die österreichische Regierung zurücktreten und keine Neue gewählt werden; somit würde der Staat Österreich aufhören zu existieren, mit allen Konsequenzen für die hart erkämpfte Stabilität in Europa. Als auch dies nicht die gewünschten Früchte trug versuchte er, in persönlichen Gesprächen, einzelne Nachbarstaaten zu überzeugen, dass die Auflösung Österreichs ein Loch mitten in Europa hinterlassen würde und wie drastisch die Konsequenzen wären.⁹¹ Zudem spielte er sie in einer Art und Weise gegeneinander aus - er liebäugelte beispielsweise in Prag laut mit dem Gedanken, sich der kleinen Entente anzuschließen, räumte sogleich jegliche Zweifel aus, dass die österreichischen Anstrengungen bezüglich dem Anschluss an Deutschland diverser politischer Fraktionen von ebendort nicht in Erwägung gezogen würden und erwähnte unter anderem die Idee, sich den Italienern in Form einer Währungs- und Zollunion anzunähern.⁹²

Diese Formen des diplomatischen Geschicks Seipels greift der Kikeriki am 25.06.1922 auf:

„Ein altes Sprichwort sagt auf Erden:

Wer hat, dem wird gegeben werden.

Wo Tauben sind, da fliegt im Nu

Ein Schwarm von andern Tauben zu.

Und sind sie auch erst auf dem Dach,

Zutraulich werden S' nach und nach;

Kriegt Seipel eine in die Hand,

hat er bald alle miteinand.

Valuten boten kaum die Banken,

Da bietet Frankreich schon die Franken.

Es gibt die Tschechoslowakei

Das Geld aus ihrem Sacke frei.

Aus läßt Italia endlich ihre

⁹¹ Vgl. Steinbach, Günther, Kanzler, Krisen, Katastrophen. Die Erste Republik, Wien 2006. S. 93f.

⁹² Vgl. Rauchensteiner, 2017, S. 73f.

*Uns lange schon gelobten Lire.
 Es heißt, daß selbst der Völkerbund
 Schon abgewogen hält ein Pfund.
 Ja, ein Gerücht geht, gar noch toller,
 der Morgan send' ein Packel Dollar.
 halt ein, o Welt, es wär' zu viel!
 Was würd' da aus dem Börsenspiel?
 ... " 93*

Beim Kikeriki geht es grundsätzlich um die diplomatischen und reformatorischen Geschicke des Kanzlers (vorheriges Beispiel) u.a. wird auch darüber gescherzt, er würde nach Paris berufen, um auch dort zu sanieren, weil jenen ebenfalls das Geld ausginge.⁹⁴

Auch die Uneinigkeiten mit der Sozialdemokratie werden entsprechend der Abneigung sozialistischer Konzepte seitens des Kikerikis aufgegriffen und so schreibt jener, er habe das Gebet des roten Bürgermeisters Seitz, dass der Völkerbund doch bitte nach Wien übersiedeln möge extra für seine Leser niedergeschrieben:

*„Komm Völkerbund, sei unser Gast,
 Sieh', was du uns bescheret hast“
 Aber willst du nicht, daß Brot
 Der nur hab, der wählte rot,
 dann samt deinem Seipel
 hol dich der Deipel!“ 95*

Ein möglicher Umzug nach Wien wurde deshalb für mehrere Witze herangezogen, da der Völkerbund in Genf zuerst ein großes Platzproblem hatte, es gab keine geeigneten Möglichkeiten ihn zu beherbergen und es musste zuerst ein Gebäude errichtet werden.⁹⁶ Der Kikeriki greift dies einige Male auf, so auch beispielsweise 1928, als er vorschlägt, der Völkerbund solle doch nach Steinhof (Psychiatrie außerhalb Wiens, Anm.) übersiedeln, die goldige Kuppel sei ehrwürdig und dort gäbe es die einzige Möglichkeit dem Völkerbund durch

⁹³ Der Kikeriki, 25. Juni 1922, 62. Jahrgang Nr. 26, S. 7.

⁹⁴ Vgl. Der Kikeriki, 28. Jänner 1923, 63. Jahrgang, Nr. 5, S. 7.

⁹⁵ Der Kikeriki, 4. Dezember 1927, 67. Jahrgang, Folge 49, S. 2.

⁹⁶ Vgl. http://www.magellanworld.net/schweiz_sightseeing_uno.htm [23.04.2019]

therapeutische Behelfe, nämlich kalte Duschen und Zwangsjacken, zur Genesung zu verhelfen.⁹⁷

Auch innerhalb des Parlaments erwies sich die Vorbereitung zur Anleihe alles andere als einfach, sowohl die Sozialdemokraten als auch der Regierungspartner (Deutsch-Nationale) waren zuerst gegen die Annahme der Genfer Protokolle. Otto Bauer sprach vom Verrat Seipels am „Proletariat“ durch die Annahme der Völkerbundanleihe, auch wenn es seitens der Sozialdemokratie wenig Aussicht auf funktionierende Alternativen gab.

Letzten Endes wurden die Protokolle aber mitratifiziert, hier spielte Karl Renner eine maßgebliche Rolle. Er hatte sich an Edvard Beneš, an die Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei gewandt, mit der Bitte um Unterstützung hinsichtlich seiner Bemühungen bei den Verhandlungen. Somit fand ein Gespräch in der Tschechoslowakei statt, bei dem auch englische Vertreter anwesend waren, die als Investoren bereits Zweifel hatten. Sie hatten erfahren, dass die österreichische Sozialdemokratie ein vehementer Gegner der Protokolle ist und waren sich darüber im Klaren, dass ohne Zustimmung jener kein Vertrag zustande kommen kann.⁹⁸ Seipel löste aber auch dieses Problem geschickt: durch die Installation eines „außerordentlichen Kabinettsrats“ gab er den Sozialdemokraten eine Art Druckmittel in die Hand. Die Zusammensetzung dieses Rats war äquivalent der Verteilung der Sitze im Parlament; somit war es für die Sozialdemokraten möglich diversen Entscheidungen im Rat nicht zuzustimmen, ohne sie dadurch zu verhindern. Durch diese Option konnte man die Genfer Protokolle mitratifizieren, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.⁹⁹

Nach weiteren Gesprächen erklärten die Engländer sodann, dass man wisse, dass die Partei in Unsicherheit sei, aber, wenn man der Parteiführung etwas Zeit und Unterstützung geben würde, würde sich der rechte Flügel vermutlich durchsetzen und den Rest der Partei somit mitreißen. Insofern wäre dann vermutlich einer neuen Koalition und somit einer Zweidrittelmehrheit bei der Zustimmung nichts im Wege. Die Mitratifizierung der Genfer Protokolle soll zu einem erhöhten Konfliktpotential innerhalb der Sozialdemokratie führen und die Partei in zwei Lager (Bauer versus Renner) spalten.¹⁰⁰

Dem Regierungspartner, den Deutsch-Nationalen, widerstrebten die Genfer Protokolle in gleichem Ausmaß, man liebäugelte lange mit dem sozialdemokratischen Sanierungsplan, der ohne Fremdhilfe gewesen wäre. Die Tatsache jedoch, dass der Anschluss an Deutschland

⁹⁷ Vgl. Der Kikeriki, 19. Februar 1928, 68. Jahrgang, Folge 8, S. 2.

⁹⁸ Vgl. Kriechbaumer, Robert, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Bd. 12), Wien, Köln, Weimar 2001. S. 349ff.

⁹⁹ Vgl. Steinbach, 2006, S. 96.

¹⁰⁰ Vgl. Kriechbaumer, 2001, S. 349ff.

oberstes Ziel war und dies mit einem bankrotten Staat langfristig nicht möglich wäre, stimmte die Parteimitglieder um. Es galt in letzter Konsequenz Österreich vor der Katastrophe zu wahren und vernunftmäßig zu entscheiden. Die Genfer Anleihe schien zumindest vorerst ein funktionierendes Mittel zur Erreichung dieses Ziels auf langfristige Sicht.¹⁰¹

In den Zeitschriften werden diverse Probleme angesprochen und skizziert. In einem größeren Beitrag, genannt „*das Tagebuch des Herrn Sumper*“ wird von einem Besuch beim Barbier dessen erzählt, der plötzlich mehr verlangt als vorher, daraufhin verweigert er zu bezahlen und droht damit, zum Gericht, ja sogar bis zum Völkerbund zu gehen. Darauf antwortet ihm der Barbier, bis er dort mit seinem Anliegen an die Reihe komme, sei ihm auch schon das letzte Haar ausgegangen,¹⁰² Zudem wird die Angst vor den mit dem Kredit verbundenen Auflagen anhand eines möglichen Alkoholverbots überspitzt dargestellt: es werde sodann nichts mehr erlaubt sein, und neben den bereits verbotenen „*Spielhöllen*“ werde es sodann auch die verbotenen „*Trinkhöllen*“ geben¹⁰³ - insofern ist auch die Rezeption knapp zwei Monate später interessant, als geschrieben wird, dass die österreichischen Finanzfragen bisher immer als Punkt 13, also eine Anspielung auf die Unglückszahl, auf der Tagesordnung durch den Rost gefallen seien - inzwischen sei man jedoch auf Platz 12 vorgerückt und eine Abhandlung wäre wahrscheinlicher geworden.¹⁰⁴ Jene Darstellungen lassen sich als Andeutung auf den langen, beschwerlichen Weg zur Anleihe verstehen. Es wird auch, aufgrund der Erkenntnis, dass man es ohne Fremdhilfe nicht aus der Notsituation schaffen wird, eine „*Einladung an die Ausländer*“ ausgesprochen nach Wien zu kommen, es gebe allerlei Waren, Gesang, man müsse allerdings ein Fremder sein, um sie erwerben zu können, es stehe alles zum Ausverkauf. Österreich würde sich auch gerne für eine andere Währung anbieten, solange sie eine Fremde sei. Es wird gefragt ob der österreichische Staat samt Kapital wirklich schon so „*am Hund*“ sei, deshalb müsse „*er betteln gehen, zum Völkerbund!*“.¹⁰⁵

Schließlich kam es zur erfolgreichen Unterzeichnung der Genfer Protokolle am 4. Oktober 1922. Großbritannien, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei erklärten sich zu einem Kredit über 650 Millionen Goldkronen mit einer Laufzeit von 20 Jahren bereit. Im Gegensatz zu Anleihen für Schweden und Großbritannien war jene aber mit 10,2 % sehr hoch verzinst. Zur Sicherheit für die Anleihe musste Österreich das Tabakmonopol und die Zolleinnahmen verpfänden. Weitere Bedingungen waren¹⁰⁶:

¹⁰¹ Vgl. ebd., S. 448ff.

¹⁰² Vgl. Der Kikeriki, 27. März 1921, 61. Jahrgang, Nr. 13, S. 2.

¹⁰³ Vgl. Der Kikeriki, 5. März, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 10, S. 7.

¹⁰⁴ Vgl. Der Kikeriki, 21. Mai, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 21, S. 3.

¹⁰⁵ Vgl. Der Kikeriki, 8. Oktober 1922, 62. Jahrgang, Nr. 39, S. 2.

¹⁰⁶ Vgl. Rauchensteiner, 2017, S. 73f.

- Erneute Bekenntnis zum Anschlussverbot
- Reform- und Sanierungspläne bis Ende November, welche die Sanierung binnen zweier Jahre sicherstellten
- Externe Finanzaufsicht durch einen vom Völkerbund bestellten Generalkommissär

Der Kikeriki scherzt bereits 1925 über die Zölle und das Tabakmonopol indem er schreibt, dass die Welt bereits weggegeben sei¹⁰⁷; im Jahre 1926 wird darüber gescherzt, dass der Tabak die Leute zusammenbringe, nämlich sogar die Einbrecher, die nur mehr 200 Schilling in der Kassa in der Trafik finden würden, weil das Geld schon längst beim Völkerbund gelandet sei.¹⁰⁸

Am österreichischen Beispiel soll sich dann auch die Sanierung in Ungarn orientieren, denn hier kam es 1923 ebenfalls zur Hyperinflation und zu einer Anleihe die ungefähr die Hälfte der österreichischen betrug. Aufgrund einer doch etwas diverseren wirtschaftlichen Lage (die ungarische Bevölkerung war nicht so abhängig von den Sektoren der Industrie, der Finanz und des Handels, sondern mehr von der Landwirtschaft) und anderer Faktoren, wie etwa eine entschlosseneren Herangehensweise der Regierung den Staat in Ordnung zu bringen (aufgrund vorhergehender politischer Unstimmigkeiten und dem daraus resultierenden Einmarsch der Rumänen) war die Sanierung in Ungarn aber um einiges einfacher als in Österreich. Doch auch hier wurde eine externe Aufsicht vom Völkerbund bestellt, der sich aber weit weniger in die Ein- und Ausgaben des Staates einmischen musste: Jeremiah Smith Jr.¹⁰⁹ Anlässlich dazu schreibt der Kikeriki indem er die Namensähnlichkeit zu den Klageliedern von Jeremias aus dem Alten Testament als Grundlage für ein kurzes Gedicht hernimmt:

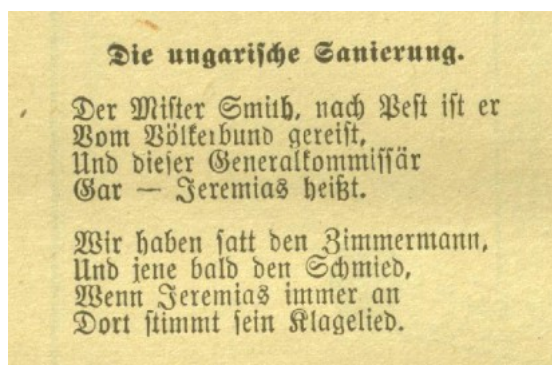


Abbildung 3: Der Kikeriki, 11. Mai, 1924, 64. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.

¹⁰⁷ Vgl. Der Kikeriki, 13. Dezember 1925, 65. Jahrgang, Folge 50, S. 4.

¹⁰⁸ Vgl. Der Kikeriki, 22. August 1926, 66. Jahrgang, Folge 34, S. 4.

¹⁰⁹ Vgl. Clavin, 2013, S. 30.

6.2. Die Sanierung

Bei jenem Generalkommissär in Österreich handelte es sich um den ehemaligen Bürgermeister von Rotterdam, Alfred Rudolph Zimmermann. Dieser als mächtig charakterisierte Mann, welcher eine starke Antipathie gegen den Sozialismus und die Sozialisten generell hegte, wurde nun in das „rote Wien“ geschickt, um dort die Finanzen zu regeln. Monatlich legte er dem Völkerbund einen Bericht über Österreichs Budget ab und bestimmte maßgeblich, wo die Regierung Seipel Budget zu verwenden oder zu kürzen hatte. Dass eine, von außen bestimmte, Person derart in die Regierungsgeschäfte miteinbezogen war, mißfiel den Politikern in ihrer staatlichen Souveränität sehr und er wurde zu einer Art Galionsfigur der Interferenz internationaler Mächte in die neue Republik Österreich.¹¹⁰

Der Kikeriki scheint anfangs daran zu zweifeln, ob denn dieser Herr aus den Niederlanden helfen kann; sehr bald wird sich aber ein anderer „Abbauer“ gewünscht, der günstiger ist, aus dem Osten kommt und somit weniger Gehalt bekommt und sich zusätzlich den Rest einfach selbst zusammenstiehlt.¹¹¹ In der Bombe wird er wiederum als skrupelloser „Sparer“ und „Abbauer“ dargestellt - die Straßenbahnpreise seien ins Horrende gestiegen und die abgebauten Beamten sollen nach Brasilien überführt werden, wo sie ein Jahr mit ihren Familien als Kaffeebauern arbeiten können¹¹²; zudem wird die Situation, dass die Berichte so gut ausfallen, kritisiert, es gehe uns allen ja so gut, dass die Kriegsinvaliden inzwischen Freifahrt auf der Straßenbahnlinie 71 bekämen.¹¹³ Dies lässt sich als Anspielung zur „Freifahrt“ zum Zentralfriedhof verstehen, so hat die Bombe einige Zeit zuvor, bereits 1921, einen Scherz darüber macht, dass die Armut und der Hunger so schlimm wären, das Frieren hinzugekommen sei und man schon sehen könne, wie sie stündlich die Leute nach Simmering führen.¹¹⁴

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 28.

¹¹¹ Vgl. Der Kikeriki, 4. Februar 1923, 63. Jahrgang, Nr. 6, S. 2.

¹¹² Vgl. Die Bombe, 1. Mai 1923, 53. Jahrgang, Nr. 9, S. 2.

¹¹³ Vgl. Die Bombe, September 1924, 54. Jahrgang, Nr. 16-17, S. 7.

¹¹⁴ Vgl. Die Bombe, 1. November 1921, 51. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.

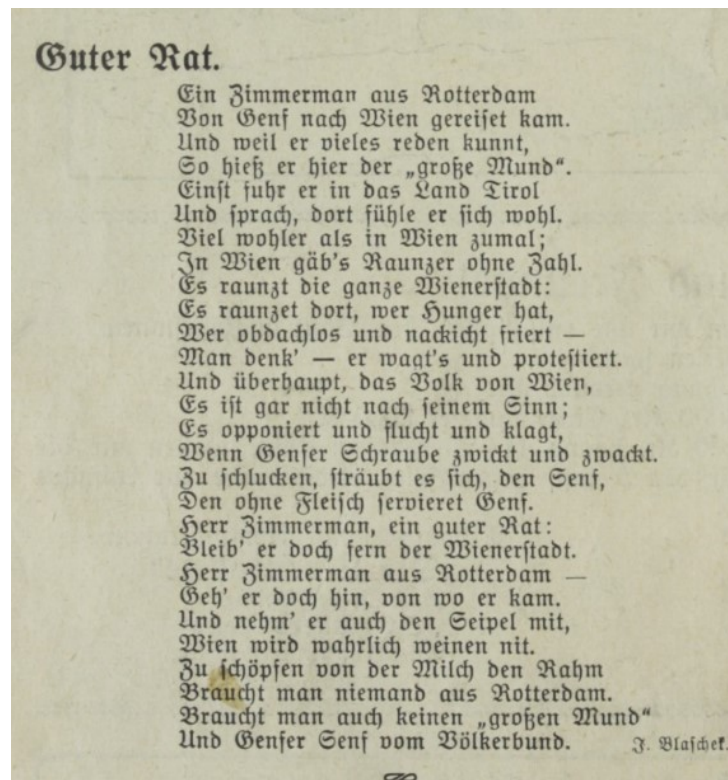


Abbildung 4: Die Leuchtrakete, September 1923, Nummer 4, 1. Jahrgang, S. 8.

Hier schreibt die Leuchtrakete entsprechend ihrer sozialdemokratischen Blattlinie über Zimmermann, dass ihm die Wiener so widerstreben und er nach einem Ausflug nach Tirol wisse, dass es ihm dort besser gefalle - nun soll er doch sogleich dortbleiben und möge doch Ignaz Seipel gleich mitnehmen, das rote Wien würde über den christlich-sozialen Kanzler sicherlich auch nicht weinen müssen.

In der Bombe wird Seipel gemeinsam mit Zimmermann als „Firma“ dargestellt, bei dem ja bekannt sei, dass sein Patentrezept „*Hungern oder Sparen*“ sei - so oder so für die Bevölkerung eine schlechte Alternative. Die Anleihe konnte er ja sichern, das Volk könne streiken, und trotzdem baue man weiter fröhlich ab; ändern werde sich nichts.¹¹⁵ Auf eine fast schon liebevolle Art und Weise wird hinterfragt, was nur aus dem Bundeskanzler geworden wäre, wenn die Sanierung vor seiner Geburt stattgefunden hätte.¹¹⁶ Ignaz Seipel, bzw. die österreichische Regierung und Alfred Zimmermann hatten wesentlich klare Vorgaben, wie die Sanierung vonstatten zu gehen hatte, zudem wurden bestimmte Prozesse vorgegeben, welche unbedingt einzuhalten waren. Dies lässt sich folgend aus den Protokollen, welche aus drei Komponenten bestanden, mit ihren Artikeln herauslesen:

¹¹⁵ Vgl. Die Bombe, 15. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.

¹¹⁶ Vgl. Die Bombe, September 1924, 54. Jahrgang, Nr. 16-17, S. 7.

- Protokoll I: zeitlich unbegrenzt, stand allen Staaten, die beitreten wollten zur Unterzeichnung offen und enthielt die feierliche Garantieerklärung der Signatarmächte über die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Souveränität Österreichs - mit unterzeichneter Gegenerklärung Österreichs
- Protokoll II: bestehend aus 15 Artikeln; Anhang über die Art der Rückzahlung der Kredite. Wurde von Österreich und den vier wichtigsten Signatarmächten unterzeichnet; stand ebenso allen weiteren Staaten, die sich anschließen wollten, offen
- Protokoll III: jenes enthielt die sieben ausführlichen Artikel über die für die Sanierung erforderlichen Verpflichtungen; es wurde von österreichischer Seite alleinig von Bundeskanzler Seipel unterzeichnet. Im Gegensatz zu den anderen beiden Protokollen enthielt dieses eine zeitliche Begrenzung.¹¹⁷

Die Artikel gestalteten sich folgendermaßen:

1. Ratifizierung des Protokolls I durch den österreichischen Nationalrat
2. Erstellung eines Reform- und Sanierungsplans zur Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts innerhalb von zwei Jahren
3. Übertragung einer Sondervollmacht des Nationalrats an jede innerhalb dieser zwei Jahre sich im Amt befindlichen Regierung zur raschen Umsetzung des Sanierungsplans
4. Einsetzung eines vom Völkerbund bestimmten Generalkommissärs zur Überwachung und Durchführung des Reformprogramms
5. Verpfändung der Bruttoeinnahmen der Zölle des Tabakmonopols; Verfügungsgewalt des Generalkommissärs über ein Spezialkonto auf welche diese einzuzahlen sind
6. Verzicht der Regierung auf Ausgabe von Papiergeld; Sicherung der vollen Autonomie der Notenbank gegenüber der Regierung
7. Verpflichtung der Regierung die bis 1. Jänner 1923 vorgesehenen einzuleitenden Maßnahmen geradewegs anzugehen¹¹⁸

Das dritte Protokoll sah somit vor, dass das österreichische Parlament das Reformprogramm sowie ein Gesetz verabschieden sollte, wie kurz in Artikel 3 beschrieben, welches die Regierung u.a. zwei Jahre lang ermächtigt, die Reformmaßnahmen ohne weitere Zustimmung

¹¹⁷ Vgl. Ladner, Gottlieb, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 (Publikationen des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 1), Wien, Graz 1964. S. 158.

¹¹⁸ Vgl. ebd., S. 159.

des Parlaments durchzuführen. Dieses „Wiederaufbaugesetz“ beinhaltete eben auch das angesprochene „Ermächtigungsgesetz“, wofür eine Verfassungsänderung notwendig war. Seipel installierte also als Addition zur Regierung eine Art „Parlamentsausschuß“, bestehend aus 26 Staatsräten - den bereits kurz angesprochenen „außerordentlicher Kabinettsrat“. Für Beschlüsse war die einfache Mehrheit ausreichend (ohne Minister) und er musste innerhalb einer Frist von acht Tagen (mit Option auf nur drei Tage zu kürzen) agieren - hatte also ein ausgesprochen kurzes Vetorecht.¹¹⁹

Im „Wiederaufbaugesetz“ war neben der Kreditermächtigung zur Aufnahme der Anleihe eine Liste mit Reformmaßnahmen aufgeführt, welche teilweise direkt im Gesetz beschrieben wurden oder als Anlage beigefügt waren. Kienböck beschreibt, dass die Ausführlichkeit des Programms in den verschiedenen Punkten sehr unterschiedlich detailliert gefasst gewesen sei: *„...sogar manche Einzelheiten der Verwaltung und Gesetzgebung genau definiert, so die Fortgeltung des vereinfachten Verfahrens in Strafsachen und des Angestelltenabbaugesetzes bis Ende 1924; andere Sätze sind wieder sehr allgemein gehalten, z.B. „Die Besorgung der Aufgaben der Hoheitsverwaltung ist in jeder Hinsicht möglichst zu vereinfachen und sparsam zu gestalten...“ oder „Auch die Gerichtsbarkeit ist möglichst zu vereinfachen und sparsam zu gestalten“. Hier bildet die Beilage des Gesetzes, welche selbst wieder den Titel „Reform- und Finanzprogramm“ trägt, eine Ergänzung, die mehr ins Detail geht. Am meisten beachtenswert, was die Verwaltungsreform anbelangt, ist die Bestimmung, daß die Betriebe des Bundes in eigene Wirtschaftskörper umzuwandeln sind. Der Begriff der Betriebe wird in einer besonderen Beilage dahin erläutert, daß er in erster Linie die Monopole, die Forste, Montanbetriebe usw., dann in zweiter Linie die Bundesbahnen und das Post- und Telegraphen- und Fernsprechwesen umfaßt. ...“*¹²⁰

Das Gesetz enthielt auch noch weitere Bestimmungen folgende Bereiche betreffend:

- Zölle sollen gesteigert werden
- Tabak- und Salzmonopol haben den Erträgen vom 1. August 1914 zu entsprechen
- Bei den Verbrauchssteuern werden Höchstsätze festgelegt, wie bei der Vermögenssteuer, der allg. Erwerbssteuer, den Stempel- und Rechtsgebühren

Bezüglich der Finanzen der Länder und Gemeinden wurde festgesetzt, dass jene die Realsteuern selber zu regeln hatten, jedoch gab es ein vorgeschriebenes Mindestmaß dieser Steuern (als

¹¹⁹ Vgl. Kienböck, Victor, Das österreichische Sanierungswerk. Erschienen in: Schanz, Gregor v. (Hg.); Wolf, Julius (Hg.): Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 85. Heft. Stuttgart, 1925. S. 24f.

¹²⁰ Ebd. S. 25f.

Beispiel musste 1923 die Hauszinssteuer das Sechsfache des 1922 erzielten Ertrags einbringen). Die Zuschüsse vom Bund an die Länder und bestimmte Städte bezüglich der Kosten des Personalaufwands musste in drei aufeinanderfolgenden Jahren (ursprünglich waren vor dem Genfer Sanierungswerk fünf Jahre vorgesehen gewesen) rapide abgebaut und mit 1925 komplett eingestellt werden. Die Warenumsatzsteuer wurde zur gemeinschaftlichen Steuer erklärt, sprich der Bund musste den Ländern 1923 30% und 1924 40% ihres Ertrages abtreten, welche wiederum die Hälfte davon ihren Gemeinden abzugeben hatten. Die Steigerung dieser Steuer erklärt sich durch die weniger gewordenen und dann eingestellten Personalzuschüsse. Ziel des Plans war es, ein Budget von 370 Millionen Goldkronen Staatsausgaben (später dann noch 350 Millionen) innerhalb vierer Halbjahres- Etappen zu erreichen.¹²¹

Am 18. November 1922 stellte die Regierung die Notenbankpresse ein und die Inflationszeit wurde somit beendet - ein erster Schritt in die Durchführung der mit dem Finanzkomitee beschlossenen Pläne. Anfang 1923 eröffnete die neu installierte österreichische Nationalbank ihre Tätigkeit, 1925 tritt an die Stelle der Krone eine neue Währung, der Schilling.¹²²

Sowohl in der Bombe, der Leuchtrakete als auch im Kikeriki steht man der Sanierung selbst von vornherein „skeptisch“ gegenüber. Stimmungsmäßig lassen sich die drei Zeitungen mehr oder weniger nicht unterscheiden. Die Muskete hält sich offenbar sehr zurück, es gibt nur einen Artikel, der der Sanierung zuordenbar war, dabei handelt es sich um eine „*Witzkundmachung*“ über die Ausgabe von sogenannten Dollarschatzscheinen, welche zum Teil in absurden Zahlen münden und es auch sogenannte „*Steuerbegünstigungen*“ für die Anleihezeichner im Anhang zu beachten gibt.¹²³ Die Bombe beklagt 1921 wie schlecht es den Menschen in Wien gehe, während man in der Steiermark den „*Anschlusshammer*“ schwingt (die Anleihe ist an das Anschlussverbot geknüpft)¹²⁴ und zweifelt insgesamt am Völkerbund, wer solle denn ihm helfen, wenn er demnächst zu „*wackeln*“ beginnen würde, der Staat alleine sei schon ein bürokratisches Ungetüm, ein Bündel von Staaten erst recht!¹²⁵ Im Folgejahr spitzt sich die Verzweiflung über die Uneinigkeit im Völkerbund bereits zu; wenn die sich weiter wie Hund und Katz verhalten würden, sei Österreich sowieso schon längst den Bach runtergegangen.¹²⁶ Als die Anleihe immer näher zu rücken scheint, wird die Vorfreude über die eventuell sinkende Steuer aufs Korn genommen, denn man soll sich nicht zu früh freuen - im Gegenteil, es werde

¹²¹ Vgl. Ebd. S. 26f.

¹²² Vgl. Ebd. S. 31.

¹²³ Vgl. Die Muskete, 2. Dezember 1922, Band XXXV - Nr. 17, Beiblatt, S. II.

¹²⁴ Vgl. Die Bombe, 15. Juni 1921, 51. Jahrgang, Nr. 12, S. 2.

¹²⁵ Vgl. Die Bombe, 1. Juni 1921, 51. Jahrgang, Nr. 11, S. 2.

¹²⁶ Vgl. Die Bombe, 15. Oktober 1922, 52. Jahrgang, Nr. 20, S. 3.

alles nur noch teurer werden.¹²⁷ Weiter geht es sodann mit Meldungen (1923 und 1924), dass man sich ja schon darüber freut, dass die Anleihe gesichert sei, aber man noch nichts von dem Geld gesehen/gemerkt habe, was aber schließlich nichts ausmache, da man ja zumindest schon über die Bedingungen Bescheid wisse.¹²⁸

Die Leuchtrakete entgegnet der Sanierung wortwörtlich mit Galgenhumor, so sei nun der Staat saniert und dementsprechend auch die Galgen und Kerker renoviert.¹²⁹

Im Kikeriki kommt die Sanierung meist nicht ohne die bereits behandelten Akteure Seipel oder Zimmermann aus und macht sich sonst noch über die Entente lustig, welche an „*chronischer Kommanditis*“ leide und sich somit als Kommanditgesellschaft präsentiere, mit dem Völkerbund als Verwaltungsrat, welcher die Kommentare der Entente pflegen würde, „*von früh bis spat*“ (sic!).¹³⁰

6.3. Auswirkungen der Sanierung

Der Wirtschafts- und Sozialbereich blieb selbstverständlich von den Maßnahmen durch die Genfer Protokolle alles andere als unberührt. So kam es durch die Stabilisierung der Währung zusätzlich zum erschwerten Export durch die handelspolitischen Verhältnisse in Europa zum Ende der künstlich geförderten Exporte österreichischer Güter. Dies begünstigte die Industriekrise, welche zu massiv steigender Arbeitslosigkeit sowie prekären Beschäftigungsverhältnissen (Kurzarbeit) führte und in der Stilllegung von Betrieben gipfelte. Seitens der Bauern wurde auf Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land verwiesen. Die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung wurde zu einem wichtigen Punkt auf der Agenda der Regierung und man beschloss die VI. Arbeitslosennovelle, welche alles andere als im Sinne der Sozialdemokraten durchgesetzt wurde. Diese Novelle beinhaltete sowohl befristete sozialpolitischen Maßnahmen (z.B. Notstandsunterstützung) als auch Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer und auch -geber, mit der gleichzeitigen Senkung des Beitrags seitens des Staates. Die Haltung der Regierung gegenüber Lösungen bezüglich der Arbeitslosenversicherung oder des (nicht durchgebrachten) Arbeiterversicherungsgesetzes verschärften die Konfliktsituation mit den Sozialdemokraten ungemein; man warf der Regierung Rücksichtslosigkeit gegenüber der arbeitenden Bevölkerung und der sich zuspitzenden Armut vor.¹³¹

¹²⁷ Vgl. Die Bombe, 1. Mai 1922, 52. Jahrgang, Nr. 9, S. 3.

¹²⁸ Vgl. Die Bombe, 15. Mai 1923, 53. Jahrgang, Nr. 10, S. 3.

¹²⁹ Vgl. Die Leuchtrakete, Mai 1924, Nummer 5, 2. Jahrgang, S. 7.

¹³⁰ Vgl. Der Kikeriki, 11. Februar, 1923, 63. Jahrgang, Nr. 7, S. 2.

¹³¹ Vgl. Bachtold, Klaus, Verfassungsgeschichte der Republik Österreich, Wien, New York 1998. S. 362f.

Der Kikeriki heißt in kurzen Reimen die Delegierten des Völkerbundes willkommen in der Hölle, im österreichischen „*Hades*“, so sei die Hoffnung, die bereits so schwach war, mit neuem Mute erfüllt; die unterschiedlichen Delegierten werden persönlich angesprochen, beispielsweise Joseph Avenol, auch wenn er ein „*Stockfranzose*“ sei, so werde er uns doch nicht mit dem Stock auf die Hose schlagen; der Herr Niemayr, der aus England entsandt wurde, dessen Name sehr bekannt vorkomme, es wirke, er wäre ein Wiener. Es wird also die Hoffnung darauf gesetzt, indem die einzelnen Delegierten persönlich auf eine liebevolle, aber doch sarkastische Weise direkt angesprochen werden, dass sich jene doch der Situation in Österreich „erbarmen“ sollen¹³² - in einem weiteren Artikel wird wiederum nur Joseph Avenol angesprochen, der nach einem Besuch in Wien meinte, was hier verbrochen wurde und die zynische Antwort bekommt, er würde sich irren, der Abbau sei schon längst im Gange, es würde nur dauern, auf diesem Grund etwas aufzubauen.¹³³ Der Franzose Avenol wurde 1923 zum stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes ernannt und hatte in dieser Position vor allem die Aufgabe sich um die Kontrolle der Finanzen des Bundes zu kümmern. Hier war sein Fokus vor allem auf den finanziellen Wiederaufbau in den europäischen Ländern, insbesondere Österreichs gelegt.¹³⁴

Die Themen Steuererhöhung und Armut der Bevölkerung spitzen sich bereits vor dem tatsächlichen Sanierungsbeginn und dann im Laufe der Jahre immer mehr zu, so schreibt die Bombe 1921 dass das Hungern schon ein böses Ding sei, nun müsse man auch noch frieren, aber es bleibe eh keine Zeit dafür sich Gedanken darüber zu machen, wie man wegen des Kredits zum Narren gehalten werde, das einzige was zähle sei der Kaiserschmarrn auf dem Tisch; so rausche es auch im Wald der Kritiker, Parteien und der „*Zeilenhungerer*“, man selbst sei aber nur der arme „*Wiener Hungerer*“¹³⁵; dies wird sich jedoch stimmungsmäßig nicht ändern, so wird klargestellt, man habe falsch gehört, es sinken weder Preis noch Steuer, im Gegenteil, es wird alles nur noch teurer, das Elend wächst, man stehe vor der Vernichtung¹³⁶, somit fängt der Jammer von vorne an, Kohle, Tabak, Post, Eisenbahn usw. ist gestiegen, aber das Gehalt wurde halbiert.¹³⁷ Zusätzlich wird darüber gescherzt, dass man nichts mehr lese von seiner Not, nicht mehr von der Politik oder vom Völkerbund, keine Zeitung erschien, nur mehr das Arbeiterblatt, welches die Genossen noch schnell gedruckt hatten und sie somit im

¹³² Vgl. Der Kikeriki, 29. Oktober, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 42, S.1.

¹³³ Vgl. Der Kikeriki, 14. Jänner 1923, 63. Jahrgang, Nr. 3, S. 2.

¹³⁴ Vgl. Rovine, Arthur W., The first fifty years. The Secretary-General in World Politics 1920-1970, Leyden 1970. S. 106.

¹³⁵ Vgl. Die Bombe, 1. November 1921, 51. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.

¹³⁶ Vgl. Die Bombe, 1. Mai, 1922, 52. Jahrgang, Nr. 9, S. 3.

¹³⁷ Vgl. Die Bombe, 1. Oktober 1922, 52. Jahrgang, Nr. 18/19, S. 3.

Alleinbesitz Wiens journalistischer Kräfte gewesen seien. Dies wirke sich wie ein Wunder aus und just am zweiten Tag seien alle Blätter frisch gedruckt, weiter ging es also mit der Klage und der Not.¹³⁸

In der Leuchtrakete werden 1925 die vielen Steuern für die „*Arbeitsbienen*“ als Last gesehen, wenn nebenbei der Kirche alles genehmigt und der Regierung Tatlosigkeit zugeschrieben wird.¹³⁹ Die Muskete verpackt die Situation 1923 in ein „*Sanierungsmärchen*“, bei dem so manches wahr wird; „*Tischlein, deck dich*“ wird für den Schieber zum Gebot; „*Eslein, streck dich*“ bedeutet dies für den Steuerzahler: „*Kultur und Ordnung und Moral.. es war einmal, es war einmal..*“¹⁴⁰ Der Kikeriki findet die Situation ähnlich und formuliert in seinen Artikeln allzu überspitzt und bitter, es sei alles viel zu günstig, Post, Bahn, Tabak, Alkohol - schließlich sei bisher quasi alles gratis gewesen. Sollte diese Tatsache für die Staatsbeamtenschaft nicht zu ertragen sein, müsse diese sogleich auch abgeschafft werden, um den Staat zu retten muss man halt die Bürger zerstören.¹⁴¹

Selbstverständlich wird auch das Thema Stellenabbau und Arbeitslosigkeit generell aufgegriffen; so persifliert die Bombe 1923 in ihrem „*Leidartikel*“ die schlechte Situation der Arbeiter in der Stadt im Gegensatz zu der noch etwas sichereren Arbeit der Landwirtschaftsbetriebe in Form eines scherzhaften Interviews mit Zimmermann; hier sei es geplant, die Eisenbahnerfamilien am Land als Landarbeiter anzusiedeln oder auch Familien die Reise nach Brasilien zu bezahlen, wenn sie dort ein Jahr lang als Kaffeeplantagenarbeiter tätig sein würden.¹⁴² So werde jede Woche „*abgesägt*“ - der Index bis aufs Schärfste kalkuliert; treffen würde es die Ärmsten, die sowieso schon krank sind von der Warenumsatzsteuer, aber nicht diejenigen, die den Index kalkulieren.¹⁴³ Im „*Leidartikel*“ der Bombe vom Oktober 1923 wird darüber nachgedacht, was es zu dieser Zeit eigentlich bedeute, mühevoll das Studium abzuschließen und schließlich die Lorbeeren zu ernten - der Staat einem jedoch keine Arbeit geben würde. Die Hochschülerinnen und Hochschüler (im Artikel wird tatsächlich gendergerechte Sprache benutzt, Anm.) würden bereits genug bluten, bis sodann der Dokortitel winke; so sei es für eben diese nicht ganz so schlimm zu hungern und zu frieren. Zu dumm dann also nur, dass durch den Beamtenabbau auch so viele Mittelschullehrer-Posten gestrichen

¹³⁸ Vgl. Die Bombe, 1. Oktober 1922, 52. Jahrgang, Nr. 18/19, S. 3.

¹³⁹ Vgl. Die Leuchtrakete, Juli 1925, Nr. 7, 3. Jahrgang, S.6.

¹⁴⁰ Vgl. Die Muskete, 20. Februar 1923, Band XXXVI – Nr. 6, S. I (Beiblatt).

¹⁴¹ Vgl. Der Kikeriki, 8. Mai 1921, 61. Jahrgang, Nr. 19, S. 2.

¹⁴² Vgl. Die Bombe, 1. Mai 1923, 53. Jahrgang, Nr. 9, S. 2.

¹⁴³ Vgl. Die Bombe, 15. Mai 1923, 53. Jahrgang, Nr. 10, S. 3.

würden und der ein oder andere Professor dann sechs Stunden statt drei bis vier durchgehend reden müsse.¹⁴⁴

Während die Muskete in einem Beitrag danach fragt, wer denn nun die Brache mit Gesetzen düngen und die Paragraphen, Erlässe und Verordnungen näherbringen soll, wenn alle Beamten abgebaut würden - der Völkerbund solle bitte nicht das letzte Gerüst, an dem Österreich noch hänge, einfach absägen.¹⁴⁵

Im Kikeriki wird spaßhalber gefragt, ob die Anleihe sodann eventuell für Lebensmittel oder zur Bezahlung der Beamten benutzt wird; natürlich nicht - die würden ja zu 99% abgebaut werden.¹⁴⁶

So stellen die Zeitungen jeweils überspitzt die tatsächliche Situation dar, welche für die Beamten und Arbeiter alles andere als eine Gute war - die Folgen der Deflationspolitik manifestierten sich zunehmend: die Verbesserung der Infrastruktur blieb aus, es kam zu keinen (aber doch notwendigen) Investitionen durch den Staat um die Wirtschaft florieren zu lassen. Die Erreichung des ausgeglichenen Haushaltsbudgets war die oberste Prämisse der Regierung; um dies zu erreichen griff man rigoros zu Steuererhöhungen und Einsparungen, Beamten mussten abgebaut werden. Als besonders ertragreich erwies sich die Einführung der Warenumsatzsteuer, welche jeden betraf; gegen diese hatte sich die Sozialdemokratie vehement ausgesprochen, so sei diese vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten, also die Arbeiter, eine zu große Belastung; der Staat würde sich auf dem Rücken der Ärmsten sanieren. Der Beamtenabbau war aufgrund des aufgeblasenen Apparats als Erbe der Monarchie eine logische Konsequenz, wenn es auch für jene durch das bereits von 1922 beschlossene Angestelltenabbaugesetz - ausgehend vom freiwilligen Austritt durch Abfertigungen und frühe Pensionierungen - vorerst humaner geplant war, mündete es jedoch in einem sozialen Problem, da die ausgeschiedenen Beamten durch die bereits hohe Arbeitslosigkeit keine neue Anstellung finden konnten. Zusätzlich fielen Sie aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und die Lage gestaltete sich somit äußerst schwierig.¹⁴⁷ Insgesamt waren 100.000 Beamte abzubauen geplant, tatsächlich belief sich diese Zahl schließlich auf 93.000. Davon fielen mehr als die Hälfte auf Bedienstete der Post und Bahn, da in diesen Sektoren die meisten Personen übernommen

¹⁴⁴ Vgl. Die Bombe, 15. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.

¹⁴⁵ Vgl. Die Muskete, 20. März 1923, Band XXXVI – Nr. 9, S. I (Beiblatt).

¹⁴⁶ Vgl. Der Kikeriki, 5. März, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 10, S. 7.

¹⁴⁷ Vgl. Berchtold, S. 363f.

worden waren, u.a. auch deshalb, da die Tschechoslowakei zuerst auf Zweisprachigkeit bestanden hatte.¹⁴⁸

1924 war das Budget einigermaßen saniert und Zimmermann hatte seinen Dienst so gut wie erfüllt. Ein weiterer wichtiger „Bediensteter“ des Völkerbundes in Wien war der holländische Journalist Adrian Pelt, welcher u.a. die Aufgabe hatte, „gute Neuigkeiten“ über die Sanierung Österreichs zu verbreiten, um das Vertrauen der Märkte in die österreichische Wirtschaft wiederherzustellen. James Arthur Salter, Sekretär des Finanzkomitees¹⁴⁹, war als Strategie bemüht die Berichte Zimmermanns zu analysieren und Entwürfe davon Pelt zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen bzw. diese an Firmen wie J.P. Morgan & Co zu übermitteln, damit jene diese an weitere Investoren geben.¹⁵⁰

Die Bombe greift diese positive Berichterstattung in ihrem „*Leidartikel*“ auf und schreibt darüber:

Ob nun diese gewiß unhaltbaren Zustände
— wie man uns verspricht — nur ein unvermeidliches Übergangsstadium bedeuten, das wird ja die Zukunft lehren — und diejenigen, die es aushalten, dürften es auch erleben. Wir wehren uns nur gegen eine, unter den obwaltenden Umständen geradezu als Verhöhnung anmutende rosige Schilderung der glänzenden Zustände der »braven Republik Österreich«, des Protektionskindes des wortreichen Völkerbundes. Von solchen Worten wird aber der hier Hungernde nicht satt. Behauptet und schreibt dies dennoch ein selbst satter Redakteur oder Leitartikler, so wird er eben hiefür bezahlt — und das gewiß entsprechend. Obzwar zumeist just dessen Vorstudien . . . doch das gehört nicht hieher. . .

Abbildung 5: Die Bombe, 15. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.

Clavin stellt in Frage, ob Österreich die Sanierung ohne Fremdhilfe geschafft hätte, schließlich bedeuteten diese Maßnahmen massive Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat, starke Steuererhöhungen, eine hohe Arbeitslosigkeit sowie Souveränitätsverlust. Vor diesem Hintergrund schreibt sie, dass sich Historiker nicht einig sind, ob die Stabilisierung durch den Völkerbund auf langfristige Sicht Vorteile für den Staat an sich gebracht hat. Demnach wurde

¹⁴⁸ Vgl. Höbelt, Lothar, Die Erste Republik Österreich (1918-1938). Das Provisorium (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Band 64), Wien, Köln, Weimar 2018. S. 43.

¹⁴⁹ Cottrell, Phil, Der Wiederaufbau Österreichs 1920/21: Ein Fall für die Privatwirtschaft oder Aufgabe des Völkerbundes?, in: Berghoff, Hartmut; Kocka, Jürgen; Ziegler, Dieter (Hgg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme : Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs. Im Gedenken an Gerald D. Feldman (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 20), München 2010, S. 160–182.hier 172.

¹⁵⁰ Vgl. Clavin, 2013, S. 28.

auch in der internationalen Presse suggeriert, dass Österreich seine Souveränität einer international bestellten Autorität, welcher im Zuge dessen Kolonialmacht-Charakteristika attribuiert wurden, abgegeben hat und dies den Eindruck einer „verdorbenen österreichischen Demokratie“ zu suggerieren vermochte.¹⁵¹ Diese These wird auch von Gottlieb Ladner unterstrichen, der in seiner Einleitung zur Bedeutung der Genfer Protokolle für Österreich Rudolf Freund zitiert, so sei Deutschösterreich 1922 zur ersten Finanzkolonie Europas geworden, die unter anderem durch Parteienrivalität geschwächte Staatsautorität wäre nur durch fremde Kredithilfe zu retten gewesen, welches aber gleichzeitig Entmündigung bedeutete.¹⁵²

6.4. Das (geplante) Ende der Sanierung und Rücktritt Seipels

Die Leuchtrakete konzentriert sich hier sehr auf den katholischen Hintergrund Seipels und schreibt hinsichtlich der zu endenden Sanierung 1924, dass jetzt nach und nach alle aus der Kirche austreten würden, weil die Sanierung wichtiger sei als der Glaube an Gott und jener sowieso schon verloren sei wie alles Hab und Gut¹⁵³ - eventuell wird hier auch damit gespielt, dass Seipel das Volk an den Teufel verkauft hat um den Staat zu retten. Ebenso ergibt sich dann die Idee, dass er nach der erfolgreichen Sanierung seine Wallfahrt zur Heiligen Jungfrau nach Mariazell antreten werde.¹⁵⁴ Auch ein Vergleich mit einer Mumie scheint nicht abwegig, so sei er zwar noch nicht einbalsamiert, dafür aber mit allen Salben geschmiert, ganz abgesehen davon, dass es bald eh nichts mehr zu sanieren geben werde, weil sich alle selbst gemordet haben.¹⁵⁵ Bezüglich Zimmermann persifliert die Leuchtrakete die nicht gehen-wollende „Abbaumaschine“, die sich in einem Brief ans Christkind wünsche, dass er eine lebenslange Kontrolle über Österreich bekomme.¹⁵⁶ Der Kikeriki kehrt hervor, als die Kontrolle mit dem nahenden Jahr 1926 tatsächlich dem Ende zugeht, wer denn jetzt den Unmündigen weiterhin helfen solle nachdem die Königin von Holland ihn woanders hinschicken werde, kein anderes Volk würde ihn ganze vier Jahre ertragen.¹⁵⁷

In diesem Zusammenhang wird Wien auch gleichzeitig mit den (aus heutiger Sicht schwierigen) Begriffen „Kolonie“ und „Sklaven“ genannt - dies kann als eine Anspielung darauf verstanden werden, dass Österreich, wie bereits erwähnt, zu einer „Finanzkolonie“ und

¹⁵¹ Vgl. ebd., S. 29.

¹⁵² Vgl. Ladner, 1964, S. 9.

¹⁵³ Vgl. Die Leuchtrakete, Juni 1924, Nummer 6, 2. Jahrgang, S. 5.

¹⁵⁴ Vgl. Die Leuchtrakete, März 1925, Nummer 3, 3. Jahrgang, S. 4.

¹⁵⁵ Vgl. Die Leuchtrakete, März 1925, Nummer 3, 3. Jahrgang, S. 3.

¹⁵⁶ Vgl. Die Leuchtrakete, Dezember 1924, Nummer 12, 2. Jahrgang, S. 6.

¹⁵⁷ Vgl. Der Kikeriki, 11. Oktober 1925, 65. Jahrgang, Folge 41, S. 1.

somit ähnlich „versklavt“ wurde, wie die Einheimischen in den Kolonialstaaten in Afrika und im Nahen Osten.

So kam es im Jahre 1924 zwangsläufig zu Diskussionen, dass der Generalkommissär nun seine Arbeit in Wien beenden könnte. Zimmermann betonte jedoch, dass das Gleichgewicht im Staatshaushalt noch nicht ganz dem entsprechen würde, wie es in den Genfer Protokollen von 1922 festgelegt wurde. Die festgesetzten Beträge der Einnahmen und Ausgaben wurden noch nicht zur Gänze erreicht und es folgten zähe Verhandlungen mit dem Völkerbundrat in Genf. Hierzu fuhren Vertreter der österreichischen Regierung unter der Leitung von Finanzminister Viktor Kienböck; Ziel war es, jene Ziffern abzuändern, womit die Kontrolle enden hätte sollen. Der Völkerbundrat beschloss daraufhin, da das Budget für die Sanierung noch nicht aufgebraucht worden war und das Gleichgewicht im Haushalt, aufgrund der höher ausgefallenen Ausgaben und Einnahmen, noch nicht hergestellt war, die Angelegenheit an das Finanzkomitee des Völkerbundes zu übergeben. Zu diesen Verhandlungen beschloss Bundeskanzler Seipel selbst die österreichischen Delegierten zu führen, zur Überraschung vieler, denn er hatte sich von dem auf ihn verübten Attentat noch nicht gänzlich erholt.¹⁵⁸ Darüber witzelt der Kikeriki in folgendem kurzen Reim über die „Sanierung“ Seipels und seinen Antritt der Reise nach Genf:

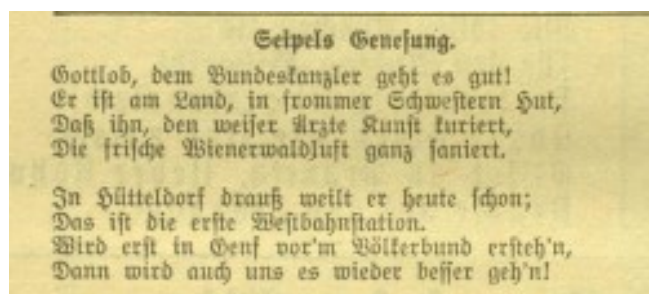


Abbildung 6: Der Kikeriki, 13. Juli, 1924, 64. Jahrgang, Nr. 29, S 2.

Aufgrund vorenthaltener Informationen in einem, kurz vor der Abreise nach Genf, von den Sozialdemokraten herbeigeführten Hauptausschuss des Parlaments bezüglich der Klärung der Abgabenteilung der Länder waren jene mehr als verärgert und hatten die Sorge, Seipel würde den Völkerbund als Druckmittel gegen sie verwenden. Dieses kam ihm schließlich nicht ungelegen, denn er konnte dadurch die Länder zum Nachgeben bewegen - selbige Konflikte sollen u.a. zu dem baldigen Rücktritt Seipels führen.

¹⁵⁸ Vgl. Schausberger, 2017, S. 363f.

Die Beratungen in Genf jedenfalls stellten sich als mäßig erfolgreich heraus. Die Erhöhung des Normalbudgets und ein Betrag für staatliche Investitionen wurden zwar bewilligt, aber das Ende der externen Finanzkontrolle schien noch länger nicht in Sicht. Im Budget für 1925 war die Idee weitere 78 Millionen (mehr als im Jahre 1924) einzusparen, ein Ende der Kontrolle wäre also erst dann wirklich möglich, wenn das Parlament den Budgetplan für 1925 abgesegnet hätte und die geplanten Reformmaßnahmen durchgeführt wurden. Nach weiterem Hin- und Her in den Budgetverhandlungen war mit einer Lockerung der Kontrolle summa summarum vor Mitte 1925 nicht zu rechnen.¹⁵⁹ Des Weiteren wurden in den Verhandlungen noch zusätzliche (in Addition zu den von 1922 vereinbarten) Reformmaßnahmen beschlossen:

- *„Reduktion des Aufwands für die Personalvertretungen*
- *Reform der Agrarbehörden*
- *Reform der Staatsgebäudeverwaltung*
- *Abbau der Invaliden-Entschädigungskommissionen*
- *Wirksame Kontrolle der genauen Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsstunden bei den Ämtern*
- *Verschmelzung der Bundesverwaltung mit der ehemals autonomen Verwaltung bei den Landesregierungen*
- *Herabsetzung der Zahl der Mitglieder der Landesregierungen*“¹⁶⁰

Diese Vorgaben galt es nun anzunehmen und alsbald umzusetzen (Septemberakkord). Seipel erstattete sogleich nach seiner Rückkehr einen umfassenden Bericht, am Samstag erhielt der Ministerrat den Report und in den Tagen darauf wurden die politischen Parteien informiert und der Hauptausschuss des Parlaments einberufen. Der Ministerrat beschloss sich sofort an die Arbeit für die notwendigen Gesetzesvorlagen zu begeben, damit diese Entwürfe im Oktober im Parlament diskutiert werden können. Der Widerstand ließ nicht allzu lange auf sich warten, innerhalb der christlich-sozialen Partei wurden Rufe der Missgunst laut, der Nationalbankpräsident Richard Reisch drohte mit seinem Rücktritt - das Finanzkomitee des Völkerbundes hatte sich kritisch über die Nationalbank geäußert - konnte aber letztendlich durch die Zusicherung des Vertrauens von Seipel und Kienböck überzeugt werden, doch zu bleiben. Die Kritik war von britischer Seite gekommen, die wenig darüber erfreut schienen,

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 363ff.

¹⁶⁰ Ebd., S. 366.

dass sich die österreichische Währung am Dollar orientierte und nicht, wie beispielsweise Deutschland oder Ungarn, am englischen Pfund.¹⁶¹

Seipel nahm schließlich an der Sitzung im Parlament am 30. September teil, hielt dort eine eineinhalbstündige Rede über die Verhandlungen in Genf und nutzte dies als Möglichkeit nochmals an die Vereinbarungen der Genfer Protokolle zu erinnern. Er betonte auch eine geplante Finanzreform, nämlich eine einheitliche Finanzpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. In dieser Debatte im Nationalrat waren sich die Christlichsozialen mit den Großdeutschen einig, der gemeinsame Gegner waren die Sozialdemokraten. Zum Ende wurde der christlich-soziale Antrag auf eine beschleunigte Durchführung der Maßnahmen (im Zuge der geplanten Erleichterung und schließlich Auflösung der externen Kontrolle) von den Regierungsparteien angenommen; der sozialdemokratische Antrag auf die Durchführung einer „Enquete und Missbilligung der Genfer Vereinbarungen“ wurde abgelehnt. Für Seipel kamen die weiteren Forderungen aus Genf mehr als gelegen, nicht nur, dass sich diese zum Großteil mit seinen eigenen Reformvorhaben deckten und er mit diesem Zwang von außen die Länder in Schach halten konnte, sondern auch die Sozialdemokraten, welche als Ziel hatten, die Kontrolle so bald wie möglich als beendet zu sehen, konnte er somit leichter in die Knie zwingen.¹⁶² Der Druck seitens der Länder und miteinhergehend die innerparteilichen Unruhen, mit denen sich Seipel konfrontiert sah, wurden jedoch zu stark und er trat mit seiner Regierung zurück. An seine Stelle hieven Ende November 1924 die Christlichsozialen nun Rudolf Ramek, einen Salzburger Rechtsanwalt mit einer Regierung bestehend aus Landespolitikern.¹⁶³ In den kommenden zwei Jahren soll nun Ramek mit seinem Finanzminister Jakob Ahrer die notwendigen Maßnahmen durchbringen und Österreich somit von Zimmermann befreien, ehe Ignaz Seipel 1926 wieder als Kanzler zurückkehrt.¹⁶⁴ Schausberger betont hier, dass es für Rudolf Ramek einer seiner größten persönlichen Erfolge seiner kurzen Kanzlerschaft war, der wohl ohne seine besonderen Eigenschaften der Ausdauer und seines Verhandlungsgeschicks nicht möglich gewesen wäre.¹⁶⁵

Zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage Österreichs kamen am 30. Juni 1925 zwei vom Völkerbund bestellte Experten in Wien an: Charles Rist und Walter Thomas Layton. Thomas Layton war Herausgeber der britischen Zeitung „The Economist“, der Kikeriki persifliert dies sogleich und schreibt, warum nicht einer bestimmt wurde, der auf „*meinen EconoMIST*“

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 366ff.

¹⁶² Vgl. ebd., S. 368ff.

¹⁶³ Vgl. Steinbach, 2006, S. 102.

¹⁶⁴ Vgl. Schausberger, 2017, S. 372.

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 434.

gewachsen sei.¹⁶⁶ Es ist an dieser Stelle erwähnenswert, dass die beiden Herrschaften ihre Reise nach Wien in einem Luxuszug der Westbahn antraten und in Wien im Hotel Sacher residierten. Für Ihren alles in allem 140-seitigen Bericht waren Gespräche mit Bundeskanzler Ramek, einigen Ministern, den Kammern usw. geplant. Sie scheuten auch nicht die Gespräche mit einzelnen Personen aus der Industrie und Kaufleuten. Die beiden Experten erhielten von fast allen Einrichtungen und Organisationen Studien, Denkschriften usw. in denen für die jeweilige Einrichtung relevante Bemerkungen zur Situation oder zum Vorhaben der Regierung Ramek enthalten waren, beispielsweise die Arbeiterkammern, die ihre Sorge zum Ausdruck brachten, die hartnäckige Arbeitslosigkeit würde sich durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte wenig verbessern und es gäbe genügend Hürden für die auswanderungswilligen österreichischen Arbeiter. Man beschwerte sich über die hohen Zölle für die exportierenden Betriebe, das kleine Österreich brauche eine starke Lebensmitteleinfuhr und Einfuhr von Brennstoffen, die Industrie weise zu viele Beschäftigte auf, nur um einen Bruchteil der Erläuterungen seitens der österreichischen Wirtschaft zu nennen.¹⁶⁷

Der Kikeriki hat aus diesen Ereignissen eine ganze Reimsammlung erstellt, um einen Überblick über die wohl stattfindenden Gespräche und Treffen mit Layton und Rist zu skizzieren:

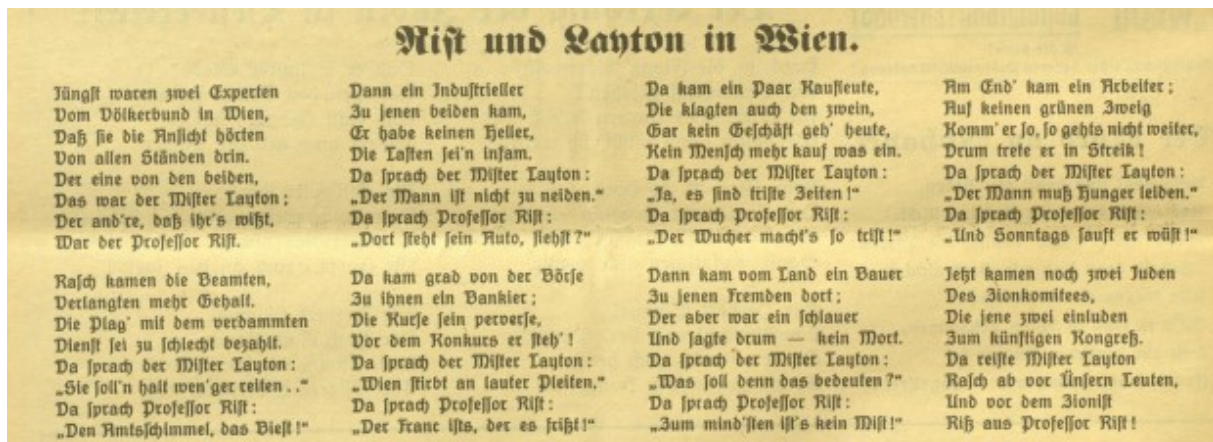


Abbildung 7: Der Kikeriki, 8. August 1925, 65. Jahrgang, Folge 32, S. 2.

In diesem Artikel werden die einzelnen Vorsprachen der verschiedensten Vertreter persifliert, wobei es hier wichtig ist zu erwähnen, dass mit dem letzten Vers auf den im August in Wien stattfindenden Zionistenkongress angespielt wird - jener war von immensen Unruhen begleitet

¹⁶⁶ Vgl. Der Kikeriki, 19. Juli 1925, 65. Jahrgang, Folge 29, S. 3.

¹⁶⁷ Vgl. Schausberger, 2017, S. 391ff.

und Bundeskanzler Ramek musste dafür sorgen, dass er in Ruhe stattfinden konnte, indem er unter anderem eine Gegendemonstration verbot.¹⁶⁸

In ihrem Bericht stellten Rist und Layton fest, dass Österreich alleine lebensfähig sei, das Wirtschaftsleben weise eine langsame aber doch deutliche Besserung auf, wenn man sich vor Augen führe, wie verzweifelt die Lage nach dem Weltkrieg war, so ließe sich ohne Zögern behaupten, dass sich die Republik auf dem Wege zur vollständigen Genesung befinde und der kritische Punkt bereits überwunden sei. Der Grund für die massive Arbeitslosigkeit sei auf die Einführung effizienterer Methoden in der Industrie, im Handel und auch im Bankwesen zurück zu führen. Sie hoben auch hervor, dass Österreich das erste Land sei, dem die Stabilisierung der Währung komplett gelungen sei und dass dies als ein Beispiel für die neue Handelspolitik in Europa herangezogen werden könne.¹⁶⁹

Nach einem weiteren Jahr kam es schließlich - nach etlichen Völkerbundversammlungen und -sitzungen, zähen Verhandlungen des Bundeskanzlers Ramek mit den Genfer Delegierten - zur Beendigung der Kontrolle am 30. Juni 1926.¹⁷⁰

7. Die zweite Anleihe

An der schlechten Lage der Bevölkerung sollte sich jedoch nicht viel ändern, so schreibt der Kikeriki im Folgejahr, dass sogar der Völkerbund Zahler habe, die ihm das Geld schuldig bleiben, derweil wollte man doch gerade nach Genf fahren, um sich von jenen die Schulden eintreiben zu lassen.¹⁷¹

Die Genfer Protokolle sollen schließlich auch nicht die einzige Anleihe des Völkerbundes in der Ersten Republik bleiben - viel zu bald war die österreichische Wirtschaft durch die Weltwirtschaftskrise und den Zusammenbruch der Creditanstalt im Mai 1931 wieder in Not geraten¹⁷² und erhielt eine weitere Anleihe über 300 Millionen Schilling im Jahre 1932.¹⁷³

Diese missliche Lage wird in den Zeitschriften nur vom Kikeriki aufgegriffen und bereits 1929 angemerkt: so spricht der Völkerbund hier von den „*Ahnungslosen*“ während für Österreich die „*Almosen*“ gesammelt werden¹⁷⁴; 1931 gibt es einen Artikel zur „*Tierschau*“ bei dem es den

¹⁶⁸ Vgl. ebd., S. 395.

¹⁶⁹ Vgl. ebd., S. 393f.

¹⁷⁰ Vgl. ebd., S. 331.

¹⁷¹ Vgl. Der Kikeriki, 9. Oktober 1927, 67. Jahrgang, Folge 41, S. 2.

¹⁷² Vgl. Klingenstein, Grete, Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931 - 1934 (Publikationen des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 5), Wien, Graz 1965. S. 43.

¹⁷³ Vgl. ebd., S. 64ff.

¹⁷⁴ Vgl. Der Kikeriki, 17. März 1929, 69. Jahrgang, Folge 12, S. 3.

vom Völkerbund aufgebundenen Bären und auch das Budget-Krokodil zu sehen gibt.¹⁷⁵ In diesem Stil wird sich das Jahr über im Kikeriki darüber lustig gemacht, dass nur die Besitzlosen glücklich seien, denn wer tatsächlich ein Einkommen habe, müsse dies der Masse zu gute kommen lassen¹⁷⁶; der Sommer komme, es werde immer heißer, auch um die Kreditbank; man bemühe sich um kalte Duschen für die Regierung und das Volk und die Völkerbundmitglieder seien auch schon ganz nervös und würden demnächst aber den Sommerurlaub antreten.¹⁷⁷ In einem weiteren Artikel wird auch die „*Miß Austria*“ für ein Wortspiel herangezogen, so seien die Verhandlungen mit ihr bezüglich der Übernahme der Rothschildbank (Teil der Creditanstalt, Anm.) in einer Sackgasse. Es würden sich Widerstände gegen ihren Plan, die Bank zur „*Miß - Kreditanstalt*“ umzubenennen, um ihrer Übernahme Ausdruck zu verleihen, bemerkbar machen.¹⁷⁸

Die Situation spiegelt sich auch noch nach den Genfer Protokollen in Bezug auf Sparen, Steuererhöhungen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut ähnlich wider:

1927 beklagt sich der Kikeriki wiederum über das Sparen und die Armut in Form einer Proklamation, in der herausgestrichen wird, dass sowieso alles direkt an den Völkerbund abgeführt werde, vom Rindvieh bis zum Floh, man zehre also nur mehr am eigenen Fett bis man zum Skelett werde, was aber schließlich ganz praktisch sei, denn Skelette würden bekanntlich keine Nahrung brauchen.¹⁷⁹ So wird das Thema Hunger weitergeführt und man beklagt sich 1928 darüber, dass es tausende Arbeitslose gibt, die Industrie sich quasi in Narkose befindet und der Völkerbund uns dazu Senf schicke; so würden wir aber doch lieber Kren dazu haben wollen - zum Geldfieber!¹⁸⁰ 1930 wird in einem Absatz sogar die Idee geboren, das Magenknurren via RAVAG (Radio Verkehrs AG, Anm.) an den Völkerbund zu übertragen, als Unterstützung zur Erlangung der Kredite.¹⁸¹ Auch 1931 wird das bereits bekannte Thema mit der Unglückszahl 13 wieder aufgegriffen, so habe der Völkerbund im Sinne 13 Monate einzuführen, zu jeweils 28 Tagen mit einem Friedenstag. Bitterböse wird auch auf die 14 Monatsgehälter der staatlich Bediensteten angespielt, welche sich wohl betrogen fühlen würden; ob man sonst mehr bekommen würde mit 13 Monaten sei leicht gerechnet, so wurde ja in der Schule schon gelernt, dass 0 durch 13 dasselbe ergibt wie 0 durch 12.¹⁸² An dieser Stelle gilt es das Problem der Arbeitslosigkeit in der Ersten Republik stärker hervorzuheben:

¹⁷⁵ Vgl. Der Kikeriki, 31. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 22, S. 6.

¹⁷⁶ Vgl. Der Kikeriki, 24. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 21, S. 3.

¹⁷⁷ Vgl. Der Kikeriki, 7. Juni 1931, 71. Jahrgang, Folge 23, S. 3.

¹⁷⁸ Vgl. Der Kikeriki, 7. Juni 1931, 71. Jahrgang, Folge 23, S. 3.

¹⁷⁹ Vgl. Der Kikeriki, 6. Februar 1927, 67. Jahrgang, Folge 6, S. 2.

¹⁸⁰ Vgl. Der Kikeriki, 27. Mai 1928, 69. Jahrgang, Folge 22, S. 8.

¹⁸¹ Vgl. Der Kikeriki, 2. Februar 1930, 70. Jahrgang, Folge 5, S. 7.

¹⁸² Vgl. Der Kikeriki, 22. Februar 1931, 71. Jahrgang, Folge 8, S. 1.

die Arbeitslosenquote hatte mit 200.000 Arbeitslosen 1925 bereits den absoluten Höchststand seit dem Bestehen der Republik erreicht; auch nach der Stabilisierung, als Österreich ein leichtes Wirtschaftswachstum verbuchen konnte, ging sie nicht sonderlich zurück und stieg dann wieder mit der Weltwirtschaftskrise nahezu ins Unermessliche, mit 600.000 arbeitslosen Menschen. Wie Kernbauer hier absolut richtig feststellt, spielte die daraus resultierende Verarmung und Verelendung in Bezug auf die Eskalation der politischen Lager und den damit einhergehenden Vertrauensverlust in die autonome Staatlichkeit eine große Rolle.¹⁸³

7.1. Das Scheitern der Zollunion

Schober hatte Ende der zwanziger Jahre versucht, noch zu der Zeit als er das dritte Mal Bundeskanzler war, einen Zollunionsplan mit Deutschland durchzusetzen. So verhandelte er, dann auch wieder als Außenminister, mit dem deutschen Außenminister Julius Curtius einen Plan aus. Sie beriefen sich auf das Recht, dieses Abkommen ohne die Zustimmung der anderen Staaten durchzusetzen, sogar ohne es zumindest mit Aristide Briand (frz. Ministerpräsident, Anm.) oder Benito Mussolini zu besprechen. Beider Länder Banken waren aber durch die Weltwirtschaftskrise (auch wenn Schober hier etwas abzdämpfen vermochte, indem er veranlassen konnte, dass Teilbestimmungen des Vertrags von St. Germain abgehakt waren - die Tilgung der Kriegsschulden, Aufhebung des Generalpfandrechtes etc.¹⁸⁴) in einer schlechten Lage, eine Besserung ohne Fremdhilfe, vor allem durch Frankreich und auch Italien, war nicht möglich.¹⁸⁵ Es stellten sich also explizit Frankreich, das die Lage nach dem Erfolg der Nationalsozialisten bei den Wahlen 1930 in Deutschland mit Argusaugen betrachtete, und auch Italien dagegen. Vor allem Frankreich hatte dadurch, dass es das einzige Land war, welches von der Krise nicht getroffen wurde und einen stabilen Franc hatte, die Vormachtstellung. Sie zogen nach der Aktion von Schober und Curtius kurzfristig ihre Anleihen aus Deutschland ab, woraufhin die Danat- und Dresdner Bank zusammenbrachen; auch Hilfe aus England war nicht mehr zu erwarten, so hatten hier die Franzosen ebenfalls Geldrückforderungen gestellt und England war selbst in die Krise geschlittert. In Österreich brach schließlich die Creditanstalt zusammen, die Inlandsgläubiger zogen ihre Einlagen zurück, die Auslandsgläubiger forderten eine Garantie der Regierung oder sie würden Ihre Einlagen ebenfalls abziehen. Die Idee der Sozialdemokraten, die Auslandsgläubiger unter Druck zu setzen, indem man drohen wollte, das eigene Guthaben in Banken im Ausland zu kündigen,

¹⁸³ Vgl. Kernbauer, Hans, Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der österreichischen Nationalbank (Das Österreichische Noteninstitut), Wien 1991. S. 158f.

¹⁸⁴ Vgl. Reimann, Viktor, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik, Wien u.a. 1968. S. 150.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 158.

wurde nicht umgesetzt. Die Regierung zerbrach schließlich an den Problemen durch den Zusammenbruch der Bank und Frankreich hatte alle Karten in der Hand.¹⁸⁶ Es ging sogar soweit, dass Frankreich forderte, dass sowohl Curtius als auch Schober am 3. September 1931 öffentlich bekanntgeben mussten, dass sie auf ihre Pläne zu einer Zollunion verzichten würden.¹⁸⁷ Diese feierliche Kapitulation wurde vom Kikeriki aufgegriffen:

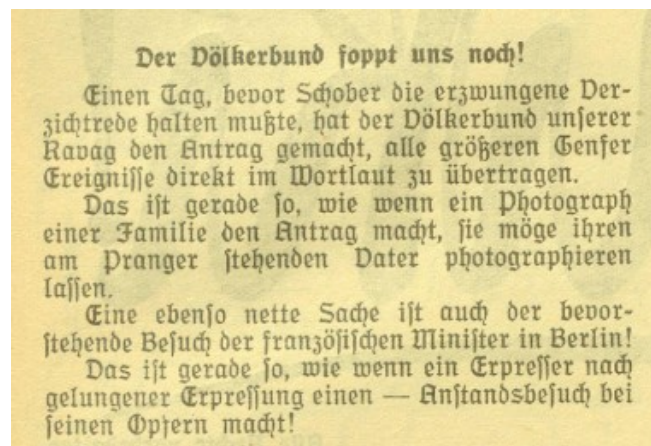


Abbildung 8: Der Kikeriki, 13. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 37, S. 2.

So kommt der Völkerbund in einem zweiten Artikel in derselben Ausgabe nicht gut weg, kein Diplomat habe bei so einem Attentat gegen das französische Diktat den Mund aufgemacht - und sowas nenne sich Völkerbund. Ebenfalls wird Frankreich nochmals explizit als Erpresserin bezeichnet, weil das geliehene Geld abgezogen wurde und quasi im Gewässer drin verschwunden sei, wäre doch Berlin gediehen und Wien wäre es auch besser gegangen.¹⁸⁸ Zwei Tage nach der offiziellen Verkündung von Curtius und Schober gab auch der Haager Gerichtshof, an den das Anliegen zur Überprüfung herangetragen wurde, sein Urteil bekannt: eine geplante Zollunion würde gegen die Bestimmungen des Protokoll I der Genfer Verträge verstoßen. Somit war das Schicksal dieses Plans nun endgültig besiegelt.¹⁸⁹ So schreibt der Kikeriki über die Zollunion und ihr Scheitern in vier Artikeln, verteilt auf den Zeitraum April bis September 1931 zynisch, dass es besser sei alleine zu „*verhungern*“, als sich gemeinsam mit Deutschland „*durchzuhungern*“¹⁹⁰, entsprechend seiner antisemitischen Haltung wird der Völkerbund als Pharisäer bezeichnet, der nach Frieden suche und voller Stolz von

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 159ff.

¹⁸⁷ Vgl. ebd., S. 169.

¹⁸⁸ Vgl. Der Kikeriki, 13. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 37, S. 1.

¹⁸⁹ Vgl. Strauss, Helmut, Die Verträge von Genf und Lausanne in ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umfeld. Diplomarbeit, Universität Wien 1988. S. 112.

¹⁹⁰ Vgl. Der Kikeriki, 5. April 1931, 71. Jahrgang, Folge 14, S. 2.

Volksverbrüderung spreche, aber wehe es würden sich zwei Staaten aus wirtschaftlicher Not zusammentun wollen, wird gemeinsam „zetermordio“, also nach Hilfe gerufen, und mit dem Geschrei würden sie somit die ganze Pharisäerei (Heuchlerei) verraten.¹⁹¹ So folgt im Juni die nüchterne Erkenntnis, dass sich die Zollunion in dem Sande verlaufen habe, welcher uns schon seit langem vom Völkerbund in die Augen gestreut würde¹⁹², mit dem Höhepunkt einer „Grabrede für die Zollunion“ im September, bei der gleichzeitig auf die französische Vormachtstellung gegenüber Deutschland angespielt wird:

*Sie war ein totgebor' nes Kind - -
 Und von Geburt auf - völlig blind.
 Zu Genf der große Völkerbund
 Las ihr die Seelenmess' zur Stund' - -
 Und welche Sie geboren haben,
 Die müssen Sie vereint begraben,
 Damit das Drama sich ergänze
 Ganz knapp am Frankreichs Freundesgrenze.
 Auf's Grabmal schrieb der Gallier d'rauf:
 „Hier hört sich jede Freundschaft auf!
 Merk' dir das, Michel - änd're dein Betragen,
 Und eh' du etwas nächstes tust,
 Mußt du uns - um Erlaubnis fragen!
 Sei brav, und denk' bei deinen Pflichten
 So wie bis dato immer ans Verzichten!“¹⁹³*

7.2. Der Weg nach Lausanne

Am 4. September wurde der österreichische Appell um Hilfe an den Völkerbund vom August 1931 an das bereits bekannte Finanzkomitee weitergeleitet, einen Tag nach dem öffentlichen Verzicht auf die versuchte Zollunion mit Deutschland. Man versuchte vorerst einer externen Kontrolle zu entgehen, indem österreichische Finanzexperten dem Finanzkomitee bereits konkrete Zahlen zu Einsparungen für sowohl noch den Rest des Jahres als auch für das Folgejahr 1932 vorlegten, um das Budgetgleichgewicht zu sichern. Der Staatshaushalt war allerdings durch die defizitären Bundesbahnen und die Generalhaftung der Regierung für die

¹⁹¹ Vgl. Der Kikeriki, 10. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 19, S. 6.

¹⁹² Vgl. Der Kikeriki, 7. Juni 1931, 71. Jahrgang, Folge 23, S. 3.

¹⁹³ Der Kikeriki, 20. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 38, S. 2.

zusammengebrochene Creditanstalt (wodurch auch die Nationalbank in Bedrängnis gekommen war) am meisten bedroht.¹⁹⁴ Auch der Weg zu dieser Anleihe sollte sich nicht als sonderlich einfach erweisen, so gab es ein ewiges Hin- und Her, Briefwechsel mit Empfehlungen des Völkerbundkomitees an die österreichische Regierung bezüglich Budgetplänen; bei dieser Regierung kam es schließlich zu einem Wechsel und Dollfuß löste Buresch als Kanzler ab; die Frage wie und ob Österreich geholfen werden soll, erwies sich als „europäische Frage“; es gab entsprechend der jeweils unterschiedlichen Länderinteressen Pläne, von denen sich schließlich der französische durchsetzen soll; sogar eine versuchte Intervention des deutschen Kanzlers von Papen, der seine Leute nach Wien schickte um zumindest die Großdeutschen von einer Hilfsaktion zu überzeugen, welche nicht funktionierte und somit am Spannungsfeld zwischen den Parteien nichts änderte.¹⁹⁵

1932 werden die zähen Reisen und Verhandlungen mit dem Völkerbundkomitee auf abermals witzige Weise dargestellt; es seien schon viel zu viele Vertreter in Genf gewesen, nun sollen jene mal zu uns kommen, um hier das Geld liegen zu lassen, als Gegenleistung, wenn es in Genf schon kein Geld für uns gäbe¹⁹⁶, die Ministerfahrten zwischen Genf und Wien werden ebenfalls ins Lächerliche gezogen, so müsse dies schon schwer sein, mit dem ewigen Hin- und Her, man werde aber schließlich ans Ziel kommen, wenn Österreich bis zu der Frist, nicht bereits aus der Haut gefahren sei, nach so einem „*Fahrtmalheur*“, helfe aber auch keine Anleihe mehr.¹⁹⁷ Man vergleicht sich auch mit Griechenland, welches ebenfalls vom Völkerbund saniert wurde.¹⁹⁸ Das Land wird im Gegensatz zu Österreich als mutig und tapfer dargestellt, wenn es darum geht, beim Völkerbund nachzufragen. Die Griechen würden nämlich auf den Tisch klopfen und die Leute in Genf ganz klein werden, zuhören und merken worum es ginge, so sei gleich erkennbar, dass kein „*Schlappschwanz*“ vor dem Völkerbund stehe. Man bedient sich schließlich eines Wortspiels: der Unterschied zwischen Österreichern und Griechen sei, dass der Tapfere steht, Österreicher aber „*kriechen*“, der Tapfere geschätzt wird und der „*Kriechende*“ aber den Fußtritt kassiere.¹⁹⁹

¹⁹⁴ Vgl. Klingenstein, 1965, S. 43ff.

¹⁹⁵ Vgl. ebd., S. 61ff.

¹⁹⁶ Vgl. Der Kikeriki, 7. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 6, S. 2.

¹⁹⁷ Vgl. Der Kikeriki, 3. Juli 1932, 72. Jahrgang, Folge 27, S. 4.

¹⁹⁸ Vgl. Henig, Ruth B., The League of Nations (Makers of the modern world), London 2010. S. 75.

¹⁹⁹ Vgl. Der Kikeriki, 15. Mai 1932, 72. Jahrgang, Folge 20, S. 3.

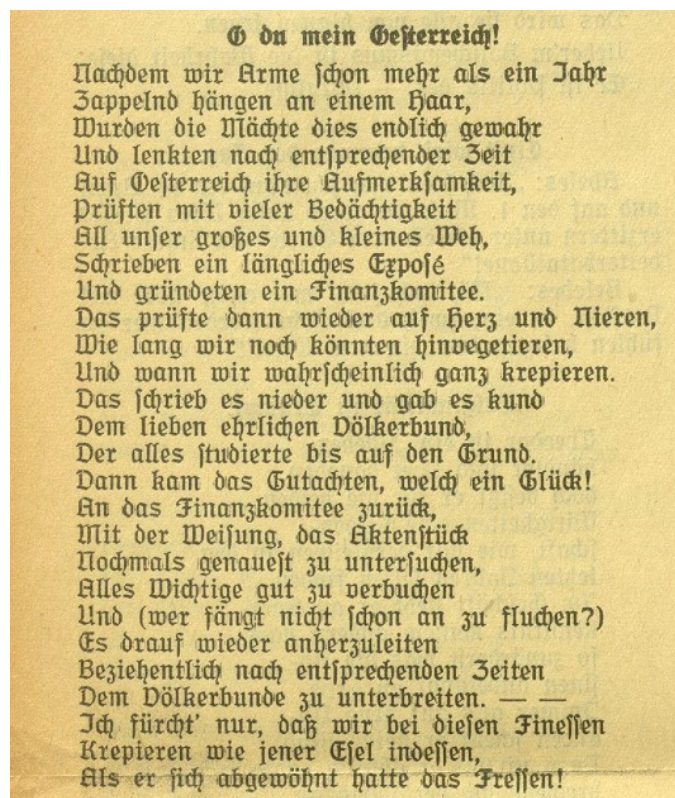


Abbildung 9: Der Kikeriki, 10. April 1932, 72. Jahrgang, Folge 15, S. 4.

Das Hauptthema bis zur Fixierung der Anleihe ist, ähnlich wie bei den Genfer Protokollen, wieder die „Trägheit“ der Völkerbundbeschlüsse und dass man als Bürger indessen nahezu am „verhungern“ und „krepieren“ sei - dies kommt auch in einem Artikel kurz nach der Anleihe wieder vor, bei dem gefragt wird, wie man denn dem ärmsten Land der Welt etwas borgen solle, wenn es sich doch den besten Koch leisten könne - mit der zynischen Bemerkung sodann, der beste Koch der Welt sei bekanntlich der Hunger.²⁰⁰

7.3. Die Bestimmungen der Lausanner Anleihe

Am 15. Juli 1932 wurde Österreich schließlich die Anleihe über 300 Millionen Schilling gewährt. Die Bedingungen, die an diese geknüpft waren, waren denen der Genfer Protokolle sehr ähnlich, waren in Ihrer Ausgestaltung aber einfacher gehalten: So war dieses Mal kein Vertrag in drei Protokollen mehr notwendig, sondern konnte in einen zusammengefasst werden, indem beispielsweise die Präambel nochmals auf den Bestimmungen des Protokoll I der Genfer Protokolle beruhte. Etwaige Zweifel in Bezug auf die Auslegung der Unabhängigkeitspolitik Österreichs in Hinblick auf Deutschland wurden nun verstärkt durch die Entscheidung des

²⁰⁰ Vgl. Der Kikeriki, 7. August 1932, 72. Jahrgang, Folge 32, S. 4

Gerichtshofs in Den Haag gegen die Zollunion aus dem Weg geräumt. Der einzige merkliche Unterschied waren die Funktionen des Generalkommissärs von 1922 und des Vertreters des Völkerbundes 1932. So konnten sich die Kompetenzen dessen dieses Mal nicht auf ein Vertragsregelwerk (Protokoll III) stützen, wurden also maßgeblich eingeschränkt. Dieser Herr war kein anderer als der damalige Assistent Zimmermanns, der sich mit der „Österreich-Problematik“ bereits bestens auskannte, Dr. Meinoud Rost van Tonningen. Er musste keine Verfügungen oder Entscheidungen treffen, er hatte zwar das Verfügungsrecht über das Konto, auf welches die Bruttoeinnahmen aus den Zöllen und dem Tabakmonopol entrichtet wurden, war aber ansonsten auf die Zusammenarbeit mit der Regierung angewiesen; konnte Vetos einlegen, wenn er die Durchführung des Sanierungswerks bedroht sah und musste sein Einverständnis zu den von der Regierung geplanten Geschäften geben. Wie es 1922 Brauch war, so war es auch dieses Mal der Fall, dass Dr. Rost alle drei Monate einen Bericht über die wirtschaftliche Lage in Österreich an den Völkerbundrat über die Durchführung des Reformprogrammes ablieferte. Alles in allem war auch die Durchführung weniger streng als zehn Jahre zuvor, so musste kein in Etappen gegliederter Budgetplan aufgestellt und eingehalten werden.²⁰¹

8. Zwischenbilanz

Die erwartete Euphorie über die Aufnahme Österreichs, vor allem vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Lage, ist kaum eingetreten. Am ehesten lässt sich noch eine positive Haltung in der Muskete verorten, die ja die Gründung des Völkerbundes mit einem Phönix verglichen hat. Der Kikeriki pflegt von Beginn an eine skeptische Haltung gegenüber der Institution und vermag ihn sogleich als losen Zusammenschluss von Staaten, bei dem eindeutig die Großmächte und zugleich Sieger des Ersten Weltkriegs die Fäden ziehen, zu entlarven. Auch die sogenannten „Warnungen“ an Deutschland, ihm nicht beizutreten, weil man sich dadurch an Frankreich und Großbritannien ausliefern würde, sind maßgebliche Faktoren, die auf einen gewünschten Zusammenschluss anspielen und man sich gemeinsam mit Deutschland als Opfer des politischen Willens der Großmächte sieht. Interessant ist allerdings, dass bereits mit der Aufnahme in den Völkerbund schon darauf spekuliert wird, dass jener Hilfe leisten könnte, auch wenn dies in Form von Zweifeln an den Fähigkeiten und am Leistungsspektrum des Völkerbundes passiert, so schwingt doch zwischen den Zeilen meist eine vermeintliche

²⁰¹ Vgl. Klingenstein, 1965, S. 68ff.

Erkenntnis mit, dass Österreich auf Fremdhilfe angewiesen ist. Hier schließt sich auch die Bombe an, die bereits an der Funktionalität einzelner Staaten zweifelt und an einem Zusammenschluss mehrerer nur einen erweiterten Spielraum für Korruption befürchtet. Auf die Sanierung zugehend, lässt sich im Kikeriki eine eher positive Darstellung des Bundeskanzlers Seipel verorten, so werden ihm meist positive Eigenschaften des reformatorischen und diplomatischen Geschicks zugeschrieben, was unter anderem daran liegen mag, dass der Kikeriki sich ins christlich-soziale Lager einordnen lässt. Die Anleihe selbst und die damit verbundenen Bedingungen werden als fatal wahrgenommen und der Staat weggegeben. Gegenüber Zimmermann als skrupelloser Herr sind sich die Bombe und die Leuchtrakete einig, wobei letztere ihrer sozialdemokratischen Blattlinie entsprechend Alfred Zimmermann gemeinsam mit Ignaz Seipel am liebsten aus dem roten Wien in das Bundesland Tirol vertrieben wüsste. Außerdem wird auch der katholische Hintergrund des Kanzlers für eine Persiflage herangezogen. Der Kikeriki hält sich mit gehässigen Kommentaren eher zurück, findet aber doch auch den ein oder anderen Grund über Zimmermann zu scherzen, wenn dann aber eher auf einem harmloseren Weg, beispielsweise, weil jener so ein hohes Gehalt habe, oder wer denn nun helfen soll, wenn er weg sei. Bei den Themen der Steuererhöhung, Armut der Bevölkerung sowie der Arbeitslosigkeit und dem Stellenabbau sind sich die Zeitschriften die Bombe, die Leuchtrakete, die Muskete und der Kikeriki einig, auch wenn jeweils unterschiedlich darüber gescherzt wird. Die Leuchtrakete beschwert sich über die Last ihrer „Arbeitsbienen“, die Bombe macht sich über die Parteien und die Bürokratie lustig, der Kikeriki sieht für die Beamenschaft und das ganze Volk sowieso schwarz und die Muskete sieht in der Beamenschaft das letzte Gerüst, welches nun der Völkerbund auch noch abzusägen scheint. Zur zweiten Anleihe weit später äußert sich nur der Kikeriki, wobei hier abermals die Dominanz Frankreichs und die Deutschland-freundliche Haltung der Zeitschrift zum Thema gemacht wird. Der Völkerbund stünde unter französischem Diktat und Österreich und Deutschland wurden somit, durch die gezwungene Aufgabe des Planes einer gemeinsamen Zollunion, verraten.

9. Friede/Friedenssicherung

9.1. Allgemein

Einleitend zu diesem größeren Kapitel soll eine kleine Zusammenfassung der Rezeption dieser Hauptaufgabe des Völkerbundes in den Zeitschriften gegeben werden. In diesem Fall scheint es nämlich unerlässlich, sich die einzelnen Komponenten, beziehungsweise die Rolle des Völkerbundes anhand von exemplarischen Beispielen anzuschauen. Jene Beispiele sind sogleich auch als Ergebnis in Bezug auf die Fragestellung, welche Themen in den Zeitschriften ihren Niedergang finden, zu verstehen, sie sind also keinesfalls zufällig oder willkürlich ausgewählt.

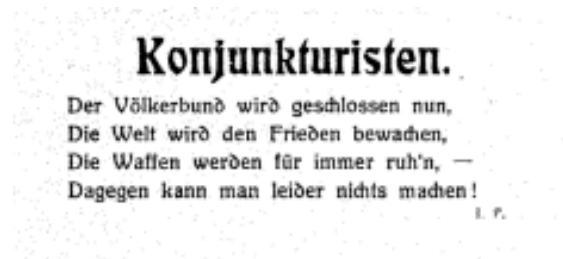


Abbildung 10: *Die Bombe*, 15. August, 1920, 50. Jahrgang, Nr. 18, S. 3.

In diesem Artikel in der *Bombe* wird bereits 1920 die Entstehung des Völkerbundes als friedenssicherndes Organ aufs Korn genommen, so wird scherzhaft festgestellt, dass nun die Waffen für immer ruhen werden, man dagegen aber leider nichts machen könne. So ähnlich handhabt es die *Muskete* einige Monate zuvor, bei der in der bereits bekannten „Mars-Ausgabe“ davon geschrieben wird, dass die Regierung vom Planeten Mars dem Völkerbund ein Telegraph zukommen lassen habe, indem sie ihre Intention bekunden, sie würden den Frieden auf keinen Fall zerstören wollen, die namentliche Ähnlichkeit mit dem Gott (Kriegsgott, Anm.) Mars sei rein zufällig, man sei weder ident noch verwandt.²⁰² Dieser Andeutung auf den Kriegsgott Mars bedient sich auch der *Kikeriki*, wo in einem Reim der Völkerbund machtlos an gewohntem Orte die Konflikte sehe, das Machtwort habe der Gott Mars, die anderen würden strikte schweigen.²⁰³ Nicht zuletzt wird im *Kikeriki* über die Jahre hinweg über die scheinbar fehlende Kompetenz oder Durchsetzungskraft des Völkerbundes in punkto Friedenssicherung gelästert. Auch die ständigen Sitzungen und Tagungen werden mehrfach persifliert, daher soll hier vor allem ein kleiner Überblick über die signifikantesten Beispiele gegeben werden: So wird in

²⁰² Vgl. *Die Muskete*, 1. April 1920, Band XXX - Nr. 756, (Beiblatt) S. II.

²⁰³ Vgl. *Der Kikeriki*, 6. März 1932, 72. Jahrgang, Folge 10, S. 2.

einer Reimsammlung über die Kompetenzen des Völkerbundes geschrieben, mit abschließendem Vers, indem es heißt, „*Selbst wenn die Erde voll Scham entbrennt, die die letzten der Tränen getrunken - hierfür sind einzig kompetent, in Paris - ein Dutzend Halunken!*“²⁰⁴ 1925 wird sich auch darüber lustig gemacht, dass ein Kanadier wohl als Vorsitzender einer Tagung gewählt wurde, einer der die furchtbaren Fehler in den Friedensschlüssen der Entente wohl als Unrecht empfindet, aber auch die Kanadier seien keine „*Wilden*“ mehr, gekoppelt mit der Frage ob diese denn wirklich die besseren Menschen seien. Aber anstatt mit uns zu leiden, würde er (der Kanadier, Anm.) wohl lieber mit Briten und Franzosen lunchen gehen.²⁰⁵ Auch in der Leuchtrakete findet sich ein Artikel, bei dem es um die „*Wilden*“ geht: Hier wird zynisch danach gefragt, wer denn nun die „*Wilden*“ sind, so habe es eine Friedenskundgebung der „*Buschneger*“ gegeben, in der geschrieben stand, sie hätten von dem großen Krieg, der jenseits des Ozeans geführt wurde gehört und wären froh darüber, dass er zu Ende sei, so würden sie nicht aus überheblichem Stolz sondern aus Liebe mitteilen, man solle sich nicht mehr töten.²⁰⁶ Offensichtlich bedienen sich hier beide Zeitungen einem damals gängigen (aus heutiger Sicht nicht tragbaren, rassistischen, Anm.) Stereotypen, der nämlich afrikanisch-stämmigen Menschen die Attribute „wild“ und „unzivilisiert“ zuschreibt und nutzen diesen, um ihn mit dem Völkerbund in Relation zu setzen und jenen schließlich als „wild“ und „unzivilisiert“ darzustellen. In ähnlich für den Völkerbund zerstörerischen Stil geht es sodann im Jahre 1931 und auch 1932 weiter: in einem Einzeiler, genannt „*Druckfehler*“ steht geschrieben: „*Der Völkerbund hat endlich einen Weg zur Verhöhnung der Völker gefunden*“²⁰⁷ - hier wird ein Stilmittel angewandt, wie es sonst öfter in der Bombe zu finden ist: Ein Wort, ein Buchstabe bzw. eine Silbe wird getauscht, entweder um die ursprüngliche Nachricht zu verschleiern oder wie es hier der Fall ist, die tatsächliche Botschaft zu senden. In einem weiteren Reim wird nicht davon abgesehen, auf den Verrat von Brutus an Cäsar im alten Rom anzuspielen, so heißt es, während sich die Völker hinter der Türkei schlagen würden, würden die Delegierten an Tischen tagen und sich in den Armen liegen und währenddessen aber heimlich hinter ihren Rücken die Messer ziehen.²⁰⁸ Auch das kleine Liechtenstein kommt nicht ungeschoren davon und wird aufgrund seiner Größe zu einem Witz herangezogen, so gäbe es nun endlich einen sichtbaren Erfolg: der Fürst habe erklärt, er würde keinem anderen Land jemals den Krieg erklären.²⁰⁹ Auch die schlechte Perzeption Frankreichs im Kikeriki findet

²⁰⁴ Der Kikeriki, 11. November 1923, 63. Jahrgang, Nr. 46, S. 7.

²⁰⁵ Vgl. Der Kikeriki, 13. September 1925, 65. Jahrgang, Folge 37, S. 3.

²⁰⁶ Vgl. Die Leuchtrakete, Oktober 1927, Nr. 10, 5. Jahrgang, S. 2.

²⁰⁷ Der Kikeriki, 10. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 19, S. 2.

²⁰⁸ Vgl. Der Kikeriki, 15. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 46, S. 2.

²⁰⁹ Vgl. Der Kikeriki, 20. Dezember 1931, 71. Jahrgang, Folge 51, S. 2.

ihren Niederschlag in einem Reim der den Titel „*Wolf im Schafspelz*“ trägt, bei dem es um die große Frage der Friedenssicherung des Völkerbundes geht, so würden sie (die Mitglieder, Anm.) schon ewig im Völkerbundparlament raten, wie man den allgemeinen Frieden bewahren könnte, und mitten in dieser Schar würde aber seit Jahr‘ und Tag‘ einer das Wort führen, nämlich „*Frankreich, der ewige Störenfried*“. ²¹⁰

Auch an der Überheblichkeit Englands stößt sich der Kikeriki 1924 in zwei Artikeln. So habe der Völkerbund schriftlichen Protest von der Regierung in Ägypten gegen das Verhalten der Briten erhalten, diese würden aber keine Hieroglyphen lesen können; jener würde auch keinen Bruch des Völkerrechts erkennen können, da man dem zufolge nur keinen Fetzen Papier zerreißen dürfe, das ägyptische Papyrus aber völkerrechtlich nicht geschützt sei. ²¹¹ Eine Woche später würde England an seinem Credo „*Right or wrong - my country!*“ festhalten, der Völkerbund solle sich in Ägypten nicht einmischen. ²¹² Dabei handelt es sich um eine Anspielung auf das Vorgehen Großbritanniens im Sudan gegen die ägyptischen Truppen. Diese wurden zum Rückzug aufgefordert, kamen dieser Aufforderung aber nicht nach und wurden als Konsequenz von den britischen Truppen umzingelt und schließlich gezwungen, den Widerstand einzustellen. Ägypten hatte sich daraufhin in einer Depeche an den Völkerbund gewandt, die aber unterwegs nach Genf scheinbar „verstümmelt“ wurde und somit ein Satz fehlte. Dabei handelte es sich gerade um jene 13 Wörter, die das Interventionsansuchen des Völkerbundes ausgedrückt hätten. Man vermutete, dass jener Satz der britischen Zensur in Kairo zum Opfer gefallen sei. ²¹³

Im letzten Artikel, der im Kikeriki der allgemeinen Friedenssicherung zugeordnet werden konnte, „bläst“ der Völkerbund die „*Friedenspfeife*“ im dort beschriebenen „*Völkeridyll*“ bei dem überall gekämpft und gerauft wird. ²¹⁴ Abschließend bzw. überleitend lohnt es sich noch auf einen zynisch-bitteren Beitrag in der Leuchtrakete zu blicken: „*die Friedenskomödie*“, bei dem relativ klar hervorgeht, dass die Friedenssicherung ein eng verzahnter Bereich mit den spezielleren Vorkommnissen während dieser Zeit sowie dem Abrüstungsprozess ist:

²¹⁰ Der Kikeriki, 29. Mai 1932, 72. Jahrgang, Folge 22, S. 3.

²¹¹ Vgl. Der Kikeriki, 7. Dezember 1924, 64. Jahrgang, Nr. 50, S. 2.

²¹² Der Kikeriki, 14. Dezember 1924, 64. Jahrgang, Nr. 51, S. 2.

²¹³ Vgl. Wiener Zeitung, 28. November 1924, 221. Jahrgang, Nr. 273, S. 2 f.

²¹⁴ Vgl. Der Kikeriki, 22. Jänner 1933, 73. Jahrgang, Folge 4, S. 4.

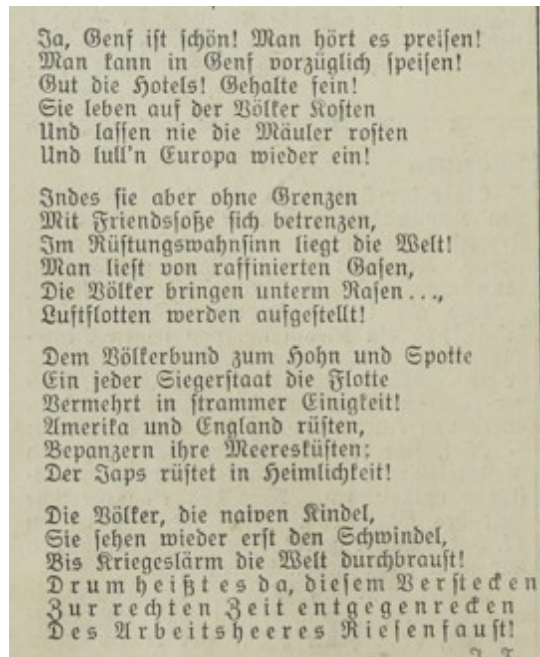


Abbildung 11: Die Leuchtrakete, Februar 1928, Nr. 2, 6. Jahrgang, S. 8.

9.2. Abrüstung

Das Thema Abrüstung war im Völkerbund ein entscheidender Punkt in der Friedenssicherung und als langfristiges Projekt geplant. Dieses Vorhaben soll sich allerdings als äußerst langwierig und schließlich als nicht durchführbar erweisen. Ein Beginn stellt wohl die Zwangsabrüstung der besiegten Mittelmächte des Ersten Weltkriegs dar - Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien. Grundsätzlich waren sich alle Mitglieder des Völkerbundes einig, abrüsten zu müssen, allerdings erklärte der ständige Ausschuss des Völkerbundesrates, dass es für die Erstellung eines Planes noch zu früh sei - es wurde von der Generalkommission eine ständige gemischte Kommission, bestehend aus zivilen Personen, die keiner Regierung verpflichtet waren, eingerichtet. Ziel jener Kommission war es, komplementär zum Abrüstungsausschuss einen Plan auszuarbeiten, da im Abrüstungsausschuss viele Vertreter mit militärischem Hintergrund als Experten waren, welche natürlich gegen jegliche Abrüstungsmaßnahmen waren und im politischen Willensbildungsprozess eine entscheidende Rolle spielten. Neben diesem problematischen Faktor kam noch hinzu, dass es zum ersten Mal einen internationalen Versuch gab, eine Vereinbarung über die maximale Anzahl an Streitkräften zu erzielen - wozu es aber jeglicher Form einer theoretischen Grundlage fehlte. Auch wenn die besiegten Mächte

abrüsteten, waren die anderen Staaten aus Gründen der Unsicherheit 1921 vorerst noch nicht bereit einer allgemeinen Abrüstung zuzustimmen.²¹⁵

Die Problematik dabei und auch die Rezeption in den Zeitungen werden nachfolgend kurz dargestellt, wobei es hier unabwendbar erscheint, sich zuerst kurz anzuschauen, wie die ursprünglichen Pläne in der Völkerbundsordnung waren und sich der fast zwölf Jahre andauernde „Verhandlungskampf“ entwickelt hat:

Im Prinzip lag dem Abrüstungsplan der Völkerbundsordnung die Abrüstung an sich, die Einrichtung einer kollektiven Sicherheit und die Errichtung von Instrumenten zur friedlichen Streitschlichtung zu Grunde. Diese drei Komponenten sollen sich aber als abhängig voneinander erweisen, für die es schließlich keine umfassende Lösung geben soll. So war die Idee, dass eine Abrüstung auf das Mindestmaß, welches für die nationale Sicherheit und die kollektive Friedensaufgabe notwendig ist, stattfinden soll. Der Rat hat die Pläne zur Abrüstung zu kontrollieren und in einem zehn-Jahres Intervall zu überprüfen. Der Völkerbund will die Sicherheit der Territorien der Staaten und ihre politische Unabhängigkeit garantieren, wofür alle Mitglieder eintreten sollen. Sollte es doch zu einem Konflikt zwischen zwei Staaten kommen, kann der Fall entweder vor ein Schiedsgericht oder vor den Rat gebracht werden, wobei ein Krieg nicht automatisch ausgeschlossen wird. Sollte der Angeklagte sich dem Schiedsspruch nicht beugen oder der Rat nicht einstimmig zu einer Lösung kommen, kann rechtlich Krieg geführt werden, wofür allerdings eine dreimonatige Frist einzuhalten ist, da hier noch Raum für eine (welt-)öffentliche Debatte gegeben werden soll, um den Krieg eventuell verhindern zu können. Jegliche Kriegsführung, die gegen diese Bestimmungen verstößt, soll zu Sanktionen von allen Völkerbundstaaten führen. Nun war in diesem vorgesehenen Prozedere die Voraussetzung zur Abrüstung die Sicherheit, was in diesem Fall eine Garantie gegen rechtswidrige Angriffe bedeutete, welche in sich wiederum die friedliche Beilegung von Streitfällen als Prämisse beinhaltete. Sofern dies nicht einzuhalten war, war der Beistand der anderen Mitglieder vorgesehen. Man könnte also sagen, dass dieser Status durch die, mit Ende des Ersten Weltkriegs mehr oder weniger durchgesetzte, Zwangsabrüstung der besiegten Mächte erreicht wurde.²¹⁶

So beinhaltete beispielsweise die Zwangsabrüstung in Österreich folgende Forderungen: die Wehrpflicht muss abgeschafft werden, ein Heer (bestehend aus maximal 30.000 Mann) war nur mehr zur Erhaltung der Ordnung innerhalb des Staates und zur Grenzsicherung erlaubt; des

²¹⁵ Vgl. Huber, 1991, S. 207ff.

²¹⁶ Vgl. Haupts, Leo, Abrüstung, Sicherheit und Streitschlichtung zwischen den Staaten. Bemühungen zur Sicherung des Friedens zwischen den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Köln, Vol.13(1), 1983, S. 61–79. Hier 67f.

Weiteren wurde die Höchstzahl an Waffen und Munition im Vertrag von St. Germain geregelt, alles darüber hinaus musste den Alliierten abgetreten werden. Die Einfuhr von Waffen, Munition etc. wurde untersagt, die Seestreitkräfte wurden abgetreten bzw. als Handelsschiffe geführt; Luftstreitkräfte zur See oder zu Lande waren nicht zu unterhalten.²¹⁷

Vor allem die Abrüstung Deutschlands war von enormer Bedeutung - hier kam aber als Erschwernis dazu, dass der Nachbar Frankreich sich durch dessen Nähe nicht sicher fühlte und die Streitschlichtungsvorschriften des Völkerbundes in Frage stellte. Lord Esher arbeitete daraufhin einen Entwurf aus, welcher Anfang 1922 von der Völkerbundkommission, die für die Abrüstungsfrage zuständig war, unterbreitet wurde.²¹⁸ Jener beruhte auf der Überzeugung, dass Waffen und Rüstung an sich der Grund für Krieg sind und Abrüstung im Gegenteil dazu Sicherheit bedeute. Der Entwurf sah also vor, dass alle Staaten im selbigen prozentuellen Verhältnis abrüsten sollen, woraufhin jeder Staat genauso sicher sei, wie zuvor. Jenes Vorgehen würde auch Misstrauen und Angst vorbeugen, materiellen Wohlstand fördern und somit auch Krieg aus wirtschaftlichen Gründen verhindern. Jene These wurde in den jahrelang andauernden Debatten von England und den Dominions, Italien, Skandinavien, anderen neutralen Staaten, den USA und sogar von Sowjet-Rußland unterstützt. Im Grunde genommen also von allen Staaten, die keine Angst vor einem militärischen Angriff hatten. Dem gegenüber standen andere zentraleuropäische Staaten mit Frankreich, Belgien und Polen an der Spitze, welche der Meinung waren, dass Aufrüstung mehr ein Resultat, als ein Grund für Unsicherheit und Angst sei, sie fühlten sich allesamt vor einem möglicherweise wieder erstarkenden Deutschland bedroht.²¹⁹

Dieser Umstand führte zu einem Hin- und Herschieben des Problems, der nächste Versuch dies zu klären, fand in Form eines Vorschlags von französischer Seite durch Lord Robert Cecil und Colonel Réquins statt, der den Gedanken der Abrüstung mit dem Gedanken der kollektiven Sicherheit verschmolz. Jener beruhte auf einer verpflichtenden militärischen Hilfeleistung der Signatarmächte des Völkerbundes, wobei der Rat hier auch sogleich den Angreifer zu bezeichnen und Sanktionen zu bestimmen hatte. Zusätzlich waren regionale Sicherheitssysteme mit Unterstützungsverpflichtung geplant. Auch jener Entwurf wurde abgewehrt, weil man die Befürchtung hatte, es würde durch so ein System zu regionalen Militärbündnissen kommen. Mit den Genfer Protokollen Anfang Oktober 1922 wurde ein weiterer Versuch in Richtung kollektiver Sicherheit gewagt. In jenem wurden mehr oder weniger vorausgegangene Ideen verschmolzen und strikter geregelt. Zu nennen wären hier unter anderem die Festlegung von

²¹⁷ Vgl. Huber, 1991, S. 224ff.

²¹⁸ Vgl. Haupts, 1983, S. 68.

²¹⁹ Vgl. Walters, Francis Paul, A history of the league of nations, London, New York, Toronto 1952. S. 221.

Kriterien für den Staat, der als Aggressor auftritt, die zwangsweise Unterwerfung unter ein schiedsgerichtliches Verfahren, sowie das Wegfallen der Dreimonatsfrist im Falle eines Krieges. Jenes Protokoll fand grundsätzlich großen Anklang, so waren sogleich zehn Staaten bereit es zu unterzeichnen, darunter sowohl Frankreich als auch Polen. Die Engländer machten jedoch einen Rückzug, mit der Begründung, dass die, für sie möglichen, daraus erwachsenden Verpflichtungen, nicht einzuschätzen seien. Es kam sodann im Dezember 1925 zur Errichtung einer Vorbereitungskommission für die Abrüstungskonferenz, welche sich in regelmäßigen, wenn auch größeren Abständen, von 1926 bis 1930 mit den wichtigen Rüstungsfragen beschäftigen sollte. Das Ergebnis davon war, dass dem Völkerbundrat vorgeschlagen wurde, man solle einfach auf demselben Rüstungsstand bleiben, auf dem man sich gerade befinde. Am 2. Februar 1932 kam es zu einer großen, vom Rat geladenen Abrüstungskonferenz, auf welcher unter anderem der sogenannte Tardieu-Plan (alle Offensivwaffen werden dem Völkerbund unterstellt, der Rat erhält internationale Polizeikräfte, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit wird einführt) diskutiert wurde. Obwohl dieser nicht wirklich in Betracht gezogen bzw. ernst genommen wurde, vermochte er es jedoch, dass zumindest ausführlich über die Möglichkeiten qualitativer Abrüstung diskutiert wurde. Inzwischen hatte Deutschland seine militärische Gleichberechtigung gefordert. Auf dies wurde zunächst eingegangen. Man sah ein, dass dies die Bedingung dafür war, Deutschland bei zukünftigen Abrüstungskonferenzen teilnehmen lassen zu können und machte somit Zugeständnisse.²²⁰

1927 macht sich der Kikeriki abermals über das bereits bekannte Platzproblem des Völkerbundes und das Paradox, ob es nun Sinn macht, für den Frieden auf- oder abzurüsten, lustig: Er solle nach Wien, wegen der hohen Mietzinsen in Genf, übersiedeln - Bürgermeister Seitz würde sie gerne ins Rathaus bringen wollen, um es loszuwerden; es werde aber vermutlich doch eher das Kriegsministerium, hier müssten sich die Herren nicht so schnell um die Abrüstung sorgen, schließlich stehe da „*si vis pacem para bellum!*“ („Wenn du Frieden willst, bereite Krieg vor“, Anm.) darauf.²²¹ Die hohen Kosten scheinen auch 1932 noch ein Thema zu sein, so schreibt er, dass der Völkerbund mit gutem Beispiel vorangehen werde und selber abrüste, er werde die abnorm hohen Gehälter seiner Angestellten abbauen.²²² Auch die Leuchtrakete springt auf den Zug der Kosten auf und schreibt 1928 einen „*Reim im wunderschönen Mai*“, „*als die Knospen sprangen, war die Genf-Abrüsterei in Fransen längst gegangen, das ... Komödienspiel kost' Geld, ist aber heiter, diniert, geredet wird sehr viel, die*

²²⁰ Vgl. Haupts, 1983, 69 - 72.

²²¹ Vgl. Der Kikeriki, 4. Dezember 1927, 67. Jahrgang, Folge 49, S. 1.

²²² Vgl. Der Kikeriki, 25. Oktober 1931, 71. Jahrgang, Folge 43, S. 6.

*Rüsterei geht weiter!*²²³ Die Leuchtrakete nimmt im selben Jahr auch den Briand-Kellog Pakt aufs Korn, indem zynisch darüber geschrieben wird, dass alles nur eine Augenauswischerei sei, der Völkerbundrat würde tagen und tagen und reden und reden, die Herren in Genf würden nicht sehen wollen, dass alle aufrüsteten. Der Briand-Kellog Pakt sei schon dreckig, bevor ihn die Menschheit überhaupt kennen würde.²²⁴ Jener „Kriegsächtungspakt“ war außerhalb des Völkerbundes zustande gekommen und wurde von fast allen Mitgliedern unterzeichnet. Das Besondere an ihm war, dass ihn auch die USA und die Sowjetunion als Nichtmitglieder mitratifizierten. Die Kriegsverbote in jenem waren umfassender als in der Völkerbundsatzung, die Bemühungen 1930 und 1931 den Pakt mit der Satzung zu harmonisieren blieben aber leider erfolglos.²²⁵ Die Leuchtrakete nimmt im Jahre 1927 auch die interalliierte Militärkommission ins Visier und schreibt belustigt in ein paar Zeilen eine kurze Geschichte, sie (die Kommission, Anm.) habe dem Kegelbuben im Kegelclub die Kugel abgenommen und vernichtet, woraufhin sich dieser wegen diesem Verlust an den Völkerbund gewendet habe.²²⁶ Jene interalliierte Militärkommission war durch den Versailler Vertrag ins Leben gerufen und dazu bestimmt worden, sich mit den Abrüstungsmaßnahmen Österreichs, Deutschlands und weiterer Staaten zu beschäftigen.²²⁷ Dieser Artikel ist als Anspielung auf die Beendigung der Arbeit jener Kommission im Jahre 1927²²⁸ zu verstehen und stellt die strenge Zwangsabrüstung der besiegten Mächte des Ersten Weltkriegs überspitzt dar. In zwei Artikeln 1928 beschwert sich der Kikeriki zuerst in der „*Oster-Rundschau*“ darüber, dass die Leute des Völkerbundes Christen seien, sie aber trotzdem nicht abrüsten wollen und weil diese nicht lassen wollen würden von den kleinen Passionen, drohe die große Passion für zahllose Millionen²²⁹, und weiter, dass in der Abrüstungskonferenz eine Resolution über die nächste Konferenz, auf welcher wieder eine Resolution über die nächste Konferenz angenommen würde usw. über das endlose Band der Abrüstungskonferenz.²³⁰ 1930 macht sich der Kikeriki über das Paradox der Abrüstung und über die eigens eingerichteten Ausschüsse dazu lustig, indem er in einer Geschichte namens „*Miss Ottakring*“ schreibt, es habe eine Beschwerde an die Völkerbundkommission gegeben, in der es darum ging, dass die Ottakringer bei der Wahl zur „*Miss Sonnensystem*“ übergangen wurden und nun vorgeschlagen werde, jedem Zivilisten eine

²²³ Die Leuchtrakete, Mai 1928, Nr. 5, 6. Jahrgang, S. 3.

²²⁴ Vgl. Die Leuchtrakete, Oktober 1928, Nr. 10, 6. Jahrgang, S. 6.

²²⁵ Vgl. Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte (Erträge der Forschung 58), Darmstadt 1976. S. 97f.

²²⁶ Vgl. Die Leuchtrakete, September 1927, Nr. 9, 5. Jahrgang, S. 4.

²²⁷ Vgl. Deist, Wilhelm, Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte (Beiträge zur Militärgeschichte), München 1991. S. 245f.

²²⁸ Vgl. ebd., S. 260.

²²⁹ Vgl. Der Kikeriki, 8. April 1928, 68. Jahrgang, Folge 15, S. 1.

²³⁰ Vgl. Der Kikeriki, 7. Oktober 1928, 68. Jahrgang, Folge 41, S. 4.

eigene Kanone kaufen zu wollen, um das Militär zu entmachten. Die Beschwerde ging natürlich sofort an einen extra dafür eingerichteten Unterausschuss, weil die Kommission zu sehr mit der Abrüstung beschäftigt sei. Währenddessen gab es eine eigene Wahl zur „Miss Ottakring“, bei der es zu Unklarheiten und schließlich zur Rauferei gekommen sei, was schließlich dazu führte, dass Ottakring vor den Völkerbund gekommen war, zwar nicht wegen der Beschwerde, sondern wegen der Rauferei. Dort wurde Ottakring dann getadelt, warum noch nicht abgerüstet wurde und schließlich zur latenten Kriegsgefahr ernannt. Das störe die Ottakringer aber nicht, Hauptsache der ehrenwerte Völkerbund habe sich mit ihnen befasst!²³¹ Im Jahre 1932 kommt im Kikeriki die allgemeine Verwirrung und das ständige Verschieben zu tragen. So wird einmal darüber gescherzt, dass man nicht mehr wisse, ob nun jetzt der Beneš nach Genf gefahren sei um abzurüsten, oder gar der Briand ein Darlehen von Österreich wolle - nirgends mehr würde die Wahrheit stehen, außer im Kikeriki²³²; es würden alle überall die Waffen umgießen zu Friedensglocken, Fliegerapparate würden umgeformt zu schönen Drachen usw., alles würde der Völkerbund schließlich besorgen, wenn man fragt wann, dann sei die Antwort „*heut nicht, aber morgen!*“²³³; zum Abschluss ein kleiner Artikel, bei dem bei einem fiktiven Gespräch zweier Herrschaften, der Frage, wer denn eigentlich in Genf herrsche, auf den Grund gegangen wird:

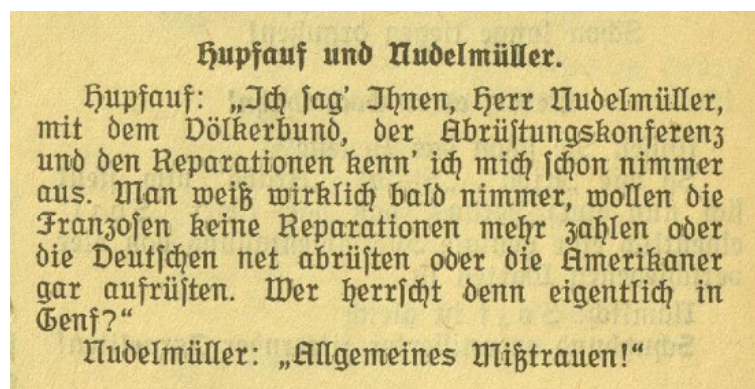


Abbildung 12: Der Kikeriki, 26. Juni 1932, 72. Jahrgang, Folge 26, S. 4.

9.3. Oberschlesien

Die Oberschlesien-Frage war prinzipiell durch die Artikel 87/88 des Versailler Vertrages bereits geregelt. Hier war eine Volksabstimmung für die zukünftige politische Zugehörigkeit

²³¹ Vgl. Der Kikeriki, 16. Februar 1930, 70. Jahrgang, Folge 7, S. 4.

²³² Vgl. Der Kikeriki, 7. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 6, S. 4.

²³³ Der Kikeriki, 28. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 9, S. 3.

einer bestimmten Zone vorgesehen. Im Vertrag war es ebenfalls vorgesehen, dass Deutschland gegenüber Polen auf den Teil jenseits der Grenze zu dieser Zone verzichten muss. Diese Grenze war wiederum von den alliierten Hauptmächten zu bestimmen. Das Gebiet, das abzustimmen hatte, sollte unverzüglich einer Interalliierten Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, unterstellt und auch militärisch durch jene Mächte besetzt werden. Schließlich führte u.a. die verspätete Arbeitsaufnahme jener Kommission, das Fernbleiben der USA generell, sowie der Fakt, dass das Gebiet nur von ein paar italienischen und hauptsächlich französischen Truppen besetzt wurde, zu Feindseligkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten. So befürchteten die Deutschen, dass die Franzosen Oberschlesien nutzen würden, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, indem das Gebiet an Polen gegeben würde. Die Tatsache, dass ein französischer General, namens Le Rond, den Vorsitz der „Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission“ übernahm und somit die Regierungsgewalt und die Wahlvorbereitungen innehatte, spielten dem Übel nur zu. Die Franzosen versuchten die Wahlen Monat für Monat hinauszuzögern, bis es schließlich im Sommer 1920 zu blutigen Aufständen kam, welche bis in den Wahlkampf hinein anhielten. Am 20. März 1921 kam es zur Abstimmung, wobei hier 707.554 Stimmen an Deutschland und 478.820 Stimmen an Polen gingen. Somit stand fest, dass Oberschlesien geteilt werden würde. Der Oberste Rat (bestehend aus je einem Vertreter Frankreichs, Japans, Großbritanniens und Italiens) segnete diesen Entschluss ab und man musste sich sodann noch auf die Grenzziehung einigen. Aufgrund der divergierenden Positionen zwischen England, Italien (Tendenz zu Deutschland) und Frankreich (Tendenz zu Polen) konnte hier keine Einigung erzielt werden und der Ministerpräsident des Rates, Aristide Briand, welcher auch keinen Hehl daraus machte, dass ihm das Abstimmungsergebnis nicht sonderlich wichtig war, schlug vor, die Angelegenheit an den Völkerbundrat abzugeben und man gelobte, die Entscheidung dessen anzunehmen.²³⁴

In den Zeitschriften wird die Oberschlesien-Frage hauptsächlich vom Kikeriki aufgegriffen, jener macht sich im August 1921 über das Hin- und Herschieben des Themas zwischen den Organen lustig und schreibt, dass die Frage vom obersten Rat in Paris in letzter Sekunde an den Völkerbund gegeben wurde, der würde in „*Genf seinen Senf*“ dazugeben und somit den „*Salat*“ schließlich zurück an den obersten Rat.²³⁵ Im September wird erst darüber gescherzt, dass keiner in der Mitgliederversammlung des Völkerbundes wisse, wer oder was Oberschlesien sein soll - am Ende besteht ein Mitglied darauf, dass es ein Putzmittel mit

²³⁴ Vgl. Fraser, 1969, S. 65ff.

²³⁵ Vgl. Der Kikeriki, 21. August, 1921, 61. Jahrgang, Nr. 34, S. 2.

polnischem Patent sein müsse, woraufhin einstimmig beschlossen wird, dass das Patent in Polen bleiben solle.²³⁶ Dies ist als bittere Anspielung darauf zu verstehen, dass Polen zumindest in Frankreichs Augen von vornherein mehr Anspruch auf Oberschlesien gehabt hatte und schließlich auch am Ende den wirtschaftlich stärkeren Teil, nämlich den Großteil des Industriebezirks, erhalten wird. Der Völkerbundrat beauftragte sodann eine Viererkommission, bestehend aus einem Brasilianer, einem Japaner, einem Belgier und einem Chinesen, welche jedoch mehr unter Berücksichtigung der französischen Frage, nämlich wie die obereschlesische Industrie in Polen bestehen könnte, den Beschluss einer Grenzziehung zu fassen hatte. So kam es, dass der Völkerbundrat jenem Vorschlag am 12. Oktober 1921 zustimmte und dies an den Obersten Rat in Paris übermittelte, welcher jenen schließlich in unveränderter Form annahm und etablierte.²³⁷

Der Kikeriki greift in einem Artikel die Nationalitäten der unterschiedlichen beauftragten Kommissionen auf, die sich mit der Oberschlesienfrage befassen - dies in Form eines Reimes: Brit‘, Franzos und Italiener würden ins Bad gehen, da sei’s schöner, deshalb würden sie das eigenhändig an Sachverständiger abgeben: der Japaner würde sich nicht einmischen, für den Spanier lohne es sich nicht, der Belgier will es auch nicht sein, so bleibe nur mehr der Chinesen, der sich Rat vom unparteiischen Polen holen will, „*was deutschen Schlesiern behagt, wird vom Chinesen nicht gefragt*“²³⁸, jener Chinesen wird Teil eines weiteren Artikels zwei Monate später, indem geschrieben wird, dass der Völkerbund einen doppelköpfigen Hund ausgekocht habe, man sich darüber aber nicht wundern dürfe, so habe man ja einen Chinesen zum Oberkoch ernannt.²³⁹ In derselben Ausgabe wird quasi die Vertagung des Urteilsspruchs des Völkerbundes aufs Korn genommen, weil man sich nicht trauen würde dem deutschen Oberschlesien zu sagen, dass es bereits tot sei.²⁴⁰ Die Bombe greift in seiner Reimsammlung „Was gibt es Neues?“ den Oberschlesien-Konflikt auf und schreibt „...und Völkerbund und Völkerrat, Deutschschlesien zerrissen, von Frankreich - es stets tat - das Deutsche Reich be....schwichtigt..“²⁴¹ - wobei man hier offensichtlich das Wort „beschissen“ meint - ein Stil in der Bombe, der sich öfter beobachten lässt, dass das ursprünglich gemeinte, meist anstößige Wort, welches sich reimen würde und man auch automatisch vor seinem geistigen Auge selbst vervollständigt, durch ein harmloseres ersetzt wird.

²³⁶ Vgl. Der Kikeriki, 4. September 1921, 61. Jahrgang, Nr. 36, S. 2.

²³⁷ Vgl. Fraser, 1969, S. 72f.

²³⁸ Der Kikeriki, 11. September 1921, 61. Jahrgang, Nr. 37, S. 3.

²³⁹ Vgl. Der Kikeriki, 23. Oktober 1921, 61. Jahrgang, Nr. 43, S. 2.

²⁴⁰ Vgl. Der Kikeriki, 23. Oktober 1921, 61. Jahrgang, Nr. 43, S. 4.

²⁴¹ Die Bombe, 1. November 1921, 51. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.

Deutschland erhielt zwar flächenmäßig den größeren Teil mit ca. 60% der Bevölkerung, der wirtschaftlich relevante Teil ging aber wie gesagt an Polen, so war es nicht weiter verwunderlich, dass Deutschland sich als Opfer einer französisch-polnischen Verschwörung fühlte und an der Unparteilichkeit des Völkerbundes zweifelte.²⁴²

9.4. Der Ruhr-Konflikt

Die Besetzung der Ruhr und das Fernbleiben des Völkerbundes in dieser Angelegenheit 1923 wird in den Zeitschriften nur vom Kikeriki in drei Artikeln aufgegriffen. Es wird sogleich dem Völkerbund vorgeworfen, ob ihm die Hände wirklich so gebunden seien und ob es ihn nicht rühre, dass die Deutschen so malträtirt werden, man könnte zumindest etwas sagen.²⁴³ Tatsächlich verhielt es sich, dass der Völkerbund sich in Fragen der Reparationszahlungen der besiegten Mächte nicht einzumischen versuchte und hier vor allem Frankreich, in erster Linie durch die Bestimmungen in den Versailler Verträgen, eine führende Rolle innehatte, da diese die alleinige Zuständigkeit der alliierten Mächte bzw. der Reparationskommission bis zum Ende der Reparationen 1932 stur und erfolgreich verteidigten.²⁴⁴ Der Grund für die Besetzung der Ruhr lag nämlich in Reparationsforderungen, die Deutschland nicht mehr leisten konnte und die Franzosen und Belgier daraufhin zu Beginn des Jahres 1923 die Kontrolle über die Minen und Fabriken im Ruhrgebiet als Garantie für die Reparationen übernahmen. Der französische Ministerpräsident Poincaré versicherte noch, dass die Besetzung friedlich ablaufen würde, sofern die Deutschen dies hinnähmen, würden sie sich jedoch auflehnen, würde dies bestraft werden. Deutschland reagierte unter der Führung vom Kabinett Cuno mit einem passiven Widerstand. Dies führte schließlich zu einer neunmonatigen „Patt-Situation“, keiner wollte nachgeben, Deutschland bezahlte überhaupt keine Reparationen mehr und die Franzosen und Belgier bekamen nur das, was sie sich durch die Besetzung nehmen konnten. Mit der Ablöse Cunos durch Gustav Stresemann im September 1923 wurde von der deutschen Seite schließlich aufgegeben, der passive Widerstand, der enorme wirtschaftliche Schäden in Deutschland hinterlassen soll, aufgehoben. Die Unruhen in diesen neun Monaten wurden natürlich Gegenstand einer internationalen Debatte, so kam es soweit, dass viele Länder und auch die Presse das brutale Vorgehen Frankreichs verurteilten. Die Briten, speziell Lloyd George, versuchten, auch Frankreich zu überzeugen, die Angelegenheit, die offensichtlich zu keinem Ergebnis zu führen schien, an den Völkerbund heranzutragen, wie es in vielen anderen

²⁴² Vgl. Pfeil, 1976, S. 72.

²⁴³ Vgl. Der Kikeriki, 18. Februar 1923, 63. Jahrgang, Nr. 8, S. 2.

²⁴⁴ Vgl. Pfeil, 1976, S. 69.

Fällen das Standardprozedere war. Poincaré wies dies aber zurück und bestand auf die alleinige Regelung durch Frankreich.²⁴⁵

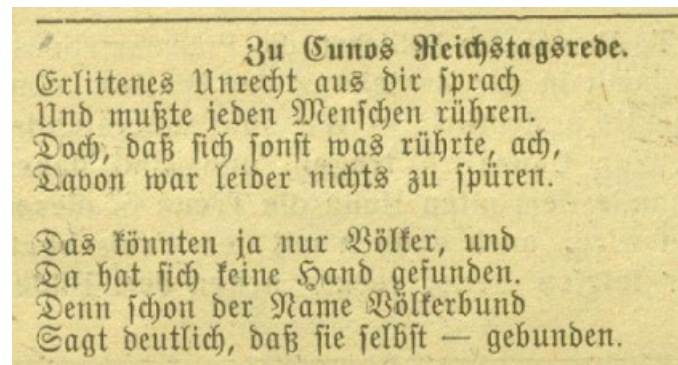


Abbildung 13: Der Kikeriki, 18. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 12, S. 2.

Dieser fast schon resignative Artikel im Kikeriki macht sich über die Unfähigkeit des Völkerbundes lustig und spielt mit der Tatsache, dass er sich nicht von selbst einschalten kann, sondern ausdrücklich angerufen werden muss. Dieses „Nichts-tun und Nichts-sagen“ wird eine Woche später nochmals zynisch aufgegriffen, indem gefragt wird, wann denn der Völkerbund kritisieren dürfe, wenn wer in Not, würde er stumm abwarten bis jener tot sei.²⁴⁶

9.5. Zwischenfall in Korfu

Am 27. August 1923 wurde in Griechenland, in Epirus, welches nahe an der albanischen Grenze liegt, der italienische General Tellini zusammen mit drei Mitarbeitern und einem Dolmetscher aus einem Hinterhalt heraus ermordet. Er war als Präsident einer von der Pariser Botschafterkonferenz entsendeten Kommission nach Griechenland gereist, um die Festlegung der albanischen Grenze zu untersuchen. Mussolini forderte daraufhin die griechische Regierung auf, an Italien 50 Millionen Lire zu bezahlen und verlangte zusätzlich die Mitwirkung Italiens an der Morduntersuchung. Die Griechen lehnten jene Forderung ab und Mussolini befahl als Folge dessen die Bombardierung und Besetzung Korfus, nicht um des kriegerischen Aktes Willen, sondern viel mehr aus Prestige Gründen und als Genugtuung für die Ermordung eines hohen italienischen Generals. Aufgrund der nicht vorhandenen Streitkräfte auf der Insel vollzog sich die Besetzung kampfflos und die Regierung in Athen wandte sich an den Völkerbund. Gleichzeitig akzeptierten sie die Auferlegung der Strafen seitens der Botschafterkonferenz,

²⁴⁵ Vgl. Walters, 1952, S. 234f.

²⁴⁶ Vgl. Der Kikeriki, 25. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 13, S. 2.

sollte sich durch die Ermittlungen eine Mitschuld der griechischen Behörden ergeben. Dies ergab nun, dass zwei internationale Gremien mit der Klärung der Situation zwischen Italien und Griechenland befasst wurden, was natürlich an sich ein Konfliktpotential barg. Im Völkerbundrat versuchte der italienische Vertreter die alleinige Zuständigkeit der Pariser Botschafterkonferenz zu erwirken, er scheiterte aber sowohl am britischen als auch schwedischen Vertreter, was zu einer Vertagung der Ratssitzung führte. Bei der drei Tage später stattfindenden Sitzung war auch der französische Vertreter von der Idee angetan, sich dem italienischen Wunsch zu fügen und die Angelegenheit komplett abzutreten. Die übrigen mussten sich schließlich entscheiden, ob man auf die Zuständigkeit des Völkerbundes beharren soll und somit einen Konflikt mit der Botschafterkonferenz riskiert, oder ob man versucht gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten. Zweiterer Ansatz wurde schließlich gewählt, der allerdings nur funktionieren konnte, da die Diplomaten der Botschafterkonferenz von den gleichen Regierungen abhängig waren, wie die Vertreter der ständigen Ratsmächte. Jene Regierungen waren sich allesamt darin einig, dass es aufgrund dieses Zwischenfalls zu keiner größeren internationalen Krise kommen sollte. Die Botschafterkonferenz beschloss am 5. September schließlich die Schuld Griechenlands, woraufhin vom Rat umgehend ein Forderungskatalog zusammengestellt wurde, den die Diplomaten nochmal überarbeiteten, um ihre Autonomie gegenüber dem Rat nochmals zu unterstreichen. Griechenland hatte keine andere Wahl als dies anzunehmen und willigte, obwohl die Untersuchungen keinen Täter feststellen konnten, schließlich dem Sühnegeld von 50 Millionen Lire an Italien widerwillig zu. Summa summarum spielte der Völkerbundrat in der Beilegung dieses Konflikts gegenüber der Pariser Botschafterkonferenz eine eher untergeordnete Rolle, welche sich allerdings durch eine Fernwirkung auf die Diplomaten niedergeschlagen hatte.²⁴⁷

Jener Konflikt findet in den Zeitschriften nur kleinen Anklang, in jeweils einem Vers der Bombe und zwei Artikeln im Kikeriki. Die Bombe schreibt hierzu in ihrer Rubrik „*Was gibt es Neues*“: „...*Italien drischt auf Griechenland, der Völkerbund mit Schrecken, fühlt Mussolinis starke Hand, sein Wort "ihr könnt mich... wecken"*“²⁴⁸ Hier würde man entsprechend des bereits bekannten Stils in der Bombe eigentlich das Wort „lecken“ erwarten bzw. automatisch lesen, eine bittere Anspielung auf die Macht Mussolinis, der, auch wenn der Mord niemals aufgeklärt werden konnte und somit die Schuld der griechischen Behörden nicht zu 100 Prozent bewiesen wurde, doch seine Interessen durchsetzen konnte. Der Kikeriki nimmt die „Wiener Postwertzeichenausstellung“ vom 1. - 9. September 1923²⁴⁹ als Anlass für einen Artikel dazu

²⁴⁷ Vgl. Pfeil, 1976, S. 77ff.

²⁴⁸ Die Bombe, 1. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 19, S. 3.

²⁴⁹ Vgl. Wiener Morgenzeitung, 2. September 1923, 5. Jahrgang, Nr. 1637, S. 8.

und macht sich über die „*Philatelistenpolitik*“ des Völkerbundes lustig, so soll jener schnell einschreiten, damit die griechischen Briefmarken mit italienischem Aufdruck, welche sich die Wiener Briefmarkenausstellung noch schnell besorgen soll, zu einer Rarität würden.²⁵⁰ Auch der Kikeriki äußert sich noch zur offensichtlich empfundenen Unterlegenheit des Völkerbundes bezüglich Italien, indem er schreibt, bald habe seine letzte Stunde geschlagen, tot würde ihn das italienische Bündel schlagen, denn Mussolini halte die Fasces zusammen, die zerfallene Welt würde ihm erliegen.²⁵¹ Hier wird gleich doppelt auf seine Vormachtstellung angespielt, so sind die Fasces, das Liktorenbündel, ein Symbol der Amtsgewalt, welche schließlich mit Mussolini zum Symbol für sein Regime und seine Anhänger wurde, der heute bekannte Begriff Faschismus leitete sich dementsprechend vom lateinischen „fascis“ (Sg., Pl.: „fasces“) ab.²⁵²

9.6. Die Mandschurei-Krise

Dieser Konflikt zwischen Japan und China findet großes Echo im Kikeriki - das Thema wird zwischen den Jahren 1931 - 1933 sehr viel für Persiflagen herangezogen (an die 30-mal), wobei definitiv eine sehr pro-chinesische und anti-japanische Haltung festzustellen ist - der Völkerbund wird an sich als feige und machtlos dargestellt. Aufgrund der Fülle der Artikel sollen hier nur die markantesten erwähnt werden und der Konflikt nur kurz dargestellt werden. Die Krise findet vor allem deshalb so große Beachtung, da sie mehr oder weniger den Beginn der „dunklen Ära“ des Völkerbundes einläuten soll.

Der Kikeriki schreibt bereits 1928 über den sich (bereits schon länger bestehenden und nun) zuspitzenden Konflikt und macht sich über den Hilferuf Chinas lustig, so sei dieser vergebens, denn obwohl der Völkerbund aus lauter Chinesen bestünde, würde er leider kein Chinesisch können.²⁵³ Gründe für den Ausbruch der Krise sind bereits im 19. Jahrhundert zu verorten, ein kurzer Überblick zur Ausgangslage: Japan hatte bereits erfolgreich durch militärische Invasionen seinen Machtanspruch auf dem Festland, vor allem eben in China und Korea, gesichert. Hier sind vor allem der chinesisch-japanische Krieg 1895 (bei dem China u.a. Gebiete abtreten musste) sowie den Krieg gegen Russland 1904/05 bei dem Russland die Pachtrechte bei der Region um Port Arthur sowie die Rechte zum Bau und Betrieb von Eisenbahnlinien auf der Kwantung-Halbinsel abgeben musste, zu nennen.²⁵⁴

²⁵⁰ Vgl. Der Kikeriki, 9. September 1923, 63. Jahrgang, Nr. 37, S. 3.

²⁵¹ Vgl. Der Kikeriki, 16. September 1923, 63. Jahrgang, Nr. 38, S. 2.

²⁵² Vgl. http://www.beyars.com/kunstlexikon/lexikon_2789.html [02.04.2019]

²⁵³ Vgl. Der Kikeriki, 27. Mai 1928, 69. Jahrgang, Folge 22, S. 4.

²⁵⁴ Vgl. Hell, Stefan, Der Mandschurei-Konflikt. Japan, China und der Völkerbund 1931 bis 1933, Tübingen 1999. S. 33f.

Vom 18. Auf den 19. September 1931 kam es schließlich zu einem Sabotageakt bei der Stadt Mukden, bei der, zumindest aus japanischer Sicht, Chinesen versucht hatten, die Eisenbahngleise zu sprengen. Wie sich im Nachhinein noch herausstellen soll, war dies ein geplanter Akt seitens der Japaner um ohne vorangehende Anweisungen aus Tokio oder Port Arthur eine militärische Invasion voranzutreiben und strategisch wichtige Orte in der Gegend zu besetzen.²⁵⁵ Bereits am 19. September erhielt der Völkerbundrat Nachricht von diesem Zwischenfall, am 21. September kam das offizielle Gesuch Chinas dass sich der Völkerbundrat laut Artikel XI (entsprechend dem Standardprozedere, wie es schon öfter zu tragen gekommen war) mit dem Konflikt befassen solle.²⁵⁶ Der Völkerbundrat ging wie gewohnt vor und entschied sich für den diplomatischen Weg, da sich die Aussagen beider Konfliktpartner widersprachen, indem sie einen Appell aussprachen, dass sich sowohl Japan als auch China zu einer schnellen und friedlichen Lösung zusammenfinden sollen. China beharrte auf einer ungerechtfertigten Invasion seitens der Japaner, die Japaner wiederum stellten ihr Vorgehen als Notwehr dar (diese Positionen werden beide bis zum Schluss vertreten, Anm.).²⁵⁷ Erwähnenswert an dieser Stelle ist auch der Fakt, dass Japan, obwohl es seine Offensive stetig vorantrieb und in der Zwischenzeit immer mehr Gebiete in der Mandschurei für sich behaupten konnte, vor dem Völkerbund die Meinung vertrat, der Konflikt würde bald schon beigelegt sein. Zeitlich gesehen kam für den Völkerbund diese Krise natürlich mehr als ungelegen - man hatte nicht wirklich Zeit sich mit diesem Problem weit im Osten auseinanderzusetzen - die nächste Wirtschaftskrise bahnte sich bereits an.²⁵⁸ Hinzu kam, dass Japan im Westen eine angesehene Stellung innehatte, allen voran vertrat auch Deutschland die Meinung, sie könnten nicht gegen Japan Position beziehen, da es in vorangegangenen für Deutschland wichtigen Fragen einen günstigen Standpunkt eingenommen hatte.²⁵⁹ Der Völkerbund hatte inzwischen auch über den Briand-Kellogg Pakt die USA eingeschalten, die abermals einen Appell, den Konflikt friedlich beizulegen, an beide Parteien aussprachen, dieser aber in seiner Wirkung ebenfalls fehlschlug, da sowohl China als auch Japan ihre Stellung bitter verteidigten. Nicht zielführend daran war, dass der Appell nicht nur an Japan ging, womit automatisch auch keine Anschuldigung, dass jenes den Pakt gebrochen hatte, ausgesprochen wurde.²⁶⁰

1931 wird Japan dementsprechend im Kikeriki als „arroganter“ Akteur beschrieben, so wird vom „ohnmächtigen Völkerbund“ geschrieben, der schon sage, Japan habe kein Recht gegen

²⁵⁵ Vgl. ebd., S. 57.

²⁵⁶ Vgl. ebd., S. 58f.

²⁵⁷ Vgl. ebd., S. 63.

²⁵⁸ Vgl. ebd., S. 60ff.

²⁵⁹ Vgl. ebd., S. 65.

²⁶⁰ Vgl. ebd., S. 77.

China vorzugehen, die Japaner aber finden, Macht gehe vor Recht ²⁶¹, der Völkerbund würde am Ende wohl für denjenigen Stellung beziehen, der für die „*finanzgewaltigen Mitglieder*“ von höherem wirtschaftlichem Interesse sei ²⁶² und in einem Vers, „*Echo*.“ genannt, wird gefragt, „*wer vom Völkerbund - außer China - wird kämpfen gegen die Japaner - kaner!*“ ²⁶³

Also macht sich der Kikeriki gleich zu Beginn des Jahres darüber lustig, dass man an dem Beispiel sehr gut sehen könne, wie ausgezeichnet der Völkerbund arbeite: Japan habe ja ganz ohne Krieg die Mandschurei besetzt, überspitzt wird gesagt, dass es ja nur vorübergehend sei - wobei man glaube es würde für die nächsten 1000 Jahre schon halten.²⁶⁴ Die Art der Besetzung der Mandschurei durch Japan wird sogleich nochmals aufgegriffen, so habe Japan an den Völkerbund geschrieben, sie würden keinen Krieg wollen, das Land würde Krieg und Streiterei verabscheuen, sie würden alles friedlich machen und nur gemütlich besetzen.²⁶⁵ Der Konflikt spitzt sich über die Zeit immer weiter zu, alle diplomatischen Versuche des Völkerbundes und auch der USA schienen nahezu machtlos. Man entschied sich schließlich eine Untersuchungskommission unter Führung des Briten Lord Lytton in die Mandschurei zu entsenden, die zu Beginn des Jahres 1932 aufbrach.²⁶⁶ Während dieser Zeit erreichten den Westen handfeste Neuigkeiten, von einer weiteren Offensive der Japaner in Chinchow, bei der es nicht mehr abzustreiten war, dass Japan das internationale System verletzte. Auch die USA sahen sich nun dazu gezwungen, mehr als nur zu „reagieren“ und bezogen mit der anschließenden Stimson-Hoover Doktrin (später auch bekannt als Nichtanerkennungs-Doktrin) gegen Japan Stellung.²⁶⁷ Nach etlichen weiteren Zwischenfällen, unter anderem die Kämpfe in Shanghai²⁶⁸ und endlosen Beratungen der Situation im Völkerbund lag im Herbst 1932 endlich der Lytton-Bericht vor, der schließlich eine Basis für ein Einschreiten des Völkerbundes darstellte.²⁶⁹ Wie Hell mit nicht besser zutreffenderen Worten in seiner detailreichen Beschreibung und Auswertung des Konflikts schreiben hätte können, führt auch die Situation nach dem Lytton Bericht ad absurdum - die Delegierten der Ratsmächte hörten sich wieder einmal die bereits bekannten Argumente der beiden Konfliktparteien über Tage hinweg an, ohne sich bindend dazu zu äußern, ein Ende des Konflikts war einfach nicht in Sicht.²⁷⁰

²⁶¹ Vgl. Der Kikeriki, 4. Oktober 1931, 71. Jahrgang, Folge 40, S. 2.

²⁶² Vgl. Der Kikeriki, 22. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 47, S. 8.

²⁶³ Der Kikeriki, 22. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 47, S. 8.

²⁶⁴ Vgl. Der Kikeriki, 17. Jänner 1932, 72. Jahrgang, Folge 3, S. 3.

²⁶⁵ Vgl. Der Kikeriki, 24. Jänner 1932, 72. Jahrgang, Folge 4, S. 4.

²⁶⁶ Vgl. Hell, 1999, S. 95.

²⁶⁷ Vgl. ebd., S. 103f.

²⁶⁸ Vgl. ebd., S. 108.

²⁶⁹ Vgl. ebd., S. 169ff.

²⁷⁰ Vgl. ebd., S. 175.

1932 wird unter anderem darüber gescherzt, dass es des Rätsels Lösung sei, warum die Japaner Krieg führen würden, da ja die Großen von Genf, hier vor allem die Franzosen Waffen liefern würden.²⁷¹ In derselben Ausgabe gibt es auch ein „*Völkerbund Theater*“, bei dem Verwirrung im Völkerbund herrsche, so sei der Generalsekretär zurückgetreten, es sei ihm sicher übel bei der „*Postenreißerei*“ geworden, wo die Vertreter Japans und Chinas aufeinander losgegangen sind, es werde wohl im Vertreterbrei noch eine nette Balgerei entstehen, aber in einem Narrenhaus sei ja nichts anderes zu erwarten.²⁷² Dieser Artikel spielt auf den geplanten - vom Zeitpunkt her vermutlich nicht unglücklicher gewählten - Rücktritt des Generalsekretärs Sir James Eric Drummond an, der am 23. Jänner 1932 verkündete, er werde im ersten Halbjahr 1933 zurücktreten.²⁷³ Frankreich wird auch nochmals Protagonist in einem Reim, so würde der ewige Frieden auf einem Abkommen Japans mit dem Völkerbund basieren, dieser gelte nämlich solange jene nicht in Frankreich einfallen.²⁷⁴ In der „*Wochenschau*“ gibt es auch einen witzigen Reim, der auf die „Starre“ des Völkerbundes in der Sache anspielt, so habe der Völkerbund den „*Japs*“ verwarnt, der gab eine kecke Antwort und der Völkerbund stünde vor dem Kollaps und stärkte sich dann rasch mit einem Schnaps.²⁷⁵ Auch England wird als Täter in der Krise dargestellt, so würde dessen Vertreter auch im Rat des Völkerbundes sitzen und hintenherum Waffen an Japan liefern.²⁷⁶ Die Anspielungen auf die Waffenlieferungen sowohl Frankreichs als auch Englands könnte man auf den vermehrten Waffenimport in die Mandschurei ab Ende 1923 an sogenannte „loyale Machthaber“ interpretieren. Es ist davon auszugehen, dass damit eben die Japaner gemeint sind, jene hatten es nämlich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs geschafft, den Großteil der Oberleitung der chinesischen Werften und Arsenalen im Norden Chinas an sich zu reißen.²⁷⁷ Ein Reim, der die Stimmung im Jahre 1932 überblicksmäßig sehr gut auf den Punkt bringt, ist jener im Dezember:

²⁷¹ Vgl. Der Kikeriki, 7. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 6, S. 4.

²⁷² Vgl. Der Kikeriki, 7. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 6, S. 6.

²⁷³ Vgl. Rovine, 1970, S. 96.

²⁷⁴ Vgl. Der Kikeriki, 14. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 7, S. 2.

²⁷⁵ Vgl. Der Kikeriki, 14. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 7, S. 8.

²⁷⁶ Vgl. Der Kikeriki, 28. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 9, S. 2.

²⁷⁷ Vgl. Ratenhof, Udo, Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871 bis 1945: Wirtschaft, Rüstung, Militär (34), Berlin, Boston ²⁰¹⁸2019. S. 304f.

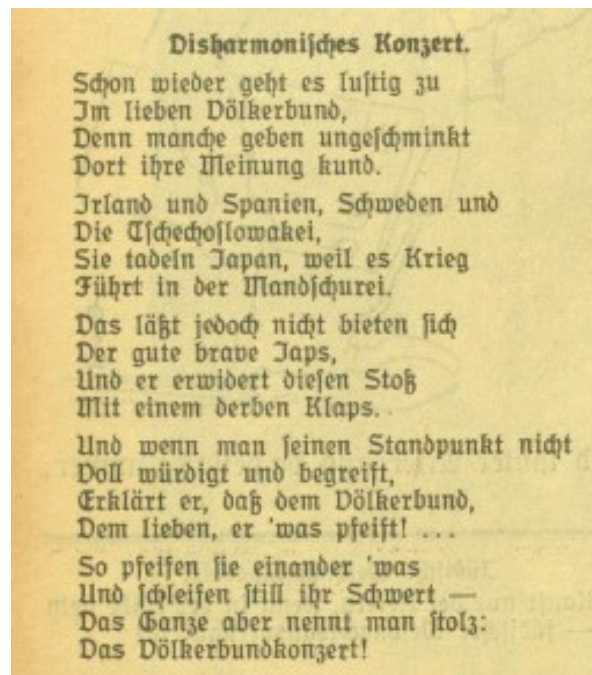


Abbildung 14: Der Kikeriki, 25. Dezember 1932, 72. Jahrgang, Folge 52, S. 4.

Auch die Errichtung eines weiteren Komitees (Neunzehner-Komitee), welches sich in seinem Bericht endgültig für die japanische Schuld aussprach, unter anderem basierend auf den Erkenntnissen des Lytton-Berichts, soll die Situation nicht entschärfen - ganz im Gegenteil.²⁷⁸ Japan wird aus dem Völkerbund austreten und somit zumindest für den Völkerbund die Angelegenheit beenden: Hell schreibt hier:

*„Nach eineinhalb Jahren, unzähligen Beratungen, Appellen und Resolutionen, scheiterte der Völkerbund bei seinem Versuch, den Konflikt zwischen China und Japan zu schlichten. Japan büßte zwar sein internationales Prestige ein, nicht aber die Mandschurei.“*²⁷⁹

1933 werden die Artikel dementsprechend im Kikeriki nur noch bitterer und zynischer, so wird beispielsweise geschrieben, dass die Chinesen an dem Blutbad ja selber schuld seien, weil sie nicht auswandern wollten²⁸⁰; auch die Tatsache, dass Japan den Völkerbund verlässt, wird zweimal aufgegriffen, so heißt es zuerst in den „Katastrophenlettern“, dass unsere letzte Stund‘ geschlagen habe, Japan verlasse den Völkerbund, was solle man denn jetzt nur anfangen?²⁸¹ Hier wird später auch noch geschrieben, wer es denn glaubt, so würde man stets hineinfallen, wenn man einem gelben Mund glaube.²⁸² Einzig wird noch in der Leuchtrakete die Krise direkt

²⁷⁸ Vgl. Hell, 1999, S. 182ff.

²⁷⁹ Ebd., S. 191.

²⁸⁰ Vgl. Der Kikeriki, 22. Jänner 1933, 73. Jahrgang, Folge 4, S. 2.

²⁸¹ Vgl. Der Kikeriki, 5. Februar 1933, 73. Jahrgang, Folge 6, S. 4.

²⁸² Vgl. Der Kikeriki, 5. März 1933, 73. Jahrgang, Folge 10, S. 5.

erwähnt, hier wird entsprechend der noch heute gängigen Tiermetaphern geschrieben, dass die Vertreter in Genf in ihren seidenen Betten schlafen würden, während der Tiger Japan dem Drachen China die Provinzen am lebendigen Leibe wegfresse.²⁸³

Wie auch Walters in seinem Kapitel über die Mandschurei-Krise abschließend sagt, hat der Völkerbund von seinem letzten Mittel, nämlich dem der Sanktionen in diesem Fall keinen Gebrauch gemacht. Der Glaube an den Völkerbund im Hinblick auf die friedliche Beilegung internationaler Konflikte war bis ins Tiefste erschüttert. Auch die bittere Erkenntnis der kleineren Staaten, dass der Völkerbund mehr oder weniger in seinem Handlungsspektrum vom Willen und Gutdünken der Großmächte abhängig zu sein schien, trägt er Rechnung,²⁸⁴ wie der Kikeriki, der in den obig beschriebenen Beispielen sich keines Witzes über Frankreich oder England überdrüssig ist.

9.7. Der Minderheitenschutz

Die Frage des Minderheitenschutzes des Völkerbundes kommt eigentlich nur in einem Artikel in der Leuchtrakete 1933 vor. Hier wird geschrieben, dass das „*Messer des Gewaltfriedens*“ Südtirol von Österreich und die Ostpreußen von Deutschland abgeschnitten habe. Die Minderheiten würden unter den Mehrheiten leiden müssen - die Mehrheiten würden das Recht der Minderheiten fürchten, aber die Minderheit könne nur der fürchten, der in der Mehrheit im Unrecht sei.²⁸⁵

Sebastian Bartsch definiert ausgehend von (National-)Staaten den Begriff der Minderheiten, bei denen er davon ausgeht, dass die meisten davon Bevölkerungsgruppen fassen, die in ihrer nationalen Identität von der Mehrheitsbevölkerung abweichen würden. Zudem verfüge auch nur ein verschwindend kleiner Teil aller „selbst-bewussten“ ethnischen und nationalen Gruppen über einen „eigenen“ Staat. Die meisten von ihnen würden als Minderheiten in einem von einer anderen Gruppe dominierten Staat oder in mehreren solcher Staaten leben.²⁸⁶ Susan Pederson erkennt in ihrem Aufsatz den Völkerbund in einer Zeit des Übergangs von den bisherigen „Empires“ zu souveränen Staaten als Hauptakteur in Bezug auf die Stabilisierung der neuen Staaten und dem Minderheitenschutz an.²⁸⁷ Das Minderheitenschutzverfahren findet seinen Ursprung bereits in der Ausarbeitung der Garantieerklärung auf der Pariser

²⁸³ Vgl. Die Leuchtrakete, September 1933, Nr. 9, 11. Jahrgang, S. 2.

²⁸⁴ Vgl. Walters, 1952, S. 499.

²⁸⁵ Vgl. Die Leuchtrakete, September 1933, Nr. 9, 11. Jahrgang, S. 2.

²⁸⁶ Vgl. Bartsch, Sebastian, Minderheitenschutz in der internationalen Politik. Völkerbund und KSZE/OSZE in neuer Perspektive (Studien zur Sozialwissenschaft 163), Wiesbaden 1995. S. 16f.

²⁸⁷ Vgl. Pedersen, Susan, Back to the League of Nations, in: The American Historical Review 112/4, 2007, S. 1091–1117. Hier 1092.

Friedenskonferenz.²⁸⁸ Hier wurden unter anderem Minderheitenschutzverträge mit Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland und Rumänien ausgearbeitet; bei Österreich, Ungarn und Bulgarien wurden solch ähnliche Bestimmungen in die Friedensverträge inkludiert.²⁸⁹ Hier spielte die Vormachtstellung der Siegermächte des Ersten Weltkriegs eine maßgebliche Rolle, da jene die Gestalter der Pariser Friedenskonferenz waren.²⁹⁰ Dieser Entwurf eines Minderheitenschutzsystems diente vor allem der Konsolidierung der Staaten in Mittel- und Osteuropa und war somit in Bezug auf die Sicherung des Friedens in der neuen Völkerbundsordnung von großer Notwendigkeit. Dem Völkerbund wurde schließlich diese Aufgabe übertragen, wobei das Interessante daran war, dass die Großmächte, wie beispielsweise Italien, welches hier in Bezug auf Südtirol eine wichtige Rolle gehabt hätte, oder auch Frankreich von den Minderheitenschutzbestimmungen ausgeschlossen blieben.²⁹¹ Es gilt dann zwischen Minderheitenschutznormen und Minderheitenschutzverfahren zu unterscheiden. Letzteres oblag dem Völkerbund selbst es zu entwickeln. Schließlich wurde erkannt, dass auch die Minderheiten selbst in der Lage sein mussten, auf etwaige Vertragsverletzungen hinzuweisen. Dies wurde durch die Einführung der Petition ermöglicht, welche sodann von drei Ratsmitgliedern (bestehend aus dem aktuellen Präsidenten des Rates sowie zwei von ihm ernannten Mitgliedern), dem sogenannten Dreierkomitee, geprüft wurde. Der Hintergedanke dabei war, dass sich nicht bei jeder eingelangten Petition alle Ratsmitglieder damit befassen müssen.²⁹² Gerade Polen, welches aufgrund seiner nationalen Heterogenität als der problematischste Staat Mittelost- und Südosteuropas angesehen wurde,²⁹³ und die Tschechoslowakei äußerten ihren Missmut gegenüber dem Petitions-Verfahren und wurden vom Generalsekretariat eingeladen, eine für sie geeignete Resolution vorzulegen. Diese Resolution, dass nämlich jeder betroffene Staat direkt nach Einlangen der Petition in Genf jene ebenfalls erhält um anschließend selbst Stellung dazu nehmen zu können, wurde angenommen. Das Verfahren sah somit vor, dass die Bittschrift innerhalb eines bestimmten Zeitraums, zusammen mit der Stellungnahme der betroffenen Regierung, schließlich an das Ratskomitee ging. Sowohl für Polen als auch für die Tschechoslowakei wurde das Verfahren sofort wirksam, die anderen betroffenen Staaten hatten noch ein Jahr Zeit, sich anzuschließen, was letztendlich aber alle wahrnahmen.²⁹⁴ Es kam noch zu einzelnen Feinschliffen im Prozedere und auch zu

²⁸⁸ Vgl. Gütermann, Christoph, *Das Minderheitenschutzverfahren des Völkerbundes* (Schriften zum Völkerrecht Band 63), Berlin 1979. S. 17.

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 27.

²⁹⁰ Vgl. Bartsch, 1995, S. 66.

²⁹¹ Vgl. ebd., S. 68f.

²⁹² Vgl. ebd., S. 91ff.

²⁹³ Vgl. ebd., S. 74.

²⁹⁴ Vgl. ebd., S. 94.

Diskussionen. Polen, das sich mit seiner relativ großen deutschen Minderheit vor dem sich anbahnenden Beitritt Deutschlands und dem damit ständigen Sitz im Rat etwas in die Enge gedrängt sah und deshalb Einschränkungen des Rates forderte, stand damit den Interessen Ungarns gegenüber, welches wiederum einen Ausbau des Verfahrens und ein entschlosseneres Vorgehen des Völkerbundes forderte. Polens Sorge wurde insofern Rechnung getragen, dass die Zusammensetzung des Dreier-Komitees Regeln unterlag, welche die Einflussnahme von in Minderheitenangelegenheiten engagierten Ratsmitgliedern per se ausschloss. Insgesamt hatte das Dreierkomitee, wenn ihm schließlich ein Fall vorgelegt wurde, entweder die Möglichkeit, dies aufgrund der Dringlichkeit sofort vor den Völkerbundrat zu bringen (passierte nur 14 Mal), oder der Fall war zu unbedeutend (ca. 35 % aller Petitionen) oder es wurde die Minderheitensektion des Sekretariats angerufen mit der jeweiligen Regierung in Korrespondenz zu treten um weitere Informationen zu eroieren bzw. eine Lösung zu finden, was beim Großteil der vorgebrachten Fälle das gewählte Prozedere war. So verlief nun fortan die Arbeit des Völkerbundes bis 1929, bis es aufgrund der sich immer mehr verschärfenden Zwistigkeiten zwischen Polen und Deutschland dazu kam, dass einige Staaten einen Ausbau der Minderheitenschutzmaßnahmen forderten und anderen Staaten wiederum das bisherige Regelwerk bereits zu viel war. Man installierte daraufhin ein Komitee zur Überprüfung des aktuellen Verfahrens und lud die Mitglieder dazu ein, jenem ihre genauen Vorstellungen zu übermitteln. Aufgrund dessen wurde schließlich der „Rapport von London“ erstellt, welcher neben der genauen Beschreibung des Prozesses auch die Vorschläge für Ergänzungen enthielt, die auch auf der 55. Ratstagung angenommen wurden. Wie Bartsch schreibt, waren diese Erweiterungen durchaus sinnvoll, aber in der Praxis kaum bemerkbar, was daran lag, dass der Minderheitenschutz aus dem politischen Konflikt der einzelnen Staaten keinen Ausweg fand. Dies gipfelte in der Aufkündigung seitens Polen bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Völkerbund in Minderheitenfragen 1934 und die Tatsache, dass der Völkerbund generell unfähig schien, in den internationalen Krisen in den 30er Jahren zu intervenieren, was dem Vertrauen in die Institution auch nicht zuträglich war, so nahm die Anzahl der Petitionen ab 1934 stetig ab.²⁹⁵

An dieser Stelle rentiert es sich wieder einen Blick auf den vorangegangenen Artikel in der Leuchtrakete zu werfen, welcher offensichtlich sowohl die Wirksamkeit des Minderheitenschutzes betreffend die deutsche Bevölkerung in Polen, als auch die Situation der Bevölkerung in Südtirol, welche durch ihre neue Zugehörigkeit zum Siegerstaat Italien wohl auch keinen Schutz in diesen Bestimmungen finden konnte, in Frage stellt.

²⁹⁵ Vgl. ebd., S. 96ff.

9.8. Juden

Da der Kikeriki grundsätzlich eine stark antisemitische Haltung vertrat und in den Artikeln, welche Juden betreffen, kein direkter Zusammenhang zwischen den Minderheitenschutzmaßnahmen des Völkerbundes und den jeweiligen antisemitischen Bemerkungen erkennbar ist, werden jene Beiträge in einem eigenen Kapitel behandelt. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass gerade die jüdische Lobby stark für die Rechte aller Minderheiten eingetreten ist.²⁹⁶ Vielmehr werden in den Artikeln also Themen herausgestrichen, die, neben den grundsätzlich „feindlich“ gestimmten Aussagen, die sogenannten „Ostjuden“, oder auch den internationalen Mädchenhandel zum Ziel haben. Über jene („Ostjuden“, Anm.) schreibt der Kikeriki drei Mal. Um zwei davon kurz herauszugreifen, so habe der Völkerbund unter Berücksichtigung humanitärer Interessen endlich erlaubt, die Ostjuden rauszuwerfen, würden noch die Interessen der Einheimischen berücksichtigt werden, so seien diejenigen schnell draußen.²⁹⁷ 1923 wird nach der Rettung Österreichs gefragt, die Ostjuden raus, der Völkerbund erlaube es, aber wer glaube es?²⁹⁸ Diese Artikel sind als Anspielung auf die jüdischen Flüchtlinge aus Galizien und Bukowina zu verstehen. Es handelte sich um insgesamt 150 000 Menschen, die im Ersten Weltkrieg vor den Russen geflüchtet waren bzw. vom österreichischen Militär evakuiert wurden. Mit Kriegsende hielten sich noch an die 30 000 Juden in Wien auf. Es kam zusätzlich auch noch zu Pogromen in Galizien, die 1918/19 zu einer weiteren Flüchtlingswelle nach Österreich führten. Laut Burger wurde der Begriff „Ostjuden“ ursprünglich „nur“ als soziale, geographische, kulturelle und religiöse Differenzierung benutzt, so wurde aber im Ersten Weltkrieg bereits gegen die Ostjuden gehetzt und er wurde schließlich zu einem antisemitisch-konnotierten Begriff umgewandelt. Die nun in Wien angelangten und als habsburgtreu-gebrandmarkten jüdischen Menschen seien im Nachfolgestaat als Staatsbürger nicht gerne gesehen gewesen, oft waren sie mit nichts gekommen, außer mit einem Heimatschein. Der Flüchtlingsstatus wurde ihnen nicht zuerkannt, sie waren plötzlich Ausländer und auf die Unterstützung öffentlicher und privater Hilfsorganisationen angewiesen, was auch noch dazu führte, dass ihnen seitens der Christlichsozialen und Deutschnationalen das Attribut „Schmarotzer“ aufoktroziert wurde.²⁹⁹ Alles in allem kam es bis ins Jahr 1923 zu heftigen Diskussionen, wie die Einbürgerung von statten gehen könnte. Die österreichische Regierung wollte 1919 beispielsweise eine Massenabschiebung von ca. 40 000 Kriegsflüchtlingsen veranlassen, die aber schließlich

²⁹⁶ Vgl. Gütermann, 1979, S. 18.

²⁹⁷ Vgl. Der Kikeriki, 13. März 1921, 61. Jahrgang, Nr. 11, S. 7.

²⁹⁸ Vgl. Der Kikeriki, 4. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 10, S. 7.

²⁹⁹ Vgl. Burger, Hannelore, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden (Studien zu Politik und Verwaltung 108), Wien, Köln, Weimar 2014, S. 134.

verhindert werden konnte. Zusätzlich gab es noch die Optionsfrage zu klären. So gab es die Möglichkeit, dass ehemalige österreichisch-ungarische Staatsbürger, die in der neuen Republik Österreich nicht heimatberechtigt waren, die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten können. Diese Option war vorerst nur allgemein im Friedensvertrag von St. Germain festgelegt und bot somit einen Interpretationsspielraum, der von dem deutschnationalen Innenminister Leopold Waber rassistisch ausgelegt wurde und er dadurch jüdische Bewerber prinzipiell ablehnen konnte. Sein Nachfolger handhabte dies anders, woraufhin es 1923 zu einer großen Einbürgerungswelle kam und die Diskussion schließlich verebbte. Wie Mühl in seinem Beitrag dazu schreibt, war Österreich durch den Vertrag von St. Germain zur Anerkennung nationaler Minderheiten (Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Slowenen) gezwungen, sah es aber als höchste Prämisse an, dass sich die überwiegende Mehrheit seiner Bürger zu einer Nation bekannte, wobei hier kein Platz für religiös-nationale Minderheiten angedacht war. Erst nach Ausbildung und allgemeiner Akzeptanz der Staatsidentität hätte die Anerkennung einer Minderheit stattfinden können, dazu sei es aber in der Ersten Republik nicht mehr gekommen.³⁰⁰

Im Kikeriki wird jeder mögliche Missstand oder jegliches Problem hergenommen, um gegen die Juden zu hetzen. So wird zum Beispiel in der Beilage, „*Der internationale Jude*“ genannt, den USA vorgeworfen, sie seien dem „*jüdischen Kapitalismus*“ verfallen, deshalb dürfe der Begriff „Jude“ nur als Lob benutzt werden; der Weltkrieg sei ein „*Judenkrieg*“ gewesen, es würden sich bald alle judengegnerischen Bewegungen und Länder zusammentun, dies sei dann ein „ehrlicher Völkerbund“, gegen den sie machtlos sein würden³⁰¹. Dem Völkerbund wird seine pro-jüdische Haltung zum Verhängnis gemacht, so habe er die Juden als eigene Nation anerkannt, dafür würden alle anderen Staatsbürgerschaften aber aberkannt werden³⁰², der Ramek sei ein guter Christ, sonst wäre er nicht Kanzler, er wolle schon gar nicht die Juden nach Österreich holen, doch der Völkerbund befehle es, Genf umfasse die „arischen Nationen“, würde aber schon längst vom „Jud“ befohlen, so sei das Judentum der Weltregent und herrsche durch seine Presse.³⁰³ Auch Geisteskrankheit wird den Juden attribuiert³⁰⁴, nur um einige markante Beispiele der hetzerischen Artikel des Kikerikis zu nennen. Auch das Thema Mädchenhandel, welches in den Fokus des Völkerbundes genommen wurde, wird aufgegriffen

³⁰⁰ Vgl. Mühl, Dieter J., "Immer war Wahlkampf". Robert Stricker (1879-1944). Ein Beitrag zur jüdischen Politik in Österreich., in: Aschkenas - Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 11/1, 2001, S. 121–160. Hier 136f.

³⁰¹ Vgl. Der Kikeriki, 17. Mai 1925, 65. Jahrgang, Nr. 20, Beilage.

³⁰² Vgl. Der Kikeriki, 20. September 1925, 65. Jahrgang, Folge 38, S. 8.

³⁰³ Vgl. Der Kikeriki, 30. August 1925, 65. Jahrgang, Folge 35, S. 1.

³⁰⁴ Vgl. Der Kikeriki, 23. Mai 1926, 66. Jahrgang, Folge 21, S. 7.

und mit den Juden in Verbindung gebracht. So schreibt der Kikeriki 1922, dass der Völkerbund von sich hören habe lassen, dass er etwas gegen den Mädchenhandel unternehme, so schütze er vor Sklaverei, auch in Österreich.³⁰⁵

Fakt ist, dass der Völkerbund in der Zwischenkriegszeit eine Kampagne gegen den Mädchenhandel geführt hat und von 1924 bis 1926 eine interkontinentale Untersuchung dazu durchgeführt hat. Ziel war es eine Ziffer der betroffenen Mädchen/Frauen, die Strategien usw. der Mädchenhändler festzumachen. Für diese Studie wurde ein Ermittlerteam unter der Führung des amerikanischen Anwalts Bascom Johnson zusammengestellt, welches verdeckt agierte.³⁰⁶ 1921 gab es die Konferenz in Genf zum internationalen Mädchenhandel, bei der Delegierte aus 34 Nationen teilgenommen hatten und Resolutionen beschlossen wurden, die dann zusammen den sogenannten „Final Act“ hervorbrachten. Jener wiederum ermöglichte die Erschaffung eines Beratungsausschusses, der sowohl aus Repräsentanten vom Völkerbund als auch aus Nichtregierungsorganisationen bestand. Dieser Beratungsausschuss war dafür verantwortlich, dass die Amerikaner in das Projekt miteinbezogen wurden und schließlich der Anwalt Bascom Johnson die Leitung des Ermittlerteams übernehmen konnte.³⁰⁷ Ziel dieser weltweiten soziologischen Untersuchung des Mädchenhandels war es, die Ergebnisse aktiv in die Politikgestaltung und somit in das internationale Recht miteinfließen zu lassen und gleichzeitig eine breite Öffentlichkeit in Bezug auf das Thema zu sensibilisieren um dem Mädchenhandel Einhalt gebieten zu können.³⁰⁸ Insgesamt kam es zur Veröffentlichung von zwei Reports, wobei es der ursprüngliche Plan war, für Journalisten nur den ersten mit einem Überblick und generellen Schlussfolgerungen sowie Empfehlungen bereitzustellen; da die Ermittlungen verdeckt abliefen waren diverse Informationen über diese in den USA anonymisiert zu halten. Der erste Report wurde im Februar 1927 veröffentlicht und da die Resonanz dazu so groß war, wurde beschlossen, auch den zweiten unter denselben Voraussetzungen im Dezember desselben Jahres zu veröffentlichen. Bevor dieser jedoch an die Presse ging, wurde er den Regierungen offengelegt - dies bekam die Presse in New York mit und es wurde spekuliert warum dies so sei, so vermuteten unter anderem Journalisten, Delegierte des Völkerbundes, Frauenorganisationen und andere politische Akteure, dass dies passierte, um politisch sensible Angelegenheiten/Informationen zu schützen. Die „New York World“ veröffentlichte daraufhin mehrere Artikel mit Informationen, von denen sie vermuteten,

³⁰⁵ Vgl. Der Kikeriki, 23. Juli 1922, 62. Jahrgang, Nr. 30, S. 7.

³⁰⁶ Vgl. Knepper, Paul, The Investigation into the Traffic in Women by the League of Nations: Sociological Jurisprudence as an International Social Project, in: Law and History Review 34/1, 2016, S. 45–73. Hier 45ff.

³⁰⁷ Vgl. ebd., S. 53f.

³⁰⁸ Vgl. ebd., S. 72f.

dass eben diese von den Regierungen zurückgehalten würden.³⁰⁹ Auch diese Vorfälle scheint der Kikeriki als Anlass zu nehmen, jüdische Personen mit dem Mädchenhandel in Verbindung zu bringen, so wurde im Dezember 1927 auf einen hetzerischen Beitrag in der antisemitischen „*Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder*“³¹⁰ des späteren Nationalsozialisten Alfred Rosenberg verwiesen:

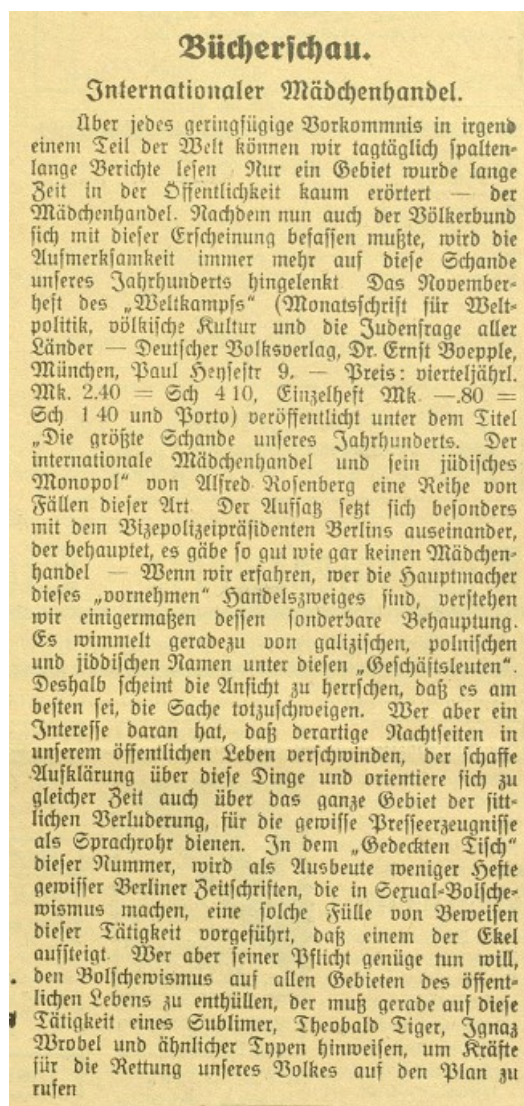


Abbildung 15: Der Kikeriki, 4. Dezember 1927, 67. Jahrgang, Folge 49, S. 5.

³⁰⁹ Vgl. ebd., S. 64f.

³¹⁰ https://usearch.univie.ac.at/primo-explore/fulldisplay?docid=UWI_alma21298123060003332&context=L&vid=UWI&lang=de_DE&search_scope=UWI_UBBestand&adaptor=Local%20Search%20Engine&tab=default_tab&query=any,contains,monatsschrift%20f%C3%BCr%20weltpolitik%20v%C3%B6lkische%20kultur%20und%20die%20judenfrage&sortby=rank&offset=0 [13.05.2019]

Jener Artikel ähnelt weniger einer Persiflage oder einem satirischen Beitrag, sondern enthält eher eine Empfehlung zur Nachlese bzw. eine kurze Zusammenfassung des beworbenen Beitrags. Dieses Phänomen ist bei Beiträgen im Kikeriki, welche antisemitisches Gedankengut transportierten, nicht untypisch.

9.9. Die Rubrik „*Ernste Ecke*“ im Kikeriki

Diese Rubrik bedarf einem gesonderten Abschnitt, da sie sich stilistisch und auch aufgrund ihrer späten Erscheinung von den restlichen Artikeln stark unterscheidet. Sie hebt sich vor allem durch ihre Aggressivität ab und ähnelt, wenn noch, am meisten, der Rubrik „*Der internationale Jude*“. Sie erscheint im behandelnden Zeitraum erst in den Jahren 1932 und 1933 und erstreckt sich meist über eine ganze Seite. Sie trägt ebenso die Aufforderung „*bitte lesen*“³¹¹ und gegen Ende hin auch die Anmerkung „*Achtung! Achtung! Wir unterbrechen auf einige Minuten unsere heitere Sendung und bringen Ihnen Fragen der Gegenwart unter der Lupe der ernstesten Kritik*“.³¹² Stilistisch gibt es insofern einen Unterschied, da es sich weder um einen kurzen zynischen, sarkastischen, ironischen, etc. Artikel, Reim oder eine kleine Geschichte handelt, bei denen es teilweise eines gewissen „Vorwissens“ bedarf um sie zu verstehen, sondern aktuelle Geschehnisse erläutert und anschließend auf doch sehr gehässige, ja mehr noch propagandistische Weise kommentiert werden. Ähnlich wie bei vorhin genannten Beiträgen, bei denen explizit Juden und Jüdinnen zum Zielobjekt gemacht werden. Wenn man auf den zu Beginn dieser Arbeit diskutierten Satirebegriff zurückblickt, vermag sich diese Rubrik eher in der Polemik zu verorten. Von den thematischen Schwerpunkten lässt sich die „*Ernste Ecke*“ auf wenige Themen herunterbrechen, so dominieren in ihr der sino-japanische Konflikt, Frankreich und auch Deutschland, hier allem voran der aufkeimende (und als gut empfundene) Nationalsozialismus, der Deutschland wohl endlich aus seiner „Opferrolle“ befreien wird, sowie hetzerische Bemerkungen gegen Juden. Es wird die Überlegenheit eines Hitler-Deutschlands gegenüber dem Völkerbund propagiert und nahezu immer exzessiv gegen Frankreich als „Übeltäter“ und „Sklaventreiber“ gehetzt. In mehreren Erwähnungen wird der Völkerbund sogar mit Frankreich gleichgesetzt, denn der Völkerbund sei schließlich Frankreich.³¹³ Somit wird an die bereits über Jahre bestehende Diskreditierung Frankreichs in nunmehr nicht mehr lustiger, gar bösartiger Manier, angeknüpft. Zu guter Letzt wird dem Völkerbund nur mehr Versagen attribuiert, vor allem vor dem Hintergrund eines erstarkenden

³¹¹ Der Kikeriki, 10. April 1932, 72. Jahrgang, Folge 15, S. 7.

³¹² Der Kikeriki, 21. Mai 1933, 73. Jahrgang, Folge 21, S. 4.

³¹³ Vgl. Der Kikeriki, 7. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 6, S. 7.

Deutschlands unter Hitler. Man sieht einer Auflösung des Völkerbundes und somit einer Befreiung aus den französischen „Fesseln“ sehnsüchtig entgegen.

10. Versager Völkerbund?

Mehrere Autoren (u.a. Pfeil und Haupts) sind sich in der zeitlichen Einteilung des Völkerbundes einig: es wird von der Aufbauphase 1920 - 1923, der Phase der relativen Blüte 1924 - 1931 und der Phase der Konflikte 1931 - 1936³¹⁴, bei Haupts ist dies die Phase des Niedergangs³¹⁵, geschrieben. Patricia Clavin nimmt eine etwas andere, aber doch sehr ähnliche Zeiteinteilung vor: sie spricht vom „*Multiverse of the League*“ von 1920 - 1929 und schließlich vom „*Boom to Bust*“ 1929 - 1932.³¹⁶ Um das „Versagen“ des Völkerbundes zu verstehen, bedarf es eines kurzen Blickes in die drei genannten Phasen, die Leo Haupts in seinem Artikel auf den Punkt bringt. Die Aufbauphase ist gekennzeichnet durch die „Geburtsstunde“ in der der Völkerbund aber quasi in Konkurrenz mit anderen friedenssichernden Institutionen steht - der „Oberste Rat“ und die Pariser Botschafterkonferenz, um nur zwei wichtige zu nennen. Trotz alledem wurde der Völkerbund in einigen Fragen angerufen, wie beispielsweise in der Teilung Oberschlesiens oder auch in der Regelung des Korfu-Zwischenfalls. Einer der wohl größten Erfolge dieser Zeit ist die finanzielle Hilfe für Österreich und dessen Sanierung. In der Zeit der relativen Blüte heben sich vor allem der Dawes-Plan, sowie das Zustandekommen der Locarno-Verträge und somit die Aufnahme Deutschlands in den Bund dar. Haupts geht in seiner Analyse sogar so weit, dass er die Vermutung anstellt, der Völkerbund wäre in dieser Zeit mehr ein Instrument für die Durchsetzung nationaler Interessen, vor allem seitens Gustav Stresemann, der durch den Völkerbund versuchte Deutschland wieder in den Kreis der europäischen Großmächte zu führen, sowie auch Frankreichs, gewesen. Die Niedergangsphase 1931 beginnt wohl mit dem Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung, welche eine Erschwernis für die internationale Zusammenarbeit darstellte. Die Mandschurei-Krise, bei der der Völkerbund schließlich erfolglos geblieben ist und der mit dem Austritt Japans aus dem Bund endete, deutet definitiv auf ein Versagen des zwischenstaatlichen auf Solidarität aufbauenden Projektes hin. Auch die Abrüstungskonferenz 1933 war zum Scheitern verurteilt, 1933 tritt schließlich auch Deutschland (unter Hitler) aus dem Völkerbund wieder aus und der Völkerbund wird in den

³¹⁴ Vgl. Pfeil, 1976, VII.

³¹⁵ Vgl. Haupts, 1983, S. 75.

³¹⁶ Vgl. Clavin, 2013, Contents.

darauffolgenden Jahren nichts gegen die Aufrüstung Deutschlands sowie dem Bündnis mit Italien unternehmen können.³¹⁷

In den Zeitschriften wird die Zweckmäßigkeit des Völkerbundes vor allem im Kikeriki in Frage gestellt, neben den bisherigen Artikeln, die explizit die Kompetenzen des Völkerbundes in spezifischen Angelegenheiten hinterfragen, wird dies auch im Allgemeinen über die Jahre hinweg Ziel der Persiflage. Bereits 1923 vergleicht der Kikeriki in einer Geschichte den Völkerbund mit der Verkehrsgesellschaft, bei der zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden Expressgarnituren ein durchlöcherter alter Fetzen lag, jener war schon ausrangiert und jeder gab ihm nur noch einen Fußtritt. Der Streckenwächter dachte sich jedoch, er gebe dem Fetzen noch einen letzten Zweck, und band ihn um die Frontpuffer der beiden Garnituren um einen bösen Aufprall zu dämpfen. So hatte der Fetzen noch einen letzten Nutzen zwischen all dem anderen Inventar der Verkehrsgesellschaft, welche in der letzten Stunde noch schnell den Namen „Völkerbund“ erhielt.³¹⁸ Sodann wird geschrieben, unser Völkerbund sei nicht gesund, die Exzellenzen in Genf hätten ihre Influenzen und anstatt Schach dem Krieg würde man Schach der Grippe rufen.³¹⁹ 1925 wird geschrieben, der Völkerbund würde nur den Großen passen, die Kleinen, uns, würde er jedoch sitzen lassen³²⁰, eine Anspielung auf die bereits in dieser Arbeit erlangten Erkenntnis, dass die Großmächte, bzw. die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg einen überdurchschnittlichen Einfluss auf die Tätigkeiten des Völkerbundes hatten. Auch über den Fakt, dass, wie bereits bekannt, Polen 1926 keinen ständigen Sitz, sondern einen nichtständigen garantiert bekommt, wird sich lustig gemacht, denn wer würde denn garantieren können, dass der Völkerbund in sechs Jahren noch bestehen würde?³²¹ Es könne ja schließlich keine von Beginn an fehlerhafte und unnatürliche Gründung im Laufe der Zeit erstarken.³²² Abermals zum Thema wird in diesem Kontext auch die Trägheit und Dauer der Beschlüsse gemacht, so würde sich keiner der „*Diplomatenschöbe*“ zum Tätigkeitsbericht zu Wort melden³²³, die Arbeit würde einen Rapport benötigen, auf den Aufruf vom Präsident dazu würde sich keiner zu Wort melden, kein Redner sei vor Ort, „*und du Europa zahle, für diese Leistung dort!*“³²⁴ Die Leuchtrakete schreibt 1928 über „*Eine schöne Welt*“, in der die Sicherheitspolizei die Straßen unsicher mache, die Christen zu den Juden schnorren

³¹⁷ Vgl. Haupts, 1983, S. 75ff.

³¹⁸ Vgl. Der Kikeriki, 18. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 12, S. 2.

³¹⁹ Vgl. Der Kikeriki, 5. Oktober 1924, 64. Jahrgang, Nr. 41, S. 2.

³²⁰ Vgl. Der Kikeriki, 22. November 1925, 65. Jahrgang, Folge 47, S. 7.

³²¹ Vgl. Der Kikeriki, 12. September 1926, 66. Jahrgang, Folge 37, S. 4.

³²² Vgl. Der Kikeriki, 12. September 1926, 66. Jahrgang, Folge 37, S. 3.

³²³ Vgl. Der Kikeriki, 16. September 1928, 68. Jahrgang, Folge 38, S. 2.

³²⁴ Der Kikeriki, 16. September 1928, 68. Jahrgang, Folge 38, S. 4.

gehen würden, die Hausherren krank vom Mieterschutz seien, die Kirche an Gläubigerschwindsucht leide usw., und der Völkerbund, der leide an Altersschwäche.³²⁵ Zu guter Letzt macht sich der Kikeriki noch über die ständigen Sitzungen lustig, so würden ihn die vielen Sitzungen heiter stimmen, denn „*wer immer sitzt, der kommt nicht weiter!*“³²⁶ Der Kikeriki findet auch in der Astrologie einen Grund sich über einen möglichen Niedergang des Völkerbundes lustig zu machen, so schreibt er aufgrund des Venusjahres 1927³²⁷, dass die „*Schperpektive*“ für das Jahr 1927 düster aussehe, so würden jede Menge abstruse Sachen geschehen und auch der Völkerbund zerfallen; und dies „*alles nur weil es wird das Jahr, an dem Frau Venus am Ruder war*“³²⁸ Offensichtlich findet der Kikeriki im Jahre 1932, dass es einen Stillstand gibt, auch die gewonnene Wahl von Roosevelt, der 1933 schließlich US-Präsident wurde³²⁹, wird als Anlass dazu genommen sich darüber zu beschweren, dass alles beim alten bleibe, Roosevelt würde zuallererst nämlich sofort nicht dem Völkerbund beitreten.³³⁰ Die Muskete bezweifelt einmal 1927 in Form einer lustigen Geschichte, den Zweck des Völkerbundes an: So wird hier ein Reklamechef fast gekündigt, da er keine gute Idee für die Vermarktung eines Produktes hat. Bei seiner letzten Chance denkt er sodann über alle möglichen Varianten nach, auch darüber wie er dem Völkerbund dadurch eine nützliche Funktion geben könnte - aber leider fiel ihm in diesem Kontext auch nichts ein.³³¹

Baumgart schreibt in seinem Buch: „*der Herzfehler des Völkerbunds ist gleichzeitig sein Geburtsfehler*“³³² - damit meint er, dass in allen Werken der vorangegangenen zwei Jahrzehnte die mangelnde Universalität des Völkerbundes als Grund für das Scheitern genannt wird. Der Fakt, dass die USA ihm ferngeblieben sind, Sowjetrussland nur kurz Mitglied war und Deutschland erst 1926 aufgenommen wurde, würden dieser Annahme nur in die Hände spielen. Er hebt hervor, dass der Völkerbund für Deutschland wohl eher als Friedensexekutionsorgan der Siegermächte anstatt als Friedensrevisionsorgan wahrgenommen wurde und unterstellt dem Völkerbund in den 30er Jahren, vor dem Hintergrund der aggressiven Politik Japans, Deutschlands und Italiens, dass er politisch versagt habe. Auf der anderen Seite habe er jedoch, auf mehr oder weniger Nebenschauplätzen des Weltfriedens, durch die Leistungen seiner

³²⁵ Vgl. Die Leuchtrakete, März 1928, Nr. 3, 6. Jahrgang, S. 4.

³²⁶ Der Kikeriki, 12. Juni 1932, 72. Jahrgang, Folge 24, S. 3.

³²⁷ Vgl. Illustrierte Kronenzeitung, 1. Januar 1927, 28. Jahrgang, Nr. 9678, Titelblatt und S. 3.

³²⁸ Der Kikeriki, 1. Jänner 1927, 67. Jahrgang, Folge 1, S. 8.

³²⁹ Vgl. <https://brockhaus.de/ecs/julex/article/roosevelt-franklin-delano> [09.04.2019]

³³⁰ Vgl. Der Kikeriki, 20. November 1932, 72. Jahrgang, Folge 47, S. 4.

³³¹ Vgl. Die Muskete, April 1927, XXII Jahrgang, Nr. 5, S. 338.

³³² Baumgart, Winfried, Vom europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles (Erträge der Forschung 25), Darmstadt ²1987. S. 142.

Hilfsorgane größere Erfolge erzielt - also auf humanitärer und technisch-administrativer Ebene.³³³

Diese These wird von Ruth Henig unterstützt, die schreibt, dass die Vereinten Nationen genau in diesen Bereichen die Aufgaben des Völkerbundes gänzlich übernommen und noch erweitert haben. Die zwei Institutionen, die die UNO eins zu eins übernommen hatte, waren der Internationale Gerichtshof in Haag und die Internationale Arbeitsorganisation, bei welcher trotz ihres Austritts aus dem Völkerbund sowohl Brasilien als auch Japan Mitglieder geblieben und 1938 sogar die USA beigetreten sind.³³⁴ Sie streicht die finanzielle Hilfe für Österreich, Ungarn und schließlich auch Bulgarien und Griechenland ebenfalls als Erfolge der Arbeit des Völkerbundes heraus.³³⁵ Sie schafft es, die Probleme und die Ausgangslage des Völkerbundes in einem Absatz präzise auf den Punkt zu bringen:

*„In the first place, it had to operate in an unstable international environment which generated a level of political and economic turbulence that was bound to undermine the League's effectiveness. Secondly, in the absence of the USA and of Russia, it was driven by two Great Powers, Britain and France, whose world influence and global reach was on the wane, and who were fatally divided in their views on how the League could most effectively maintain international peace. And thirdly, the First World War had fatally weakened the economic strength and political dominance of its European combatants and had accelerated a decisive shift of world power that was already occurring before 1914. The League was conceived as a world-wide organization, but its engine was in practice powered from Europe, and it was not strong enough to promote peace across globe.”*³³⁶

Allerdings sieht sie es als sinnvoller an, den Völkerbund für seine Erfolge zu bejubeln und von seiner Geschichte zu lernen, anstatt ihn an seinen Schwächen zu messen und für seine Fehler zu missbilligen³³⁷, denn ohne ihn wären die Vereinten Nationen, wie wir sie heute kennen, wohl kaum zustande gekommen.

³³³ Vgl. ebd., S. 142f.

³³⁴ Vgl. Henig, 2010, S. 73.

³³⁵ Vgl. ebd., S. 75.

³³⁶ Ebd., S. 77.

³³⁷ Vgl. ebd.

11. Bilanz

In Punkto Friedenssicherung sind sich alle Zeitschriften einig, es wird sehr oft an den diplomatischen Fähigkeiten des Völkerbundes gezweifelt, die Dauer der Beschlüsse wird gemeinsam mit den Delegierten zur Zielscheibe gemacht. Das Thema Abrüstung wird vor allem vom Kikeriki und auch von der Leuchtrakete aufgegriffen, man glaubt nicht an eine erfolgreiche Konsensfindung innerhalb des Völkerbundes und sieht in dem Diskurs nur die Kosten, die dadurch verursacht würden. Die Oberschlesienfrage wird hauptsächlich vom Kikeriki aufgegriffen, wobei er hier in seiner Darstellung Deutschlands als Opfer einmal von der Bombe unterstützt wird und sich diese auch dazu hinreißen lässt, Frankreich als Übeltäter zu enttarnen. Diese Opferrolle Deutschlands wird auch beim Ruhr-Konflikt wieder tragend, wobei jener nur wenige Male im Kikeriki vorkommt. Ähnlich wie bei der Oberschlesienfrage verhält es sich in den Zeitschriften zum Zwischenfall in Korfu, hier lassen sich wieder nur Artikel vom Kikeriki und auch der Bombe zuordnen, es ist eine klare Wahrnehmung eines starken Italiens unter Mussolini erkennbar, der sich vom Völkerbund offenbar nichts diktieren lässt. Die Mandschurei-Krise, ein Problem, dass sich sozusagen am anderen Ende der Welt befindet, dominiert in seiner Erscheinung im Gegensatz zu den übrigen Ereignissen, auch wenn es nur vom Kikeriki thematisiert wird. Die Macht des Völkerbundes wird einmal mehr in Frage gestellt, Japan als „überheblich“ dargestellt, man sucht die Schuld wieder bei Frankreich und auch Großbritannien, der Völkerbund wird mit einem Narrenhaus verglichen. Was den Minderheitenschutz betrifft, findet nur die Leuchtrakete ein paar Worte dazu, der Kikeriki „drischt“, wie es nicht anders zu erwarten war, auf die Juden ein und macht jene für alles verantwortlich. Die Muskete, die Leuchtrakete und den Kikeriki scheint noch zu einen, dass sie im Völkerbund keinen Zweck verorten können, der Völkerbund würde an Altersschwäche und Stillstand leiden und schließlich zerfallen. Dass die Bombe sich in dieser Kategorie nicht wiederfinden lässt, mag unter anderem daran liegen, dass sie nur bis 1925 erschienen ist und sich davor keine Anspielung auf ein mögliches Versagen des Völkerbundes in Zukunft festmachen hat lassen.

Setzt man die Darstellungen der Friedenssicherung und des Versagens des Völkerbundes mit den Erkenntnissen der Zwischenbilanz zur Sanierung Österreichs in einen Vergleich, lässt sich in der Linie, in der jeweils geschrieben wird, kein merklicher Unterschied bzw. keine signifikante Entwicklung feststellen. Insofern wurde in der österreichischen Satire keine Differenzierung ob dies nun ein Thema war, welches das eigene Land oder eines, das die Welt bzw. andere Staaten betraf, vorgenommen. Selbstverständlich lassen sich in jeglichen

Persiflagen der unterschiedlichen Zeitschriften ihre Stile und Richtungen, welche der jeweiligen Orientierung entsprechen, wie ein roter Faden durch die Jahre hinweg ziehen. Die Zeitschriften gehen mit dem Völkerbund über alle Jahre hinweg sehr hart ins Gericht, jeglicher Missstand wird aufs Korn genommen. Auch wenn die Gründe für die Skepsis gegenüber dem Völkerbund in den unterschiedlichen politischen Lagern auf unterschiedlichen Faktoren beruhten, so erwies sich aber gerade diese Skepsis als gemeinsamer Nenner in den Zeitschriften. Vor allem durch seinen teilweise sehr aggressiven Ton hebt sich der Kikeriki sehr deutlich von den anderen drei Zeitschriften ab, am wenigsten aggressiv wäre die Muskete zu bezeichnen, bei ihr ist es auffallend, dass die meisten Bemerkungen in harmlose Geschichtserzählungen verpackt sind, was durchaus auf den Stil des Blattes zurückzuführen ist. Wie anfangs beschrieben, dominieren in der Zeitschrift vor allem Bilder und Karikaturen, die Ausgaben sind meist unter einem speziellen thematischen Aufhänger, auf den dann die ganze Ausgabe ausgelegt ist, erschienen.

Grundsätzlich lässt sich also eine Haltung gegenüber dem Völkerbund festmachen, die von Skepsis, Misstrauen über Nutzlosigkeit bis hin zum Zerfall reicht. Der Völkerbund wird dem Leser als teilweise korrupte, von den Siegermächten, allen voran selbstverständlich Frankreich, diktierte Organisation präsentiert, die es zwar vermochte, Österreich in zwei wirtschaftlich-brenzligen Situationen aus der Notlage zu helfen, aber trotzdem in ihrer undankbaren Rolle stecken blieb. Umso logischer erscheint es die Schlussfolgerung zu ziehen, dass der Völkerbund durch mehrere Gründe eine willkommene Gelegenheit für jeden Satiriker bot:

- Seine neuartige Erscheinung sowie Organisationsstruktur und die damit verbundene, weil noch nicht erprobte, Fehleranfälligkeit
- Sein Erscheinen nach einem langen Krieg, der in seiner Form und seinem Ablauf ebenfalls neuartig war
- Das Entstehen auf einer komplett neuen politischen Landkarte in Europa, initiiert vom amerikanischen Präsidenten, der schließlich der Organisation fernblieb

Aus diesen Punkten, von denen wir inzwischen wissen, dass diese in der Literatur auch als maßgebliche Gründe für das Scheitern des Völkerbundes genannt werden, ergeben sich zwei wichtige Komponenten, die zum Nährboden für die Satire werden können, und zwar Unsicherheit und Neuerung.

12. Schlussbemerkung

Die behandelten Texte, die sich von harmlosen Geschichten über lustige Reime, mit Verzweiflung gespickte Anklagen bis hin zu bitterbösen, gehässigen, polemischen Kommentaren erstrecken, stellen von sich aus einen sehr hohen Anspruch, wie sie zu verstehen und vor allem auch zu interpretieren sind. Deshalb schwingt bei einer solchen Ausarbeitung auch ständig die Frage im Hintergrund mit, wie man mit ihnen umgehen soll, was das Geschriebene einem sagen möchte und noch viel mehr, welche Botschaft ungeschrieben zwischen den Zeilen mitschwingt oder mitschwingen könnte. Insofern war es in dieser Arbeit immer wieder eine Herausforderung eine gewisse Nähe zu den Artikeln, um sie zu verstehen, aber schließlich auch wieder eine Distanz zu schaffen, um über sie schreiben zu können, ohne dabei selbst zu einem satirischen Kommentar verleitet zu werden. Im Zuge der Ausarbeitung ist aufgefallen, dass satirische Artikel mitunter eine hohe Dichte an Informationen aufweisen können, und sie insofern für zukünftige Forschungen eine Möglichkeit bieten, sich aufgrund dieser Dichte vermehrt mit einzelnen, noch enger eingegrenzten, Thematiken zu befassen. Die Satire bietet schließlich einen einzigartigen Zugang zur zeitgenössischen Wahrnehmung und würde es durch diesen Aspekt verdienen, viel mehr in wissenschaftliche Arbeiten einbezogen zu werden.

Literaturverzeichnis

Bartsch, Sebastian, Minderheitenschutz in der internationalen Politik. Völkerbund und KSZE/OSZE in neuer Perspektive (Studien zur Sozialwissenschaft 163), Wiesbaden 1995.

Baumgart, Winfried, Vom europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles (Erträge der Forschung 25), Darmstadt ²1987.

Beestermöller, Gerhard, Die Völkerbundsidee. Leistungsfähigkeit und Grenzen der Kriegsächtung durch Staatensolidarität (Theologie und Frieden 10), Stuttgart, Berlin, Köln 1995.

Berchtold, Klaus, Verfassungsgeschichte der Republik Österreich, Wien, New York 1998.

Burger, Hannelore, Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden (Studien zu Politik und Verwaltung 108), Wien, Köln, Weimar 2014.

Clavin, Patricia, Securing the world economy. The reinvention of the League of Nations, 1920-1946, Oxford 2013.

Cottrell, Phil, Der Wiederaufbau Österreichs 1920/21: Ein Fall für die Privatwirtschaft oder Aufgabe des Völkerbundes?, in: Berghoff, Hartmut; Kocka, Jürgen; Ziegler, Dieter (Hgg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme : Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs. Im Gedenken an Gerald D. Feldman (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 20), München 2010, S. 160–182.

Deak, John, Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, in: Bischof, Günter; Plasser, Fritz; Berger, Peter (Hgg.), From Empire to Republic: Post-World War I Austria, Innsbruck 2010, S. 123–141.

Deist, Wilhelm, Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte (Beiträge zur Militärgeschichte), München 1991.

Duchkowitsch, Wolfgang, Medien: Aufklärung - Orientierung - Missbrauch. Vom 17. Jahrhundert bis zu Fernsehen und Video (Kommunikation, Zeit, Raum Bd. 3), Wien, Berlin, Münster 2014.

Fraser, Christine, Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, seine Vorgeschichte und seine Nachwirkungen. Dissertation, Universität Bonn 1969.

Gaier, Ulrich, Satire. Studien zu Neidhart, Wittenwiler, Brant und zur satirischen Schreibart, Tübingen 1967.

Goethe, Johann Wolfgang von; Neuhaus, Volker, Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand. Ein Schauspiel (Universal-Bibliothek 71), Stuttgart ²⁰⁰²2005.

Guggenheim, Paul, Der Völkerbund. Systematische Darstellung seiner Gestaltung in der politischen und rechtlichen Wirklichkeit, Leipzig u.a. 1932.

Gütermann, Christoph, Das Minderheitenschutzverfahren des Völkerbundes (Schriften zum Völkerrecht Band 63), Berlin 1979.

Haas, Hannes, Die politische und gesellschaftliche Satire der Wiener humoristisch-satirischen Blätter vom Zusammenbruch der Monarchie bis zum Justizpalastbrand (1918-1927). Dissertation, Universität Wien 1982.

Haas, Hannes, Die Wiener humoristisch-satirischen Blätter. Zur Produktionsgeschichte eines Zeitschriftentyps (1778- 1933), in: Medien & Zeit 6/1, 1991, S. 3–8.

Hall, Murray G., Die Muskete. Kultur- und Sozialgeschichte im Spiegel einer satirisch-humoristischen Zeitschrift 1905-1941, Wien 1983.

Hatschek, Julius; Strupp, Karl, Vasallenstaaten - Zwangsverschickung. Mit Anhang. Abessinien - Weltgerichtshof, Sachverzeichnis und Mitarbeiterregister (Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie Band 3), Berlin, Boston 2016.

Haupts, Leo, Abrüstung, Sicherheit und Streitschlichtung zwischen den Staaten. Bemühungen zur Sicherung des Friedens zwischen den beiden Weltkriegen, in: Geschichte in Köln, Vol.13(1), 1983, S. 61–79.

Hein, Heidi, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926 - 1939 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 9), Marburg 2002.

Hell, Stefan, Der Mandschurei-Konflikt. Japan, China und der Völkerbund 1931 bis 1933, Tübingen 1999.

Henig, Ruth B., The League of Nations (Makers of the modern world), London 2010.

Höbelt, Lothar, Die Erste Republik Österreich (1918-1938). Das Provisorium (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek Band 64), Wien, Köln, Weimar 2018.

Huber, Ulrike, Österreich und der Völkerbund in den 20er Jahren. Abrüstung, kollektive Sicherheit und Organisation des Völkerbundes. Dissertation, Universität Wien 1991.

Hwaletz, Otto, Der große Bruch. Der Auftakt zu Österreichs langer Krise durch Krieg, Staatszerfall, wirtschaftlichen Rückschlag und Inflation nach 1914/18, Norderstedt 2008.

Kernbauer, Hans, Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der österreichischen Nationalbank (Das Österreichische Noteninstitut), Wien 1991.

Klement, Marianne, Österreichs Stellung im Völkerbund. Dissertation, Universität Wien 1942.

Klingenstein, Grete, Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931 - 1934 (Publikationen des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 5), Wien, Graz 1965.

Knepper, Paul, The Investigation into the Traffic in Women by the League of Nations: Sociological Jurisprudence as an International Social Project, in: Law and History Review 34/1, 2016, S. 45–73.

Kriechbaumer, Robert, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Bd. 12), Wien, Köln, Weimar 2001.

Ladner, Gottlieb, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 (Publikationen des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte 1), Wien, Graz 1964.

Mayring, Philipp, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, s.l. 2010.

Mühl, Dieter J., "Immer war Wahlkampf". Robert Stricker (1879-1944). Ein Beitrag zur jüdischen Politik in Österreich., in: Aschkenas - Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 11/1, 2001, S. 121–160.

Pedersen, Susan, Back to the League of Nations, in: *The American Historical Review* 112/4, 2007, S. 1091–1117.

Pfeil, Alfred, *Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte* (Erträge der Forschung 58), Darmstadt 1976.

Ratenhof, Udo, *Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871 bis 1945: Wirtschaft, Rüstung, Militär* (34), Berlin, Boston ²⁰¹⁸2019.

Rauchensteiner, Manfred, *Unter Beobachtung. Österreich seit 1918*, Wien, Köln, Weimar ¹2017.

Reimann, Viktor, *Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik*, Wien u.a. ¹1968.

Rohrbach, Philipp, Kikeriki (Österreich, 1861-1933), in: Benz, Wolfgang, 1941- (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart* (Publikationen 6), Berlin 2013, S. 398–400.

Rovine, Arthur W., *The first fifty years. The Secretary-General in World Politics 1920-1970*, Leyden 1970.

Schausberger, Franz, *Rudolf Ramek 1881-1941. Konsenskanzler im Österreich der Gegensätze* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Band 62), Wien, Köln, Weimar 2017.

Secklehner, Julia, *Bolshevik Jews, Aryan Vienna? Popular Antisemitism in 'Der Kikeriki', 1918-1933*, in: *The Leo Baeck Institute Year Book* 63/1, 2018, S. 157–178.

Steinbach, Günther, *Kanzler, Krisen, Katastrophen. Die Erste Republik*, Wien 2006.

Strauss, Helmut, *Die Verträge von Genf und Lausanne in ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umfeld*. Diplomarbeit, Universität Wien 1988.

Walters, Francis Paul, *A history of the league of nations*, London, New York, Toronto 1952.

Zymner, Rüdiger, *Satire*, in: Wirth, Uwe (Hg.), *Komik. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart 2017, S. 21–25.

Internetquellen:

Stadt Wien, Wien Geschichte Wiki: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Kikeriki> -
aufgerufen am 25.06.2019

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Aufnahme Österreichs in die
internationale Völkerfamilie: <http://www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/1922/> -
aufgerufen am 23.01.2018

Österreichische Nationalbibliothek: [https://www.onb.ac.at/oe-
literaturzeitschriften/Kikeriki/Kikeriki.htm](https://www.onb.ac.at/oe-literaturzeitschriften/Kikeriki/Kikeriki.htm) - aufgerufen am 04.02.2018

Kikeriki, AEIOU, in: Austria-Forum, das Wissensnetz: [https://austria-
forum.org/af/AEIOU/Kikeriki](https://austria-forum.org/af/AEIOU/Kikeriki) 25. März 2016 - aufgerufen am 04.02.2018

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO Historische österreichische Zeitungen und
Zeitschriften: http://anno.onb.ac.at/info/bom_info.htm - aufgerufen am 29.03.2018

Österreichische Nationalbibliothek, ANNO Historische österreichische Zeitungen und
Zeitschriften: http://anno.onb.ac.at/info/dlr_info.htm - aufgerufen am 29.03.2018

JewishEncyclopedia.com, The unedited full-text of the 1906 Jewish Encyclopedia:
<http://www.jewishencyclopedia.com/articles/6411-fuchs-isidor> - aufgerufen am 24.04.2018

Zentrales Verzeichnis antiquarischer Bücher: [https://www.zvab.com/buch-suchen/titel/die-
leuchtrakete-humoristisch-satirische/autor/jenschik/](https://www.zvab.com/buch-suchen/titel/die-leuchtrakete-humoristisch-satirische/autor/jenschik/) - aufgerufen am 27.08.2018

Schausberger, Franz, Karl Renner - gegen Christ und Jud, in Austria Forum: [https://austria-
forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Geschichte/Karl_Renner](https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Geschichte/Karl_Renner) - aufgerufen am
16.10.2018

Tucholsky, Kurt, 16 Satiren, Kapitel 12. projekt.gutenberg.de -
<https://gutenberg.spiegel.de/buch/16-satiren-7810/12> - aufgerufen am 18.12.2018

Das grosse Kunstlexikon von P.W. Hartmann:
http://www.beyars.com/kunstlexikon/lexikon_2789.html - aufgerufen am 02.04.2019.

Brockhaus Lexikon: <https://brockhaus.de/ecs/julex/article/roosevelt-franklin-delano->
aufgerufen am 09.04.2019

Magellanword, Vereinte Nationen:
http://www.magellanworld.net/schweiz_sightseeing_uno.htm - aufgerufen am 23.04.2019

Universität Wien, u:search: [https://usearch.univie.ac.at/primo-
explore/fulldisplay?docid=UWI_alma21298123060003332&context=L&vid=UWI&lang=de_DE&search_scope=UWI_UBBestand&adaptor=Local%20Search%20Engine&tab=default_tab&query=any,contains,monatsschrift%20f%C3%BCr%20weltpolitik%20v%C3%B6lkische%20kultur%20und%20die%20judenfrage&sortby=rank&offset=0](https://usearch.univie.ac.at/primo-explore/fulldisplay?docid=UWI_alma21298123060003332&context=L&vid=UWI&lang=de_DE&search_scope=UWI_UBBestand&adaptor=Local%20Search%20Engine&tab=default_tab&query=any,contains,monatsschrift%20f%C3%BCr%20weltpolitik%20v%C3%B6lkische%20kultur%20und%20die%20judenfrage&sortby=rank&offset=0) - aufgerufen am 13.05.2019

Zeitschriften, Quellen:

Kienböck, Victor, Das österreichische Sanierungswerk. Erschienen in: Schanz, Gregor v. (Hg.); Wolf, Julius (Hg.): Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 85. Heft. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart, 1925.

Illustrierte Kronenzeitung, 5. August 1921, 22. Jahrgang, Nr. 7751, S. 2.

Illustrierte Kronenzeitung, 1. Januar 1927, 28. Jahrgang, Nr. 9678, Titelblatt und S. 3.

Wiener Morgenzeitung, 2. September 1923, 5. Jahrgang, Nr. 1637, S. 8.

Wiener Zeitung, 28. November 1924, 221. Jahrgang, Nr. 273, S. 2 - 3.

Der Kikeriki

Der Kikeriki, 4. Jänner 1920, 60. Jahrgang, Nr. 1, S. 4.

Der Kikeriki, 23. Mai 1920, 60. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.

Der Kikeriki, 31. Oktober 1920, 60. Jahrgang, Nr. 44, S. 2.

Der Kikeriki, 14. November 1920, 60. Jahrgang, Nr. 46, S. 3.

Der Kikeriki, 21. November 1920, 60. Jahrgang, Nr. 47, S. 2.

Der Kikeriki, 28. November 1920, 60. Jahrgang, Nr. 48, S. 3.

Der Kikeriki, 12. Dezember 1920, 60. Jahrgang, Nr. 50, S. 8 und S. 2.

Der Kikeriki, 13. März 1921, 61. Jahrgang, Nr. 11, S. 7.

Der Kikeriki, 27. März 1921, 61. Jahrgang, Nr. 13, S. 2.

Der Kikeriki, 24. April, 61. Jahrgang, Nr. 17, S. 2.

Der Kikeriki, 8. Mai 1921, 61. Jahrgang, Nr. 19, S. 2.

Der Kikeriki, 15. Mai, 1921, 61. Jahrgang, Nr. 20, S. 7.

Der Kikeriki, 2. Juli 1921, 61. Jahrgang, Nr. 27, S. 2.

Der Kikeriki, 19. Juli 1921, 61. Jahrgang, Nr. 25, S. 1.

Der Kikeriki, 7. August, 1921, 61. Jahrgang, Nr. 32, S. 7.

Der Kikeriki, 21. August, 1921, 61. Jahrgang, Nr. 34, S. 2.

Der Kikeriki, 4. September 1921, 61. Jahrgang, Nr. 36, S. 2.

Der Kikeriki, 11. September 1921, 61. Jahrgang, Nr. 37, S. 3.

Der Kikeriki, 18. September 1921, 61. Jahrgang, Nr. 38, S. 7.

Der Kikeriki, 25. September 1921, 61. Jahrgang, Nr. 39, S. 8.

Der Kikeriki, 23. Oktober 1921, 61. Jahrgang, Nr. 43, S. 2, S. 4 und S. 8.

Der Kikeriki, 6. November 1921, 61. Jahrgang, Nr. 45, S. 7.

- Der Kikeriki, 5. März, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 10, S. 7.
- Der Kikeriki, 21. Mai, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 21, S. 3.
- Der Kikeriki, 25. Juni 1922, 62. Jahrgang, Nr. 26, S. 2 und S. 7.
- Der Kikeriki, 23. Juli 1922, 62. Jahrgang, Nr. 30, S. 7.
- Der Kikeriki, 30. Juli 1922, 62. Jahrgang, Nr. 31, S. 5.
- Der Kikeriki, 8. Oktober 1922, 62. Jahrgang, Nr. 39, S. 2.
- Der Kikeriki, 29. Oktober, 1922, 62. Jahrgang, Nr. 42, S. 1 und S. 4.
- Der Kikeriki, 10. Dezember 1922, 62. Jahrgang, Nr. 48, S. 4.
- Der Kikeriki, 14. Jänner 1923, 63. Jahrgang, Nr. 3, S. 2.
- Der Kikeriki, 28. Jänner 1923, 63. Jahrgang, Nr. 5, S. 2. und S. 7.
- Der Kikeriki, 4. Februar 1923, 63. Jahrgang, Nr. 6, S. 2.
- Der Kikeriki, 11. Februar 1923, 63. Jahrgang, Nr. 7, S. 2.
- Der Kikeriki, 18. Februar 1923, 63. Jahrgang, Nr. 8, S. 2.
- Der Kikeriki, 4. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 10, S. 7.
- Der Kikeriki, 11. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 11, S. 2.
- Der Kikeriki, 18. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 12, S. 2.
- Der Kikeriki, 25. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 13, S. 2.
- Der Kikeriki, 13. Mai, 1923, 63. Jahrgang, Nr. 20, S. 3.
- Der Kikeriki, 8. Juli 1923, 63. Jahrgang, Nr. 28, S. 5.
- Der Kikeriki, 9. September 1923, 63. Jahrgang, Nr. 37, S. 3.
- Der Kikeriki, 16. September 1923, 63. Jahrgang, Nr. 38, S. 2.
- Der Kikeriki, 23. September 1923, 63. Jahrgang, Nr. 39, S. 2.
- Der Kikeriki, 14. Oktober 1923, 63. Jahrgang, Nr. 42, S. 7.
- Der Kikeriki, 11. November 1923, 63. Jahrgang, Nr. 46, S. 7.
- Der Kikeriki, 11. Mai 1924, 64. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.
- Der Kikeriki, 18. Mai 1924, 64. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.
- Der Kikeriki, 13. Juli 1924, 64. Jahrgang, Nr. 29, S. 2.
- Der Kikeriki, 20. Juli 1924, 64. Jahrgang, Nr. 30, S. 2.
- Der Kikeriki, 5. Oktober 1924, 64. Jahrgang, Nr. 41, S. 2.
- Der Kikeriki, 21. September 1924, 64. Jahrgang, Nr. 39, S. 2.
- Der Kikeriki, 19. Oktober 1924, 64. Jahrgang, Nr. 20, S. 8.
- Der Kikeriki, 7. Dezember 1924, 64. Jahrgang, Nr. 50, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 14. Dezember 1924, 64. Jahrgang, Nr. 51, S. 2.

- Der Kikeriki, 17. Mai 1925, 65. Jahrgang, Nr. 20, Beilage.
- Der Kikeriki, 19. Juli 1925, 65. Jahrgang, Folge 29, S. 3.
- Der Kikeriki, 8. August 1925, 65. Jahrgang, Folge 32, S. 2.
- Der Kikeriki, 15. August 1925, 65. Jahrgang, Folge 33, Beilage.
- Der Kikeriki, 30. August 1925, 65. Jahrgang, Folge 35, S. 1 und Beilage.
- Der Kikeriki, 5. September 1925, 65. Jahrgang, Folge 36, S. 3.
- Der Kikeriki, 13. September 1925, 65. Jahrgang, Folge 37, S. 3.
- Der Kikeriki, 20. September 1925, 65. Jahrgang, Folge 38, S. 8.
- Der Kikeriki, 27. September 1925, 65. Jahrgang, Folge 39, S. 2.
- Der Kikeriki, 4. Oktober 1925, 65. Jahrgang, Folge 40, S. 2.
- Der Kikeriki, 11. Oktober 1925, 65. Jahrgang, Folge 41, S. 1.
- Der Kikeriki, 18. Oktober 1925, 65. Jahrgang, Folge 42, S. 2.
- Der Kikeriki, 1. November 1925, 65. Jahrgang, Folge 44, S. 7.
- Der Kikeriki, 8. November 1925, 65. Jahrgang, Folge 45, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 22. November 1925, 65. Jahrgang, Folge 47, S. 7.
- Der Kikeriki, 13. Dezember 1925, 65. Jahrgang, Folge 50, S. 4.
- Der Kikeriki, 25. Dezember 1925, 65. Jahrgang, Folge 52, S. 3 und S. 4.
- Der Kikeriki, 1. Jänner 1926, 66. Jahrgang, Folge 1, S. 4.
- Der Kikeriki, 10. Jänner 1926, 66. Jahrgang, Folge 2, S. 2.
- Der Kikeriki, 14. Februar 1926, 66. Jahrgang, Folge 7, S. 1 und S. 2.
- Der Kikeriki, 14. März 1926, 66. Jahrgang, Folge 11, S. 3.
- Der Kikeriki, 31. März 1926, 66. Jahrgang, Folge 12, S. 2 und S. 8.
- Der Kikeriki, 16. Mai 1926, 66. Jahrgang, Folge 20, S. 8.
- Der Kikeriki, 23. Mai 1926, 66. Jahrgang, Folge 21, S. 7.
- Der Kikeriki, 22. August 1926, 66. Jahrgang, Folge 34, S. 4.
- Der Kikeriki, 5. September 1926, 66. Jahrgang, Folge 36, S. 2.
- Der Kikeriki, 12. September 1926, 66. Jahrgang, Folge 37, S. 3 und S. 4.
- Der Kikeriki, 28. November 1926, 66. Jahrgang, Folge 48, S. 2.
- Der Kikeriki, 1. Jänner 1927, 67. Jahrgang, Folge 1, S. 8.
- Der Kikeriki, 6. Februar 1927, 67. Jahrgang, Folge 6, S. 2.
- Der Kikeriki, 18. September 1927, 67. Jahrgang, Folge 38, S. 3.
- Der Kikeriki, 25. September 1927, 67. Jahrgang, Folge 39, S. 2 und S. 7.
- Der Kikeriki, 9. Oktober 1927, 67. Jahrgang, Folge 41, S. 2.
- Der Kikeriki, 4. Dezember 1927, 67. Jahrgang, Folge 49, S. 1 und S. 2 und S. 5.

- Der Kikeriki, 15. Jänner 1928, 68. Jahrgang, Folge 3, S. 1 und S. 4.
- Der Kikeriki, 12. Februar 1928, 68. Jahrgang, Folge 7, S. 7.
- Der Kikeriki, 19. Februar 1928, 68. Jahrgang, Folge 8, S. 2 und S. 3 und S. 4.
- Der Kikeriki, 26. Februar 1928, 68. Jahrgang, Folge 9, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 8. April 1928, 68. Jahrgang, Folge 15, S. 1.
- Der Kikeriki, 27. Mai 1928, 69. Jahrgang, Folge 22, S. 4 und S. 8.
- Der Kikeriki, 19. August 1928, 68. Jahrgang, Folge 34, S. 1.
- Der Kikeriki, 16. September 1928, 68. Jahrgang, Folge 38, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 23. September 1928, 68. Jahrgang, Folge 39, S. 2 und S. 8.
- Der Kikeriki, 7. Oktober 1928, 68. Jahrgang, Folge 41, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 24. Februar 1929, 69. Jahrgang, Folge 9, S. 8.
- Der Kikeriki, 17. März 1929, 69. Jahrgang, Folge 12, S. 3.
- Der Kikeriki, 21. April 1929, 69. Jahrgang, Folge 17, S. 2.
- Der Kikeriki, 4. August 1929, 69. Jahrgang, Folge 32, S. 2.
- Der Kikeriki, 23. Juni 1929, 69. Jahrgang, Folge 26, S. 2.
- Der Kikeriki, 22. September 1929, 69. Jahrgang, Folge 39, S. 7 und S. 8.
- Der Kikeriki, 13. Oktober 1929, 69. Jahrgang, Folge 42, S. 2.
- Der Kikeriki, 2. Februar 1930, 70. Jahrgang, Folge 5, S. 7.
- Der Kikeriki, 16. Februar 1930, 70. Jahrgang, Folge 7, S. 4.
- Der Kikeriki, 13. Juli 1930, 70. Jahrgang, Folge 28, S. 1.
- Der Kikeriki, 22. Februar 1931, 71. Jahrgang, Folge 8, S. 1.
- Der Kikeriki, 5. April 1931, 71. Jahrgang, Folge 14, S. 2.
- Der Kikeriki, 10. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 19, S. 2 und S. 6.
- Der Kikeriki, 24. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 21, S. 3.
- Der Kikeriki, 31. Mai 1931, 71. Jahrgang, Folge 22, S. 6.
- Der Kikeriki, 7. Juni 1931, 71. Jahrgang, Folge 23, S. 3.
- Der Kikeriki, 13. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 37, S.1. und S. 2.
- Der Kikeriki, 20. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 38, S. 2 und S. 3.
- Der Kikeriki, 27. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 39, S. 8 und S. 6.
- Der Kikeriki, 4. Oktober 1931, 71. Jahrgang, Folge 40, S. 2.
- Der Kikeriki, 11. Oktober 1931, 71. Jahrgang, Folge 41, S. 6.
- Der Kikeriki, 25. Oktober 1931, 71. Jahrgang, Folge 43, S. 3 und S. 6.
- Der Kikeriki, 1. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 44, S. 3.
- Der Kikeriki, 8. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 45, S. 7.

- Der Kikeriki, 15. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 46, S. 2.
- Der Kikeriki, 22. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 47, S. 2 und S. 8.
- Der Kikeriki, 29. November 1931, 71. Jahrgang, Folge 48, S. 2.
- Der Kikeriki, 6. Dezember 1931, 71. Jahrgang, Folge 49, S. 2.
- Der Kikeriki, 20. Dezember 1931, 71. Jahrgang, Folge 51, S. 2.
- Der Kikeriki, 3. Jänner 1932, 72. Jahrgang, Folge 1, S. 4 und S. 7.
- Der Kikeriki, 17. Jänner 1932, 72. Jahrgang, Folge 3, S. 3.
- Der Kikeriki, 24. Jänner 1932, 72. Jahrgang, Folge 4, S. 4.
- Der Kikeriki, 31. Jänner 1932, 72. Jahrgang, Folge 5, S. 2.
- Der Kikeriki, 7. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 6, S. 1, S. 2 und S. 4 und S. 6 und S. 7.
- Der Kikeriki, 14. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 7, S. 2 und S. 7 und S. 8.
- Der Kikeriki, 28. Februar 1932, 72. Jahrgang, Folge 9, S. 2 und S. 3 und S. 6 und S. 7.
- Der Kikeriki, 6. März 1932, 72. Jahrgang, Folge 10, S. 2 und S. 8.
- Der Kikeriki, 13. März 1932, 72. Jahrgang, Folge 11, S. 6 und S. 7.
- Der Kikeriki, 10. April 1932, 72. Jahrgang, Folge 15, S. 4. und S. 7.
- Der Kikeriki, 1. Mai 1932, 72. Jahrgang, Folge 18, S. 4.
- Der Kikeriki, 15. Mai 1932, 72. Jahrgang, Folge 20, S. 3 und S. 7.
- Der Kikeriki, 29. Mai 1932, 72. Jahrgang, Folge 22, S. 3 und S. 7.
- Der Kikeriki, 12. Juni 1932, 72. Jahrgang, Folge 24, S. 3.
- Der Kikeriki, 26. Juni 1932, 72. Jahrgang, Folge 26, S. 4.
- Der Kikeriki, 3. Juli 1932, 72. Jahrgang, Folge 27, S. 4 und S. 7.
- Der Kikeriki, 7. August 1932, 72. Jahrgang, Folge 32, S. 4.
- Der Kikeriki, 18. September 1932, 72. Jahrgang, Folge 38, S. 2.
- Der Kikeriki, 25. September 1932, 72. Jahrgang, Folge 39, S. 4 und S. 7.
- Der Kikeriki, 13. November 1932, 72. Jahrgang, Folge 46, S. 8.
- Der Kikeriki, 20. November 1932, 72. Jahrgang, Folge 47, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 27. November 1932, 72. Jahrgang, Folge 48, S. 4.
- Der Kikeriki, 25. Dezember 1932, 72. Jahrgang, Folge 52, S. 4.
- Der Kikeriki, 8. Jänner 1933, 73. Jahrgang, Folge 2, S. 1.
- Der Kikeriki, 15. Jänner 1933, 73. Jahrgang, Folge 3, S. 6.
- Der Kikeriki, 22. Jänner 1933, 73. Jahrgang, Folge 4, S. 2 und S. 4.
- Der Kikeriki, 29. Jänner 1933, 73. Jahrgang, Folge 5, S. 2.
- Der Kikeriki, 5. Februar 1933, 73. Jahrgang, Folge 6, S. 4 und S. 7.
- Der Kikeriki, 19. Februar 1933, 73. Jahrgang, Folge 8, S. 6.

Der Kikeriki, 26. Februar 1933, 73. Jahrgang, Folge 9, S. 4.

Der Kikeriki, 5. März 1933, 73. Jahrgang, Folge 10, S. 4 und S. 5.

Der Kikeriki, 26. März 1933, 73. Jahrgang, Folge 13, S. 4.

Der Kikeriki, 21. Mai 1933, 73. Jahrgang, Folge 21, S. 4.

Der Kikeriki, 9. Juli 1933, 73. Jahrgang, Folge 28, S. 4.

Die Muskete

Die Muskete, 1. April 1920, Band XXX - Nr. 756, S. I und S. II (Beiblatt).

Die Muskete, 8. April 1920, Band XXX - Nr. 757, S. III.

Die Muskete, 3. Juni, 1920, Band XXX - Nr. 765, S. 74 und S. 79.

Die Muskete, 30. September 1920, Band XXX - Nr. 782, S. III (Beiblatt).

Die Muskete, 2. Dezember 1920, Band XXXI - Nr. 791, S. 1.

Die Muskete, 11. August 1921, Band XXXIII - Nr. 6, S. III (Beiblatt).

Die Muskete, 2. Dezember 1922, Band XXXV - Nr. 17, S. II.

Die Muskete, 20. Dezember 1922, Band XXXV - Nr. 17, S. II (Beiblatt).

Die Muskete, 20. Februar 1923, Band XXXVI - Nr. 6, S. I (Beiblatt).

Die Muskete, 20. März 1923, Band XXXVI - Nr. 9, S. I (Beiblatt).

Die Muskete, August 1923, S. II (Filmbeilage).

Die Muskete, April 1927, XXII Jahrgang, Nr. 5, S. 338.

Die Muskete, März 1928, XXIII Jahrgang, Nr. 11, S. 234.

Die Muskete, März 1929, XXIV Jahrgang, Nr. 5, S. 98.

Die Muskete, Mai 1930, XXV Jahrgang, Nr. 9, S. 195.

Die Muskete, November 1931, XXVI Jahrgang, Nr. 25, S. 656.

Die Muskete, August 1932, XXVII Jahrgang, Nr. 33, S. 656.

Die Muskete, November 1933, Nr. 45, S. 892.

Die Leuchtrakete

Die Leuchtrakete, September 1923, Nr. 4, 1. Jahrgang, S. 8.

Die Leuchtrakete, Mai 1924, Nr. 5, 2. Jahrgang, S. 7.

Die Leuchtrakete, Juni 1924, Nr. 6, 2. Jahrgang, S. 5.

Die Leuchtrakete, Dezember 1924, Nr. 12, 2. Jahrgang, S. 6.

Die Leuchtrakete, März 1925, Nr. 3, 3. Jahrgang, S. 3 und S. 4.

Die Leuchtrakete, Juli 1925, Nr. 7, 3. Jahrgang, S. 6.

Die Leuchtrakete, November 1925, Nr. 11, 3. Jahrgang, S. 8.

Die Leuchtrakete, September 1927, Nr. 9, 5. Jahrgang, S. 4.
Die Leuchtrakete, Oktober 1927, Nr. 10, 5. Jahrgang, S. 2.
Die Leuchtrakete, Februar 1928, Nr. 2, 6. Jahrgang, S. 8.
Die Leuchtrakete, März 1928, Nr. 3, 6. Jahrgang, S. 4.
Die Leuchtrakete, Mai 1928, Nr. 5, 6. Jahrgang, S. 3.
Die Leuchtrakete, Oktober 1928, Nr. 10, 6. Jahrgang, S. 6.
Die Leuchtrakete, Dezember 1932, Nr. 12, 10. Jahrgang, S. 5.
Die Leuchtrakete, September 1933, Nr. 9, 11. Jahrgang, S. 2.
Die Leuchtrakete, November 1933, Nr. 11, 11. Jahrgang, S. 2.

Die Bombe

Die Bombe, 1. Jänner, 1920, 50. Jahrgang, Nr. 1, S. 2.
Die Bombe, 15. August, 1920, 50. Jahrgang, Nr. 18, S. 3.
Die Bombe, 1. Jänner 1921, 51. Jahrgang, Nr. 1, S. 2.
Die Bombe, 15. Juni 1921, 51. Jahrgang, Nr. 12, S. 2.
Die Bombe, 1. November 1921, 51. Jahrgang, Nr. 21, S. 2.
Die Bombe, 1. Mai, 1922, 52. Jahrgang, Nr. 9, S. 3.
Die Bombe, 1. Oktober 1922, 52. Jahrgang, Nr. 18/19, S. 2 und S. 3.
Die Bombe, 15. Oktober 1922, 52. Jahrgang, Nr. 20, S. 3.
Die Bombe, 1. Mai 1923, 53. Jahrgang, Nr. 9, S. 2.
Die Bombe, 15. Mai 1923, 53. Jahrgang, Nr. 10, S. 2 und S. 3.
Die Bombe, 15. Juni 1923, 53. Jahrgang, Nr. 12, S. 7.
Die Bombe, 1. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 19, S. 3.
Die Bombe, 15. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.
Die Bombe, 1. Juli 1924, 44. Jahrgang, Nr. 12-13, S. 8.
Die Bombe, September 1924, 54. Jahrgang, Nr. 16-17, S. 1 und S. 7.

Anhang

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Die Muskete, 1. April 1920, Band XXX - Nr. 756, (Beiblatt) S. I.	12
Abbildung 2: Die Muskete, Mai 1930, XXV Jahrgang, Nr. 9, S. 195.	20
Abbildung 3: Der Kikeriki, 11. Mai, 1924, 64. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.	31
Abbildung 4: Die Leuchtrakete, September 1923, Nummer 4, 1. Jahrgang, S. 8.	33
Abbildung 5: Die Bombe, 15. Oktober 1923, 53. Jahrgang, Nr. 20, S. 2.	41
Abbildung 6: Der Kikeriki, 13. Juli, 1924, 64. Jahrgang, Nr. 29, S. 2.	43
Abbildung 7: Der Kikeriki, 8. August 1925, 65. Jahrgang, Folge 32, S. 2.	46
Abbildung 8: Der Kikeriki, 13. September 1931, 71. Jahrgang, Folge 37, S. 2.	50
Abbildung 9: Der Kikeriki, 10. April 1932, 72. Jahrgang, Folge 15, S. 4.	53
Abbildung 10: Die Bombe, 15. August, 1920, 50. Jahrgang, Nr. 18, S. 3.	56
Abbildung 11: Die Leuchtrakete, Februar 1928, Nr. 2, 6. Jahrgang, S. 8.	59
Abbildung 12: Der Kikeriki, 26. Juni 1932, 72. Jahrgang, Folge 26, S. 4.	64
Abbildung 13: Der Kikeriki, 18. März 1923, 63. Jahrgang, Nr. 12, S. 2.	68
Abbildung 14: Der Kikeriki, 25. Dezember 1932, 72. Jahrgang, Folge 52, S. 4.	74
Abbildung 15: Der Kikeriki, 4. Dezember 1927, 67. Jahrgang, Folge 49, S. 5.	81

Codesystem:

▼  Codesystem	357
 (1) Bedingungen_Völkerbundsmitglied	1
▼  (2) Eintritt in den Völkerbund – Bedeutung für Österreich	0
 Bedenken/Hoffnung	10
 Aufnahme in den Völkerbund	10
▼  (3) Sanierung – Österreichs Souveränitätsverlust etc.	0
 Seipel	15
 R. Zimmermann	13
 Sanierung	24
 Armut	13
 Sparen, Erhöhung Steuern	15
 Arbeit/Stellenabbau	9
 "Räuber Völkerbund"	7
▼  zweite Anleihe	17
 Zollunion	4
 Erpresser Völkerbund	2
▼  (4) Friede/Friedenssicherung	0
▼  Friedenssicherung-Allg.	23
 Korfu	3
 Oberschlesien	6
 Ruhr-Zwischenfall	3
 Japan	30
 "Juden"-Minderheiten	19
 Abrüstung	13
▼  (5) „Versager“ Völkerbund – Austrittsgedanken	0
 "Diplomatie, Umzug	13
 "Versager" Völkerbund	17
 Völkerbund am "Ende"	8
 Ernste Ecke	17
 Nationalsozialismus	2
 D, F, GB, P, USA, I..	23
 Bilder	40

Abstract

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges fand sich Europa auf einer komplett neuen politischen Landkarte wieder. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson nahm dies als Anlass den Völkerbund ins Leben zu rufen, um durch ihn zukünftige Krisen auf diplomatischem Weg zu lösen und somit Kriege zu vermeiden.

Ziel dieser Masterarbeit ist es, die Rezeption des Völkerbundes in vier verschiedenen humoristischen Satirezeitschriften in der Ersten Republik (1920 – 1933) zu analysieren. Es wurden satirische Beiträge in Form von Texten herangezogen, die mithilfe der Qualitativen Inhaltsanalyse in Themenblöcke gegliedert wurden und somit genauer betrachtet werden konnten.

Die Annahme, dass die Stimmung zu Beginn des Beitritts Österreichs zum Völkerbund 1920, vor allem durch die Völkerbundanleihe von 1922, die das Land vor dem Staatsbankrott retten konnte, eher positiv war, hat sich kaum bestätigt. Vielmehr geht in der Arbeit hervor, dass dem Völkerbund wenig Vertrauen geschenkt und dieser der Leserschaft als eine von den Siegermächten dominierte Organisation präsentiert wurde. Auch wenn die Gründe für die Skepsis gegenüber dem Völkerbund in den vier Zeitschriften, die politisch jeweils unterschiedlich motiviert waren, dementsprechend divergent sind, zeigt diese Arbeit auf, dass gerade diese Skepsis den gemeinsamen Nenner aller vier Zeitschriften darstellt.